

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:

Joe Chialo
Hans-Jürgen Papier
Hermann Parzinger
Boris Pistorius
Claudia Roth
und viele andere

Barrierefreiheit

Wie inklusiv sind deutsche Kultureinrichtungen heute? Ein Bericht von der Ortsbegehung im Humboldt Forum in Berlin. [Seite 3](#)

Basishonorare

Die flächendeckende Einführung von Basishonoraren ist in greifbare Nähe gerückt: Kulturverantwortliche geben Auskunft. [Seiten 6 bis 8](#)

Mongolei

Verlagswesen und Buchhandel in Ulaanbaatar und darüber hinaus: Was kennzeichnet die Literaturlandschaft dieses Landes? [Seite 12](#)

Medien

Medienpolitischer Jahresrückblick 2023: Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks war zentral. Und was noch? [Seite 27](#)

Blackbox

»Nicht KI ist ein Problem, sondern die Frage des Umgangs mit ihr«, sagte, so meldete es das Amt der Kulturstatsministerin bei X, Claudia Roth beim Digitalgipfel der Bundesregierung. Nicht die Atombombe ist ein Problem, sondern die Frage des Umgangs mit ihr, könnte man ironisch ergänzen.

Die Künstliche Intelligenz (KI) hat, erlauben Sie mir diese Zuspitzung, wie eine Atombombe das Potenzial, die Welt zu zerstören, wenn wir nicht aufpassen. Die Gefahr ist real, dass wir die Fähigkeit, die Wahrheit von der Lüge und Gut von Böse zu unterscheiden, verlieren.

Amazon, Apple, Banjo, Facebook, Google, IBM, Intel, Microsoft, Nvidia, OpenAI, SenseTime, X und viele andere arbeiten mit Hochdruck an der Entwicklung von immer »besseren« KI-Produkten, nicht um der Menschheit Gutes zu tun, sondern um Profit zu machen.

Nehmen wir das aktuelle Beispiel OpenAI. Das amerikanische Unternehmen, das ChatGPT entwickelt hat, war 2015 als eine Non-Profit-Organisation gegründet worden. Die gute Idee damals war, KI im Interesse aller zu entwickeln. Doch die erforderlichen Entwicklungskosten konnten nicht aus Spenden aufgebracht werden, deshalb hat das Non-Profit-Unternehmen eine gewinnorientierte Firma angegliedert, die u. a. Microsoft als Investor an Bord holte. Jetzt ist Microsoft der Herr im ganzen Haus.

Und sind wir ehrlich, weder die Bundesregierung noch die Europäische Union haben zur Zeit eine wirkliche Möglichkeit, diese Unternehmen, die außerhalb ihres Verantwortungsbereiches liegen, an die Kandare zu nehmen.

Der Einsatz von KI wird sich nicht aufhalten lassen. Dazu sind die Konzerne, die sehr viel Geld mit dem Einsatz von KI verdienen, zu stark und die Einsparungspotenziale für Unternehmen, die KI-Systeme nutzen, zu groß.

KI ist deshalb ein Problem, weil die dahinterliegenden Systeme eine Blackbox sind, vollständig intransparent. Manipulationen durch Unternehmen sind Tür und Tor geöffnet. KI muss regulierbar werden.

Nachdem die ersten Atombomben Hiroshima und Nagasaki zerstört hatten, ist die Welt aufgewacht. Die Gefahr eines Atomkrieges ist zwar immer noch nicht gebannt, aber weitere Zündungen der Bombe, außer zu Testzwecken, gab es glücklicherweise nicht. Ich hoffe, die Gefahren, die von unregulierter KI ausgehen, müssen nicht ebenso schmerzhaft von uns gelernt werden.

Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer
des Deutschen
Kulturrates und
Herausgeber von
Politik & Kultur



Was lagert in unseren Depots?

25 Jahre Washingtoner Erklärung:
Der Umgang mit NS-Raubgut. [Seiten 15 bis 26](#)

FOTO: ADOBE STOCK/ALKA

Frieden ist ein kostbares Gut

Bundeswehr in der Zeitenwende

BORIS PISTORIUS

Frieden, Stabilität und Kontinuität. Diese Worte stehen sinnbildlich für die Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In Europa wuchs die vermeintliche Gewissheit, dass elementare Fragen von Krieg, Tod und Verwundung in der persönlichen Lebenswelt kaum eine Rolle mehr spielen würden. Was Krisen und Konflikte anging, mag man im Nachhinein fast meinen, Deutschland und Europa waren Inseln der Glückseligkeit. Krieg und Gewalt waren an die Peripherie des öffentlichen Bewusstseins gerückt. Wir waren schließlich von Freunden umgeben.

Eine gewaltsame, willkürliche Veränderung der politischen Landkarte Europas werden wir nicht hinnehmen

Heute ist der Krieg mit seinen Folgen wieder von der Peripherie in das Zentrum gesellschaftlicher Wahrnehmung gerückt. Schmerzhafte müssen wir realisieren, dass auch in der Mitte Europas ein Leben in Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist. Die internationale Ordnung, die wir auf der Stärke des Rechtes und nicht auf dem Recht des Stärkeren begründet sehen wollen, wird immer öfter und offener herausgefordert.

Besonders sichtbar zeigt sich diese Herausforderung im grausamen Krieg Russlands gegen die Ukraine. Seit bald zwei Jahren kämpfen tapfere Ukraineerinnen und Ukrainer gegen den russischen Aggressor und für ihre Freiheit. Der Krieg vor unserer Haustür hat bis heute nichts von seinem Schrecken verloren. Für uns steht fest: Eine gewaltsame, willkürliche Veränderung der politischen Landkarte Europas werden wir nicht hinnehmen.

Auch die Terrororganisation Hamas hat mit ihrem barbarischen Angriff am 7. Oktober 2023 schreckliches Leid über viele unschuldige Menschen gebracht. Sie hat die bereits instabile Region an den Rand des

Abgrunds geführt. Der Ausgang ist ungewiss, aber bereits jetzt steht fest, dass nichts mehr so sein wird, wie es einmal war. Unser Platz ist dabei fest an der Seite Israels. Wir haben die historische Verantwortung, Israel im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen. Es gibt keinerlei Rechtfertigung für den barbarischen Terrorakt der Hamas.

Nicht nur der Blick in die Ukraine oder nach Israel, sondern auch in den Jemen, auf den Westbalkan oder in die Sahel-Region zeigt: Frieden ist ein kostbares und zerbrechliches Gut.

Wir müssen uns wieder darauf einstellen, dass unsere Verbündeten und auch wir selbst im äußersten Fall angegriffen werden können. Das erfordert Wehrhaftigkeit. Eine wehrhafte Demokratie muss in der Lage sein, einen potenziellen Aggressor von einem Angriff abschrecken und sich im Ernstfall verteidigen zu können. Dafür müssen wir im Bündnis einen Verteidigungskrieg glaubhaft führen und gewinnen können. Die zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung leitet sich aus dieser Notwendigkeit als Kernauftrag der Bundeswehr ab.

Unsere Sicherheit und die Funktionsfähigkeit unseres Staates werden aber nicht nur militärisch-konventionell herausgefordert. Auch verdeckte Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur, Cyberangriffe, Desinformation und Propaganda, sogenannte hybride Bedrohungen, gefährden uns. Um diesen zu begegnen, reichen militärische Fähigkeiten allein nicht aus. Hierfür bedarf es der Resilienz und Wehrhaftigkeit der ganzen Gesellschaft und unseres freiheitlich-demokratischen Staates.

Wie wir mit all diesen Herausforderungen, Konflikten und Kriegen umgehen, ist beeinflusst von unserer Wahrnehmung der eigenen Geschichte. In jeder Generation kommen prägende Erinnerungen hinzu. Sie beeinflussen unser Handeln in Gegenwart und Zukunft.

Die Generation meiner Eltern war geprägt durch zwei zentrale Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg: »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Auschwitz«. Heute haben diese Sätze auch mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel eine bedrückende Aktualität. Sie mahnen uns unverändert.

Seit Aufstellung der Bundeswehr war ihre Geschichte durch die schrecklichen Erfahrungen aus den beiden Weltkriegen geprägt. Der Volkstrauertag und die Unterstützung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. waren wichtige Elemente der frühen Erinnerungskultur. In Abgrenzung zu dem in der Vergangenheit Erlebten waren die Innere Führung als Führungs- und Organisationsphilosophie der Bundeswehr sowie der Staatsbürger in Uniform direkte Folgerungen aus dem Schrecken des Nationalsozialismus. Unsere freiheitlichen Werte sollten das Fundament des Dienstes in den Streitkräften bilden, das Gewissen die letzte Entscheidungsinstanz.

Später politisierten sich große Teile der Nachkriegsgeneration vor allem durch die Fragestellungen des NATO-Doppelbeschlusses und der Friedensbewegung in den 1980er Jahren. Auch mich trieben diese Diskussionen als junger Mann um. »Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen« war das prägende Schlagwort der Bundeswehr dieser Jahre, immer im drohenden Schatten eines möglichen Nuklearkrieges.

Wie wir mit all diesen Herausforderungen, Konflikten und Kriegen umgehen, ist beeinflusst von unserer Wahrnehmung der eigenen Geschichte

Mit dem Beginn der bewaffneten Auslandseinsätze wurde die Lebensrealität für viele Soldatinnen und Soldaten eine andere. Sie mussten sich im Ausland im Gefecht bewähren und lernen, mit Tod und Verwundung umzugehen. Dies zu einem Zeitpunkt, als in Deutschland noch darüber diskutiert wurde, ob die Dinge beim Namen zu nennen seien. In der Erinnerungskultur der Bundeswehr sind die im [Fortsetzung auf Seite 2](#)

Nr. 12/23–01/24
ISSN 1619-4217
B 58 662



EDITORIAL

Blackbox	
Olaf Zimmermann	01

LEITARTIKEL

Bundeswehr in der Zeitenwende: Frieden ist ein kostbares Gut	
Boris Pistorius	01

SEITE 2

Kulturmensch Katja Lucker	02
----------------------------------	----

AKTUELLES

Das Humboldt Forum: Ortsbegehung zur Barrierefreiheit	
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	03

INLAND

Die »Wohnzimmer« der Stadtgesellschaft	
Joe Chialo im Gespräch	04

Das Projekt »Let’s Remember!«: Mit Games gegen das Vergessen	
Benjamin Hillmann	05

UNESCO-Erbe in Deutschland: Welterbe Friedhof	
Tobias Pehle	05

Die Basishonorare kommen:	
----------------------------------	--

Auf dem Weg	
Olaf Zimmermann	06

Stellungnahmen aus den Ländern	
Petra Olschowski, Markus Blume, Joe Chialo, Manja Schüle, Carmen Emigholz, Carsten Brosda, Bettina Martin, Falko Mohrs, Ina Brandes, Katharina Binz, Christine Streichert-Clivot, Barbara Klepsch, Rainer Robra, Karin Prien, Benjamin-Immanuel Hoff	06-08

EUROPA

Europäische Kulturförderung durch Creative Europe seit 2021: Zeit für Monitoring	
Barbara Gessler	09

Möller meint: Die Gleichgültigkeit lässt sich nicht übersehen	
Johann Michael Möller	10

Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur: Gespaltene Erinnerungen	
Klaus-Dieter Lehmann	11

INTERNATIONALES

»Wir mussten bei null anfangen«	
Zorig Enkhbat im Gespräch	12

KULTURELLES LEBEN

Mo Asumang im Porträt: »Mein Thema ist immer der Dialog und die Menschlichkeit«	
Ursula Gaisa	13

Claussens Kulturkanzel: Willkommenskultur der Kirchen – Die Hürden des Eintretens	
Johann Hinrich Claussen	13

Personen & Rezensionen	14
-----------------------------------	----

Rote Liste bedrohter Kultureinrichtungen	14
---	----

25 JAHRE WASHINGTONER ERKLÄRUNG

»Der Jud’ is wieda doa«	
Olaf Zimmermann	15

Provenienzforschung: Wege in die Zukunft	
Gilbert Lupfer	16

Zu den Bildern	16
-----------------------	----

Restitution von NS-Raubkunst: Faire und gerechte Lösungen auch in Deutschland?	
Rüdiger Mahlo	17

Zeittafel: NS-Verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut	17
--	----

Kein Restitutionsgesetz: Nur 23 Fälle...	
Hans-Jürgen Papier	18

Restitution von NS-Raubkunst	
Vier Fragen an Claudia Roth	19

Aufarbeitung des NS-Kunstraubs: Es geht um Recht!	
Hermann Parzinger	19

»Restituiert wurde ein Krümel und nicht mehr«	
Shelly Kupferberg im Gespräch	20

Das Bundesamt für äußere Restitutionen und seine Akten: Potsdamer Straße 1, Koblenz	
Michael Hollmann	21

»Die Restitution jüdischen Vermögens hat nie richtig stattgefunden«	
Daniel Sheffer im Gespräch	22

Kunsthandel und Provenienzforschung: Eine lückenlose Rückverfolgung ist selten möglich	
Christina Berking	23

Bücherschicksale	
Markus Brandis	24

Das Zentralantiquariat der DDR und der Handel mit NS-Raubgut: Nicht selten führen lesbare Spuren ins Leere	
Iris Schultz	24

Berliner Staatsbibliothek: Historisches Unrecht sichtbar machen und lindern	
Achim Bonte und Michaela Scheibe	25

Unterschlagnene Urheberchaft	
Björn Biester	25

Zur Provenienz von Musikinstrumenten: Dauerhaft Weiterentwicklung notwendig	
Rebecca Wolf	26

Wie Stecknadeln im Heuhaufen	
Kathrin Pieren	26

MEDIEN

Der medienpolitische Rückblick 2023: Ein Umbau mit vielen Baustellen	
Helmut Hartung	27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss	
Theo Geißler	28

Lawrows Träume	28
-----------------------	----

Karikatur	28
------------------	----

Impressum	28
------------------	----

DER AUSBLICK

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Februar 2024.	
Im Fokus steht das Thema »Sprachkultur«.	

Fortsetzung von Seite 1

Auslandseinsatz gefallenen und verstorbenen Soldatinnen und Soldaten heute fest verankert. Die vielen Ehrenhaine sind ein sichtbarer Ausdruck dessen. Gedenken findet oft in Stille statt. Ich bin aber fest überzeugt: Wir brauchen öffentlich zugängliche Räume, wie das Ehrenmal der Bundeswehr auf dem Gelände des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin oder den Wald der Erinnerung auf dem Gelände des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Geltow. Sie machen für die Betroffenen den Tod einer Kameradin oder eines Kameraden begreif- und fassbar. Sie bieten als zentrale Erinnerungsorte einen Raum zur Auseinandersetzung mit der Frage, was Krieg bedeuten kann und welch hohen Preis er fordern kann. Diejenigen Soldatinnen und Soldaten, an die wir erinnern und diejenigen, die durch Erlebnisse ihres Dienstes bis heute geprägt sind, waren und sind Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in



FOTO: NORMAN JANKOWSKI

Uniform. Mandatiert durch unser Parlament, auf Grundlage unserer Werte. Ich halte eine aktive, auch von der Gesellschaft getragene Veteranen- und Gefallenenkultur daher für besonders wichtig. Den kürzlich erfolgten parlamentarischen Vorstoß für die Einführung eines Veteranentages habe ich daher befürwortend wahrgenommen. Zu Recht wurde von Soldatinnen und Soldaten, die aus Auslandseinsätzen zurückkehrten, gefordert, dass auch Deutschland eine Veteranenkultur brauche. Dank der Initiative von Hinterbliebenen und Interessenverbänden sind wir heute einen großen Schritt weiter. Die heutige Zeitenwende hat in Deutschland zu einer neuen Diskussion über das Verhältnis zu Krieg und Wehrhaftigkeit geführt. Viele sind der Überzeugung, dass eine wehrhafte Demokratie auch gut aufgestellte und ausgerüstete Streitkräfte benötigt. Diese Überzeugung reift aber nicht vom einen auf den anderen Tag, sie ist eine Generationenaufgabe. Wichtig ist dabei, dass wir auch schwierige Themen offen und ohne Tabus diskutieren können. Wir brauchen eine offene gesellschaftliche Diskussion darüber, was Resilienz, Widerstandsfähigkeit und Opferbereitschaft bedeuten und welchen Beitrag die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dafür leisten wollen. Der Staat kann den gesetzlichen Rahmen vorgeben, aber er braucht die Menschen, die ihn mit Leben erfüllen. Dabei spielt unsere Geschichte eine maßgebliche Rolle. Sie beeinflusst einerseits, wie wir auf die Welt schauen. Andererseits bestimmt sie, wo wir uns politisch und mit Blick auf unsere Wertevorstellungen verorten. Die West-Bindung ist und bleibt ein Fundament unserer verteidigungspolitischen

Ausrichtung. Bei allem, was wir tun, suchen wir stets den Schulterschluss mit unseren Partnern und Alliierten. Sie erwarten zu Recht von uns, dass wir eine Führungsrolle einnehmen. Dazu

Die heutige Zeitenwende hat in Deutschland zu einer neuen Diskussion über das Verhältnis zu Krieg und Wehrhaftigkeit geführt

sind wir bereit, immer in enger Abstimmung und auf Augenhöhe. Nicht zuletzt brauchen wir ein gesundes Maß an Realismus, ein umsichtiges Abwägen von Werten, Interessen und Möglichkeiten. Und eine Ausrichtung an dem, was machbar ist oder eben auch nicht. Unsere Geschichte mahnt uns, für die Werte einzutreten, die unser Land seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und mit der späteren Überwindung der europäischen Teilung geformt haben. Werte wie Frieden, Freiheit und Demokratie, von denen wir in den letzten 30 Jahren dachten, dass sie keiner existenziellen Bedrohung mehr unterliegen. Sie bilden das Fundament unserer Staatlichkeit. Sie sind keinesfalls selbstverständlich. Gerade mit der Rückkehr des Krieges in die Mitte Europas, in dem unterschiedliche politische Systeme wie Autokratie und Demokratie aufeinanderprallen, ist es unsere Pflicht, diese Werte jeden Tag aufs Neue zu verteidigen. Das ist unser aller Pflicht. Boris Pistorius ist Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland

Kulturmensch Katja Lucker



FOTO: ROLAND OWSNITZKI



Katja Lucker ist seit mehr als 30 Jahren in der Berliner Kultur- und Musikszene aktiv und aus dieser nicht mehr wegzudenken. Denn durch ihr vielseitiges Engagement und Wirken in diversen Häusern und Projekten hat sich Katja Lucker nicht nur als Kulturmanagerin einen Namen gemacht, sondern auch die musikalische Szene Berlins entscheidend vorangetrieben. Sie arbeitete unter anderem für das Kesselhaus in der Kulturbrauerei, für den Karneval der Kulturen sowie für das Haus der Berliner Festspiele. Daneben war sie von 2007 bis 2012 als Projektleiterin Kreativwirtschaft für RUHR.2010 – Kulturhauptstadt Europas verantwortlich, engagierte

sich in Musiknetzwerken und war regelmäßig Mitglied verschiedener Jurys der Berliner Musikförderung. Im Jahr 2012 wurde Katja Lucker vom damaligen regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit dazu berufen, das Musicboard als landeseigene Förderorganisation für Popmusik aufzubauen. Als Geschäftsführerin des Musicboards verantwortet Katja Lucker seit 2015 die Leitung des Pop-Kultur Festivals sowie seit 2018 die Organisation der Fête de la Musique in Berlin. Unter ihrer Leitung hat sich »Pop-Kultur« als Festival mit diversen Line-ups und einem Fokus auf die Förderung von Nachwuchstalenten in kürzester Zeit einen Namen im Berliner Kulturleben gemacht.

Mit Leidenschaft und Durchhaltungsvermögen hat Katja Katja Lucker in besonderer Weise das Musicboard als Förderinstitution geprägt und vorangebracht. Gerade deshalb fällt ihr Abschied vom Musicboard, das sie zum 31. Dezember 2023 verlässt, nicht leicht. In Zukunft wird sich Katja Lucker als Geschäftsführung der Initiative Musik nun auf Bundesebene neuen Aufgaben widmen. Sie tritt damit die Nachfolge von Tina Sikorski an, die die Initiative Musik seit 2020 leitet und auf eigenen Wunsch zum Jahreswechsel verlässt. Politik & Kultur wünscht Katja Lucker alles Gute und viel Erfolg für ihr neues Amt und die damit verbundenen Aufgaben.

Ortsbegehung zur Barrierefreiheit

Das Humboldt Forum auf dem Prüfstand

OLAF ZIMMERMANN & GABRIELE SCHULZ

Am Anfang stand ein Dissens: Der Deutsche Kulturrat hatte in seiner Stellungnahme »Zur Zukunft des Humboldt Forums« vom 12. Dezember 2022 formuliert: »Erstaunlicherweise ist das Gebäude auch nicht für Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen konzipiert. Das gilt für den Zugang zu den verschiedenen Orten, für die Leitsysteme und anderes mehr« und weiter ausgeführt: »Gleichfalls gilt es, am Bau mit Blick auf inklusiven Zugang nachzubessern.« Diese pointierten Aussagen sorgten für Widerspruch bei den Verantwortlichen in der Stiftung Humboldt Forum. In einem Gespräch zwischen

Menschen, Blinde oder Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer oder andere Behinderte vertreten sind. Andererseits gehören dem Kreis Vertreterinnen und Vertreter aus der Mitgliedschaft des Deutschen Kulturrates an. Gemeinsam wird der Sachstand zu Inklusion im Kultur- und Medienbereich diskutiert. Dabei stehen drei Themen im Vordergrund:

- Barrierefreiheit für das Publikum,
- Zugang zur künstlerischen Ausbildung für Menschen mit Behinderungen sowie
- Zugang zum Kulturarbeitsmarkt.

Geplant ist, Ende 2024 gemeinsame Teilhabeempfehlungen vorzulegen, in denen skizziert wird, welche Handlungsbedarfe im Kulturbereich selbst

und vor der Eröffnung lud die Stiftung Humboldt Forum sogenannte Fokusgruppen ein, die aus eigener Anschauung die Barrierefreiheit auf den Prüfstand stellten. Das ist die bauliche Seite. Auch wenn an der einen oder anderen Stelle von den Expertinnen und Experten beim Werkstattgespräch noch Verbesserungsbedarf benannt wurde, wurde im Großen und Ganzen dem Gebäude ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Stiftung Humboldt Forum, namentlich der Vorstand Technik Hans-Dieter Hegner und die Geschäftsführerin der Stiftung Humboldt Forum Service GmbH, Friedrun Portele-Anyangbe, ermutigten die Mitglieder des Gesprächskreises, offene Punkte und Mängel in der Barrierefreiheit offen anzusprechen. Vieles zeigt

im Palast der Republik zu sehen waren, und anderes mehr. Duplikate dieser Objekte sind teils als Tastobjekte für Blinde zugänglich. Per QR-Code wird in verschiedenen Sprachen, so auch in Deutscher Gebärdensprache, informiert.

Die Teilnehmenden des Werkstattgesprächs hatten zusätzlich Gelegenheit, einen Blick in die Ausstellung des Museums für Asiatische Kunst zu werfen und einen ersten, kurzen Eindruck von Maßnahmen zur Barrierefreiheit zu gewinnen. Positiv wurde aufgenommen, dass auch hier mit einem Leitsystem und teilweise vorhandenen Tastmodellen der Versuch unternommen wird, Blinden und Sehbehinderten den Museumsbesuch schmackhaft zu machen. Mitzunehmende Klappstühle sollen es älteren Menschen und Menschen mit

Aber auch an der Umsetzung in der Kulturvermittlung hapert es allerdings teilweise noch. Als Kernproblem wurde im Werkstattgespräch herausgearbeitet, dass Behinderte vielfach noch als »Spezialgruppe« betrachtet und behandelt werden. Oder vereinfacht gesagt: Behinderte Bibliotheksnutzerinnen und -nutzer sind nicht eine Gruppe unter vielen, sondern werden als Sonderbedarf gesehen, die exkludiert und mit einem Spezialangebot versehen werden. Ein Erzähltheater mit sprechenden und tauben Menschen werden als Spezialangebot für Taube und nicht etwa ein Angebot für alle wahrgenommen. Angebote in leichter Sprache scheinen für Menschen mit kognitiven Einschränkungen gemacht zu sein und nicht etwa für die Allgemeinheit der Nutzerinnen



Eindrücke von der Ortsbegehung des Humboldt Forums, die im Rahmen des zweiten Treffens der Werkstattgesprächsreihe »Kultur braucht Inklusion« stattfand

dem Vorstand der Stiftung Humboldt Forum und dem Deutschen Kulturrat im Januar dieses Jahres wurde seitens der Stiftung Humboldt Forum mit Nachdruck darauf verwiesen, dass bereits beim Bau alles dafür getan wurde, um barrierearm zu sein, und die Aussage in der Stellungnahme nicht zuträfe.

Die Stiftung Humboldt Forum beließ es nicht beim Protest, sondern lud zur Ortsbegehung ein. Im November fand das zweite Treffen der Werkstattgesprächsreihe »Kultur braucht Inklusion« statt. Die Werkstattgesprächsreihe veranstalten der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeauftragter), Jürgen Dusel, und der Deutsche Kulturrat gemeinsam. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Stiftung Humboldt Forum im Humboldt Forum statt.

An der gemeinsamen Gesprächsreihe von Behindertenbeauftragtem und Deutschem Kulturrat nehmen einerseits Vertreterinnen und Vertreter von Behindertenverbänden und Selbsthilfeorganisationen teil. Sie sind teilweise Expertinnen und Experten in eigener Sache, sodass an den Gesprächen beispielsweise hörbehinderte oder taube

bestehen, um das Menschenrecht auf Teilhabe an Kunst und Kultur zu verwirklichen. Es soll ebenso darauf eingegangen werden, was Politik und Verwaltung tun müssen, damit Menschen mit Behinderungen Kultur schaffen, als Künstlerinnen und Künstler gesehen und gehört werden sowie dass Menschen mit Behinderungen Kultureinrichtungen umfassend nutzen können, selbstverständlich wie alle anderen auch und nicht nur an Tagen mit besonderen Angeboten.

Beim Besuch im Humboldt Forum wurde einmal mehr klar, wie heterogen die Gruppe von Menschen mit Behinderungen ist und wie unterschiedlich daher die Bedarfe sind. Beim Bau des Humboldt Forums, einem Neubau mit einer historischen Fassade an drei Seiten, bestand die Chance einer von vornherein barrierearmen Bauplanung und -umsetzung. Diesem Anliegen wird das Gebäude weitgehend gerecht. Das trifft auf Aufzüge, auf ein Leitsystem für Blinde und Sehbehinderte, einen Medienguide mit der Auswahlmöglichkeit Deutsche Gebärdensprache, behindertengerechte Toiletten, eine davon mit Liege und Dusche, und anderem mehr zu. Bereits während des Baus

sich tatsächlich erst in der Nutzung und ist nach wie vor im »Praxistest«.

Neben der baulichen Barrierefreiheit ging es bei dem Werkstattgespräch aber auch um den Zugang zu den Sammlungen. Die Stiftung Humboldt Forum verfügt bekanntermaßen über keine eigene Sammlung. In ihrer Verantwortung

Die Herausforderung besteht darin, weniger in Kästchen zu denken und zu handeln, nach dem Motto hier das Angebot für die »Normalen« und dort das für Behinderte

liegen unter anderem das gemeinsame Programm und die Spuren der Erinnerung im Haus, die an die wechselvolle Geschichte des Ortes erinnern. Dazu gehören beispielsweise Skulpturen der ehemaligen Fassade des Originalschlosses, Teile des Leitsystems aus dem Palast der Republik, Kunstwerke, die einst

Gehbehinderung erleichtern, an den Objekten, an denen sie verweilen wollen, länger zu verweilen. Videos werden zumindest Untertitelt, auch wenn eine Übersetzung in Deutsche Gebärdensprache wünschenswert wäre.

In der nachfolgenden Diskussion wurde der Blick über das Humboldt Forum hinaus geweitet und sich mit dem Zugang von Blinden, Seh- und Lesebehinderten zu Literatur befasst, sich mit der voraussetzungsvollen Beschreibung von Objekten in Museen beschäftigt, Barrieren bei Barrierefreiheit aufgezeigt und Beratungswege zu mehr Inklusion in Kultureinrichtungen beschrieben. Anhand der vorgestellten Praxisbeispiele wurde deutlich, dass in der Kulturvermittlung und kulturellen Bildung ein Bewusstsein für die Vielfalt der Gesellschaft, zu der Behinderte in ihrer Heterogenität und unterschiedlichen Bedarfen gehören, besteht. Weniger ausgeprägt ist das Verständnis bei Kuratorinnen und Kuratoren, die insbesondere an Fachlichkeit und ihre Fachcommunity denken und weniger an Menschen, die ggf. noch gar keine Berührung mit dem behandelten Thema, Objekt oder auch Kontext hatten.

und Nutzer, obwohl vermutlich viele sich durch weniger voraussetzungsvolle und einen akademischen Sprachstil geprägte Erläuterungen angesprochen fühlen würden.

Die Herausforderung besteht darin, weniger in Kästchen zu denken und zu handeln, nach dem Motto hier das Angebot für die »Normalen« und dort das für Behinderte, hier die Präsentation für die Alteingesessenen und dort für die diverse Stadtgesellschaft und vieles andere mehr. Das bedeutet zugleich, zielgruppenspezifische Angebote zumindest zu hinterfragen und zu überlegen, was es heißt, ein Kulturangebot für alle bereitzuhalten, und wie können alle davon erfahren. Diese und weitere Fragestellungen werden in den nächsten beiden Werkstattgesprächen vertieft, um dann Ende des kommenden Jahres Teilhabeempfehlungen vorzulegen.

Was die Ortsbegehung der Stiftung Humboldt Forum angeht, hat sie, das ist unser Fazit, die »Nagelprobe« bestanden. Gratulation!

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates



Joe Chialo setzt sich dafür ein, für die neue Zentral- und Landesbibliothek das Gebäude Q207 in der Friedrichstraße zu nutzen

FOTO: RENDER VISION

Die »Wohnzimmer« der Stadtgesellschaft

Der Berliner Kultursenator Joe Chialo im Gespräch

Seit April 2023 ist der Musikmanager Joe Chialo Berliner Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Theresa Brüheim spricht mit ihm über seine Agenda 2024 und kulturpolitische Arbeitsschwerpunkte.

Theresa Brüheim: Herr Chialo, welche kulturpolitischen Themen stehen in Berlin hoch oben auf der Agenda für 2024?

Joe Chialo: Wir haben, erstens, zwei bedeutende Ereignisse in der Stadt zu feiern, die jeweils auf ihre ganz eigene Art für Miteinander und Gemeinschaft stehen. Wir werden die Fußball-europameisterschaft mit kulturellen Angeboten rahmen, und wir feiern den 35. Jahrestag des Mauerfalls – für Berlin ein symbolhafter Tag. Außerdem hoffe ich sehr, dass wir, zweitens, 2024 alle Weichen für den Umzug der Zentral- und Landesbibliothek in das Quartier 207 in der Friedrichstraße stellen werden. Damit würden wir eine Jahrhundertchance ergreifen und der Stadt in naher Zukunft die Aussicht auf ein neues »Wohnzimmer« geben, was einfach großartig wäre. Und letztlich, drittens, hat uns Corona gezeigt, wie verletzlich die Kultur ist, wie schlecht wir in manchen Bereichen aufgestellt sind. Mit dem Haushalt, der hoffentlich im Dezember vom Parlament beschlossen wird, haben wir für 2024 und 2025 alles mobilisiert, um unsere Einrichtungen resilienter zu machen, die Digitalisierung voranzutreiben und uns bei wichtigen Themen besser aufzustellen.

Was unterscheidet die Berliner Kulturszene von anderen in Deutschland? Wie ist sie nach der Coronapandemie und in der Energiekrise aufgestellt?

Wer nach Gründen für die außergewöhnliche Kulturszene der Hauptstadt und ihren weltweiten Ruf sucht, wird in der Geschichte fündig: Ausgerechnet die Teilung der Stadt über Jahrzehnte hat diesen Boden bereitet – und dann natürlich der Fall der Mauer. In Berlin-Ost gab es die mutige und kreative Künstlerszene der DDR, viele zog es aus dem ganzen Land in den wilden Prenzlauer Berg. Berlin-West war, ohne Wehrpflicht,

der Sehnsuchtsort für viele Aussteiger, Kreative, Musiker ... Und als die Mauer fiel, die DDR implodierte, kurzzeitig keine Regeln galten, so etwas wie fröhliche Anarchie herrschte, war dies ein Schmelztiegel, in dem für jede und jeden alles möglich war: der Siegeszug des Techno ebenso wie eine wilde Galerieszene, ein Austoben und Ausprobieren. Das alles auch noch relativ preiswert. Dieser Nimbus trägt die Stadt noch heute, macht ihn nach wie vor zum Magneten für Kreative aus aller Welt. Heute vielleicht etwas »erwachsener«.

Die Krisen bzw. deren Häufung verschont natürlich die Kultur in der Hauptstadt nicht. Es ist ja so: Krisen kommen zuerst bei der Kultur an. Bei Corona waren es die Schließungen, vielen Künstlern brachen die Einnahmen weg. Im Ukrainekrieg waren und sind es die Preissteigerungen im Allgemeinen, bei Energie im Besonderen. Sie trafen und treffen erneut Kultur-einrichtungen und Künstler. Kultur wird in Krisen immer zuerst und hart getroffen. Sie hat zum Teil erfahren müssen, welchen Stellenwert sie hat: Nice-to-have, aber nicht wirklich »systemrelevant«. Dementsprechend waren zunächst die Hilfen. Diese Zuschreibung stimmt aber nicht: Kultur ist essenziell für die Verständigung unserer Gesellschaft, Kultur ist der Kitt, der sie zusammenhält, Kultur erlaubt uns Austausch, Miteinander, Zusammenhalt ... Unser Ziel muss daher sein, sie widerstandsfähiger zu machen, sie digitaler und insgesamt besser aufzustellen – und dafür leiste ich meinen Beitrag!

Was konnten Sie als Verantwortlicher für Kultur in Berlin bisher erfolgreich umsetzen?

Ich bin jetzt etwa 200 Tage im Amt, eine Schonfrist gab es nicht – nicht einmal für die ersten 100 Tage. Denn wir sind gleich mit den Verhandlungen zum Haushalt gestartet, in einer Situation, die für die ganze Gesellschaft wie die Kulturszene als extrem angespannt bezeichnet werden darf. Die Aufgaben und Anforderungen wachsen, das zur Verfügung stehende Geld leider nicht. Insofern stehenbuchte ich es durchaus als Erfolg, dass wir einen neuen Rekordhaushalt für die Kultur aufgestellt haben, 2025 sogar erstmals über eine Milliarde Euro. So können wir meine wichtigsten Anliegen angehen: Kultur resilient, krisenfester machen, soziale Härten durch finanzierte Tarifsteigerungen und gestiegene Honorare abfedern und Kulturangebote in der ganzen Stadt ausbauen, kulturelle Brücken von der Mitte zum Stadtrand schlagen. Meine Kolleginnen und Kollegen aus der Senatsverwaltung gilt mein großer Dank, sie haben

wahnsinnig viel geleistet. Darüber hinaus bin ich froh, dass wir beim Erhalt der Uferhallen wie bei der Sicherung der Ku’damm Bühnen aktiv mitgespielt haben – und erfolgreich waren. Ähnlich verfahren wir mit der für Berlin essenziell wichtigen Clubkultur, deren bedrohte Standorte wir dringend sichern müssen, wie aktuell den Sage Club und die angrenzende Remise. Und natürlich das Thema Zentral- und Landesbibliothek, wo wir eine echte Chance haben, der ganzen Stadt zu einem neuen Glanzlicht zu verhelfen.

Wo gilt es noch, »dicke Bretter« zu bohren?

Baustellen gibt es viele, und dementsprechend gibt es eine Menge »dicker Bretter«. Manches davon lässt sich sicher in einem überschaubaren Zeitraum lösen, wie Lösungen bei Bauvorhaben oder wenn es hier und da bei Mietverträgen hakt. Aber es gibt eben auch Dinge und Projekte, die naturgemäß länger dauern, etwa beim Investitionsstau in den Einrichtungen, auf dem Feld der Erinnerungskultur und Demokratieförderung, wo wir neue Schwerpunkte setzen und Formate etablieren werden. Hier »bohren« wir konsequent und fortgesetzt, aber reden erst öffentlich darüber, wenn der Durchbruch da ist.

Sie haben es schon erwähnt: Die Clubkultur gehört zu Berlin. Welche Rolle spielt diese konkret in Ihrer Kulturarbeit?

Clubs und die Clubkultur gehören zur DNA der Stadt – egal ob international bekannte Flaggschiffe wie das Berghain oder kleinere wie das about:blank. Clubs sind heute weit mehr als Musik-anspielschuppen, sie sind Orte, an denen kulturelle Programme kuratiert werden, Diskussionen stattfinden, und nicht zuletzt sind sie oft Safespaces für marginalisierte Gruppen ... Kurz: Clubs sind Kulturstätten! Und ich setze mich dafür ein, dass sie auch als solche gesehen werden, z. B. die Baunutzungsverordnung entsprechend angepasst wird – besonders um in Sachen Lärmschutz mehr möglich zu machen. Wir haben den Tag der Clubkultur beispielsweise, wo Clubs auch materiell ausgezeichnet werden, es gibt den Lärmschutzfonds, der Nutzungskonflikte abwenden soll, die Finanzierung einer Awareness Akademie und, und, und ...

Für die Zentral- und Landesbibliothek wird seit Jahren ein neuer Standort gesucht. Sie treiben den Vorschlag, die ZLB ins Gebäude der Galeries Lafayette umzusiedeln, voran – und haben dies auch als Priorität für Ihre Agenda 2024 genannt. Was spricht außer der zentralen Lage dafür? Wie ist der Ist-Stand?

Berlin bekommt es seit über 100 Jahren nicht hin, sich eine Zentral- und Landesbibliothek zu geben. Die Chance, die sich jetzt mit einem Einzug ins Quartier 207 bietet, ist eine wirkliche Jahrhundertchance. Die zentrale Lage umringt von Einrichtungen der Bildung, von Kunst und Kultur ist nur ein Pluspunkt. Der Ort ist perfekt angebunden an den ÖPNV, die Umnutzung des Kaufhausgebäudes wäre kostengünstiger als der geplante, aber bereits um Jahre verzögerte Neubau neben der Amerika-Gedenkbibliothek. Es wäre nachhaltiger, ein Bestandsgebäude zu nutzen, als neu zu bauen – und: Wenn alles klappt, wäre der Einzug bereits 2026, mehr als zehn Jahre früher als beim Neubau.

Welche Rolle spielt Stadtteilkultur in Berlin? Wie fördern Sie diese?

Die Kraft wohnortnaher Kulturangebote wird unterschätzt, denke ich. Sie sind oft die ersten und niedrigschwelligen Angebote, mit denen Menschen in Berührung kommen, möglichst früh in Berührung kommen sollten. Sie sind daher extrem wichtig, auch für das Erlernen von Kulturtechniken, also der Möglichkeit, sich kulturell auszudrücken, mitzuteilen und in den Austausch mit anderen zu gehen. Ich bin kein Freund von kulturellen Leuchttürmen allein in der Mitte der Stadt – wir müssen die ganze Stadt mitnehmen, quasi Innen- und Außenbezirke miteinander verheiraten. Das heißt aber auch, in der ganzen Stadt Angebote zu sichern. Kunst und Kultur sind ein Netz, das sich von der Mitte bis in die Außenbezirke erstreckt. Wir fördern die bezirkliche Kulturarbeit, und da passiert in den Bezirken Großartiges. Wir haben die Jugendkunstschulen, die Musikschulen mit ihren Angeboten. Nicht zu vergessen die Bibliotheken in den Stadtteilen, alles kleine »Wohnzimmer« der Stadtgesellschaft zum Lesen, Lernen und Freundetreffen. Wir haben tolle Bezirksmuseen, die ganz engagiert arbeiten. Sie sehen: Wir haben den Wert erkannt und fördern und unterstützen.

Sie sind auch Senator für Gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin. Wie ist es um diesen aktuell in der Hauptstadt bestellt? Welche Rolle spielt Kultur für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts? Was planen Sie konkret?

Laut SKL-Glücksatlas sind die Berliner jetzt nicht die glücklichsten Menschen, und auch der »fehlende Zusammenhalt« wird von ihnen kritisiert. Das ist im Kleinen wie im Großen ein Auftrag an uns. Zum einen geht es um die Wertschätzung des Ehrenamtes. Um die vielen Kiezinitiativen und Menschen, die sich um gute Nachbarschaft und das Zusammenleben unmittelbar vor Ort kümmern.

Für diese gibt es am 2. Dezember die Würdigung »Berlin sagt Danke!«. Im Großen liegt der Schwerpunkt darauf, wie wir als Gesellschaft miteinander umgehen, wie wir Dinge aushandeln und unsere Zukunft mit allen für alle gestalten. Hier wären der Demokratie-Tag und die Demokratie-Konferenz zu nennen, die wir ausrichten.

Wahr ist leider auch, dass in einer Stadt, in der Menschen aus allen Ländern der Erde zusammenleben, auch die Konflikte der Welt widerhallen. Hier haben wir eine klare Verantwortung gegenüber allen Bürgern: weltweit und für ein friedliches Miteinander! Bilder, wie es sie nach den barbarischen Taten der Hamas in Israel auf unseren Straßen gab, darf es hier nie wieder geben. Dass Menschen in dieser Stadt in Angst leben – das darf es nie wieder geben. Hier helfen Vermittlungsangebote, und hier hilft die Kultur! Gemeinsames Erleben von Kultur wie bei unseren Kultursommerangeboten fördert den Austausch, stärkt das Gefühl des Zusammengehörens und kann Verständnis schaffen über alle Grenzen hinweg.

Was ist Ihr liebster (Kultur-)Ort in Berlin? Haben Sie einen Kultur Tipp für unsere Leserschaft?

Bei der kaum fassbaren Fülle an großartigen Kulturräumen und kulturellen Angeboten ist es schwer, einen Ort zu benennen: Aber bei drei Opern, dem Konzerthaus, dem Berliner Ensemble, dem Friedrichstadt-palast, den Sophiensälen und, und, und findet sich sicher für jeden etwas. Nachdrücklich in Erinnerung ist mir aber einer meiner ersten Termine im Amt: der Karneval der Kulturen zu Pfingsten. Hier erlebt man die bunte und kreative Vielfalt, die Energie und den Zusammenhalt, den Kultur schafft, am besten. Ich würde jedem empfehlen, dort mindestens zuzuschauen, wenn nicht gar sich zu beteiligen.

Vielen Dank.

Joe Chialo ist Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

DEUTSCHLANDS ZEHN GRÖSSTE STÄDTE

2023 ging Politik & Kultur auf Kulturreise durch Deutschlands zehn größte Städte – und fragte bei den Kulturdezernentinnen und Kulturdezernenten nach, welche Themen sie auf ihre Agenda setzen und wo ihre Stadt nach der Pandemie steht. Mit diesem Interview endet die Reihe. Alle Beiträge hier: bit.ly/40kkaYC

KULTUR IN BERLIN

Einwohnerzahl: 3,87 Mio. (2023)
Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt: Joe Chialo
Kulturbudget 2023: 906 Mio. Euro
Beschäftigte 2023: 396 Beschäftigte in der Kulturverwaltung inkl. nachgeordnete Einrichtungen

Mit Games gegen das Vergessen

Im Projekt »Let’s Remember!« trifft digitale Spielekultur auf das Gedenken an das NS-Unrecht

BENJAMIN HILLMANN

Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden von gelebter Erinnerung zu archivierter Geschichte. Sowohl das Gedenken an die Opfer des NS-Unrechts als auch der gegenwärtige Kampf gegen Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus steht damit vor der Herausforderung, das Erinnern für neue Generationen lebendig zu halten.

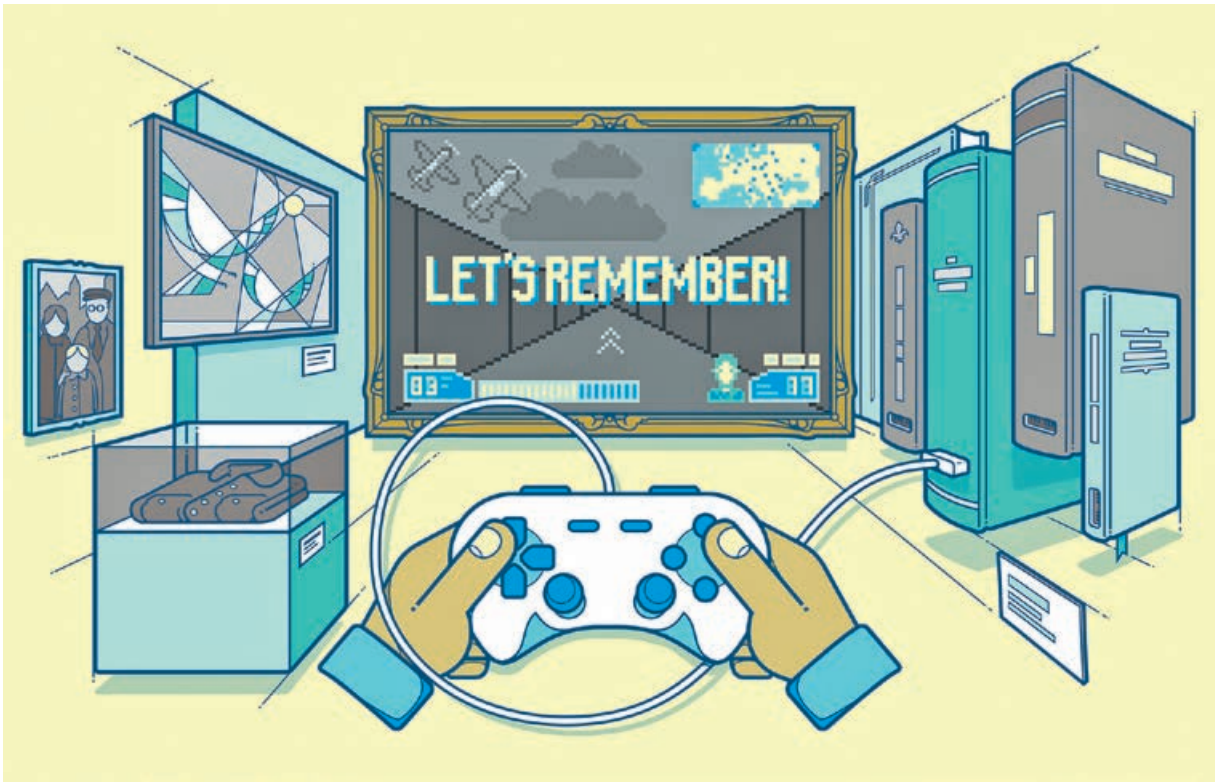
Eine repräsentative Studie des Rhinogold Instituts im Auftrag der Arolsen Archives hat ergeben, dass die Generation der 16- bis 25-Jährigen (Gen Z) sich deutlich mehr für die NS-Zeit als die Generation ihrer Eltern (75 Prozent vs. 66 Prozent) interessiert und die Auseinandersetzung mit akuten gesellschaftlichen Problemen wie Rassismus und Diskriminierung verbindet. »Die jungen Menschen wollen selbst die Moral der Geschichte erkennen«, sagt Stephan Grünwald, Psychologe und Gründer des Instituts. »Sie wollen am Diskurs teilhaben und Meinungen hinterfragen dürfen.« Befreit von dem Gefühl persönlicher Schuld würden sich laut der Studie die jungen Leute eine Brücke zum eigenen Alltag bauen und versuchen, ihre eigene Lebenswelt in der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit besser zu verstehen. Eine zeitgemäße Auseinandersetzung benötige außerdem den Einblick in konkrete Lebenswirklichkeiten, eine Verschmelzung digitaler und analoger Angebote und leicht verständliche Informationen. Auf ebensolche Anforderungen an eine zeitgemäße und in Teilen digitale Erinnerungskultur möchte die Stiftung Digitale Spielekultur in Kooperation mit dem Deutschen Kulturrat in Form des Projekts »Let’s Remember! Erinnerungskultur mit Games vor Ort« eingehen.

Das auf eine Projektlaufzeit von zwei Jahren festgelegte Vorhaben erprobt in Kooperation mit Museen,

Gedenkstätten und kulturellen Begegnungsorten den Einsatz von Games im Kontext einer digitalen Erinnerungskultur in Form von Fortbildungen, Workshops und Publikumsveranstaltungen vor Ort. Es wird im Rahmen der Bildungsagenda NS-Unrecht von der

tun hat und das auch gar nicht will. Und das ist im Rahmen der Unterhaltung auch gut so, denn sonst könnten weder Tarantinos »Inglourious Basterds« die NS-Führung in einem Pariser Kino massakrieren, noch könnte Shooter-Held B. J. Blazkowicz in »Wolfenstein II:

Remember!« nun einem Praxistest in der Erinnerungsarbeit unterzogen wird. Einerseits will das Vorhaben veranschaulichen, dass sich abseits des Mainstreams bereits eine Reihe von Games auf sensible Weise mit NS-Geschichte auseinandersetzt – und da-



Das Projekt »Let’s Remember!« bringt digitale Spiele in Gedenkstätten und Museen zum NS-Unrecht

Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) sowie vom Bundesministerium für Finanzen gefördert und baut inhaltlich auf den Erfahrungen der Initiative »Erinnern mit Games« der Stiftung Digitale Spielekultur auf.

Wie in vielen anderen populären Medien und Künsten ist der Zweite Weltkrieg in digitalen Spielen ein regelmäßig anzutreffendes Szenario, dessen mediatisierte Darstellung aber oft nicht viel mit der historischen Wirklichkeit zu

The New Colossus« Nazis auf der Venus jagen. Trotzdem ist sowohl aus historischer als auch bildungspolitischer Perspektive die Frage gerechtfertigt, inwieweit die Macht der popkulturellen Bilder den Zweiten Weltkrieg zu einer ästhetisierten Chiffre macht, die ohne historisches Grund- und Fachwissen nicht mehr zu entziffern ist.

Hier knüpft die Idee einer digitalen Erinnerungskultur mithilfe digitaler Spiele an, die im Rahmen von »Let’s

bei ganz gezielt die Stärken des Mediums einsetzt, wie z. B. die Möglichkeit spielend unterschiedliche Perspektiven einzunehmen und Geschichte nicht linear zu erzählen. Andererseits will das Projekt sowohl pädagogische Fachkräfte als auch Spielende für die Leerstellen in populären Action-, Abenteuer- oder Strategiespielen sensibilisieren. Denn auch eine rechtzeitig erkannte Leerstelle kann zum Aufhänger für eine konstruktive Diskussion über das

»Warum« werden. Im Idealfall können Games durch ihre immersive Qualitäten und ihre Allgegenwärtigkeit im Alltag junger Menschen so den eingeforderten Brückenschlag zwischen der eigenen Lebensrealität und den gelebten Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg ein Stück weit vorantreiben.

»Let’s Remember!« war dieses Jahr bereits in vier Museen und Gedenkstätten mit unterschiedlichen Formaten zu Gast. Den Auftakt bildete eine Fortbildung für die Mitarbeitenden des Max Mannheimer Studienzentrums in Dachau am 17. Oktober. Es folgte eine kommentierte Spielung des mit dem Deutschen Computerspielpreis ausgezeichneten »Through the Darkest of Times« im Museum für Kommunikation Nürnberg. Am 9. November, dem Gedenktag für die Opfer der NS-Novemberpogrome, ließen Schülerinnen und Schüler einer 11. Klasse eigene Spielideen im Rahmen eines »Mini Game Jams« im Dachauer Max Mannheimer Studienzentrum in die Entwicklung eines Spiels einfließen. Eine Fortbildung für Mitarbeitende des Anne Frank Zentrums in Berlin folgte am 13. November, die unter anderem zur Vorbereitung auf mehrere Game-Design-Workshops am 10. Dezember diente. Vom 1. bis 3. Dezember war das Projekt schließlich im Ravensbrücker Kolloquium zu Gast und lud zu einem »Game Exhibition Jam« in der Gedenkstätte Ravensbrück ein, um über die Verschränkung zwischen historischem Ort und digital-spielerischen Angeboten zu reflektieren. Sämtliche ortsgebundene Formate werden dokumentiert, die Inhalte der Fortbildungen werden zudem in Form kurzer Onlinetutorials im kommenden Jahr der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Die bereits bestehende Onlinedatenbank »Games und Erinnerungskultur« der Stiftung Digitale Spielekultur wird darüber hinaus grundlegend überarbeitet und erweitert, um die vielfältigen aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich widerzuspiegeln.

Benjamin Hillmann ist Senior-Kommunikationsmanager der Stiftung Digitale Spielekultur

Welterbe Friedhof

Gleich sieben Friedhöfe zählen hierzulande zum UNESCO-Erbe

TOBIAS PEHLE

Für die UNESCO stehen sie in ihrer kulturellen Bedeutung auf gleicher Stufe wie die Begräbnisstätten des Taj Mahal oder der Pyramiden: die Welterbe-Friedhöfe in Deutschland. Gleich sieben tragen diese UNESCO-Auszeichnung, so viele Friedhöfe wie in keinem anderen Land der Welt. Herausragend sind dabei der »Heilige Sand« in Worms und der »Judensand« in Mainz als prägende Stätten des SchUM-Welterbes sowie der »Historische Friedhof«

Sieben Friedhöfe in Deutschland tragen den Titel UNESCO-Welterbe. Sie stehen auf einer Stufe mit dem Taj Mahal und den Pyramiden

mit der »Fürstengruft« in Weimar als zentraler Ort des Welterbes »Klassisches Weimar«. Zu den Titelträgern zählt auch der »Jüdische Friedhof auf dem Pfingstberg« in Potsdam, der auf der Welterbeliste der »Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin« steht. Erst jüngst hinzugekommen sind drei Friedhöfe in den Welterbegebieten

»Bedeutende Kurstädte Europas«: der »Kapellenfriedhof« und der »Jüdische Friedhof« in Bad Kissingen sowie der »Hauptfriedhof« in Baden-Baden.

Bemerkenswert ist, dass vier dieser sieben Friedhöfe jüdisch sind und somit nachdrücklich belegen, wie tief jüdisches Leben in der Kulturgeschichte dieses Landes – aber auch Europas – verankert ist. Als ältester in situ erhaltener jüdischer Friedhof des Kontinents verkörpert der Heilige Sand in Worms fast 1.000 Jahre jüdische Trauerkultur, nicht zuletzt abzulesen an den acht Grabsteinen aus dem 11. Jahrhundert. Darunter befindet sich einer der ältesten überhaupt, der noch an seinem Ursprungsort steht: Der gut ein Meter hohe Sandstein von 1076/1077 hält mutmaßlich die Erinnerung an einen ehemaligen Rabbiner wach. Zu lesen ist auf Hebräisch: »Das ist der Leichenstein des Jakob haBachur, welcher verschied im Jahr 4837 (nach jüdischer Zeitrechnung). Seine Seele ruhe im Bündel des Lebens!«

Der Stein des Jakob ist nur einer von über 2.500 historischen Steinen auf dem Heiligen Sand, welcher sicherlich zu den berührendsten und faszinierendsten Friedhöfen unseres Landes gehört. Unweit der Stadtmitte mit Blick auf den nahen Wormser Dom gelegen, verschmelzen auf dem leicht hügeligen, unerwartet großen Areal die uralten Grabsteine mit der Natur zu einer parkartigen Ge-

dächtnislandschaft. Von Mauern umgeben und geschützt, entpuppt sich der Friedhof als Ort der Ruhe und Kontemplation, und das vor allem für jüdische Pilger aus aller Welt. Sie kommen, um den Gräbern zweier der bedeutendsten Rechtsgelehrten des Judentums, Rabbi Meir von Rothenburg und Alexander ben Salomon Wimpfen, ihre Referenz zu erweisen. Viele derer Lehren haben bis heute Bestand, so die Wahrung des Briefgeheimnisses oder die Tatsache, dass Frauen bei Scheidungen gehört werden müssen.

Im Hochmittelalter war die Bedeutung des jüdischen Gemeindebundes SchUM, zu dem neben Worms auch Speyer und Mainz zählten, so groß, dass man vom »Jerusalem am Rhein« sprach. Zu den bis heute erhaltenen Gedenkstätten an diese großartige Zeit deutscher Kulturgeschichte zählt auch der »Judensand« in Mainz. Anders als sein Pendant in Worms liegt er nicht versteckt hinter Mauern, sondern offen an einer belebten Straße in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof. Auch hier stehen die uralten Steine in einer wunderbaren Parklandschaft, die als Kultur- und Naturoase gleichermaßen zum Erinnern und Entspannen einlädt. Und genau dies trifft auch auf den Historischen Friedhof in Weimar zu. Ebenfalls mitten in der Stadt gelegen, erinnert diese romantische

Gedächtnislandschaft – hier in christlicher Prägung – vor allen an bedeutende Köpfe der Klassik, nämlich an Schiller und Goethe. Ihre Sarkophage sind die Attraktion der Fürstengruft, des auf einer kleinen Anhöhe gelegenen Mausoleums des Hauses Sachsen-Weimar.

In den Särgen, die neben denen der Herzogsfamilie stehen, hat allerdings nur Goethe seine letzte Ruhestätte gefunden – der Sarg von Schiller ist nämlich seit 2008 leer. Als der berühmte Dichter 1805 starb, waren sogenannte »Stille Beerdigungen« üblich: Die Verstorbenen wurden nachts in einer Sammelgruft beigesetzt, was selbst einflussreiche Schiller-Verehrer wie der spätere Weimarer Bürgermeister Carl Leberecht Schwabe nicht verhindern konnten. 15 Jahre später gelang es Leberecht jedoch, die sterblichen Überreste, allen voran den Schädel Schillers, sichern zu lassen – oder zumindest das, was er zusammen mit Sachverständigen seiner Zeit dafür hielt. 1820 wurden dann die Gebeine von »Schiller« in die repräsentative Fürstengruft überführt. Aber es kam, wie es kommen musste: 2008 zeigte ein Gentest, dass es nicht Schiller war, der in dem Eichensarg lag. Die Gebeine des Unbekannten wurden daraufhin in ein anonymes Grab umgebettet – der leere Sarkophag mit Schillers Aufschrift aber verblieb an seinem Ort. Und so ist er nach wie vor eine der Sehenswürdigkeiten des Klassik-Welterbes in Weimar, zusammen mit dem Sarg Goethes, der auf seinen ausdrücklichen Wunsch hin neben seinem Freund Schiller beigesetzt wurde. Diese Geschichte ist aber nur eine von vielen, die die Welterbe-Friedhöfe in

Deutschland erzählen können. Alle sieben sind herausragende Kulturorte, die vor allem zeigen, wie maßgeblich die Friedhofskultur in Deutschland unsere

Bemerkenswert ist, dass vier dieser sieben Friedhöfe jüdisch sind und somit nachdrücklich belegen, wie tief jüdisches Leben in der Kulturgeschichte verankert ist

kulturelle Identität mitgeprägt hat, was Friedhöfe für wunderbare Orte sind und wie bedeutend diese Erinnerungslandschaften nicht nur für unser Land sind.

Tobias Pehle ist Geschäftsführer des Kuratoriums Immaterielles Erbe Friedhofskultur, dem Partner der Deutschen UNESCO-Kommission für diese Kulturform

FRIEDHOFS-KULTUR

Friedhöfe sind Kulturorte! Seit der Ausgabe 9/23 stellt Tobias Pehle in Politik & Kultur ausgewählte Friedhöfe vor. Sie finden die bisher erschienenen Beiträge hier: politikkultur.de/autor/tobiaspehle

Die Basishonorare kommen

Stellungnahmen aus den Ländern

Auf dem Weg

OLAF ZIMMERMANN

Ende des Jahres 2021 hatte die Kulturministerkonferenz eine Kommission »Faire Vergütung« eingerichtet. Berichterstatte der Kommission waren die Länder Nordrhein-Westfalen und Bremen. Die Kommission faire Vergütung hat im Jahr 2022 intensiv beraten und eine Honorarmatrix erstellt, die von der Kulturministerkonferenz im Oktober 2022 zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Die Honorarmatrix sollte bewusst nur einen Rahmen an Tätigkeitsbereichen aufführen. Die weitere inhaltliche Füllung bzw. die Aushandlung von Basishonoraren sollte, so der ausdrückliche Wunsch der Länder, jeweils in den Ländern erfolgen, um den spezifischen Bedingungen vor Ort gerecht zu werden.

Die nachfolgenden Beiträge der Kulturministerinnen und -minister der Länder zeigen, dass sich die Mehrzahl der Länder auf den Weg gemacht hat, Basishonorare in der Projektförderung vorzusehen bzw. sie zur Förderbedingung zu machen und Basishonorare mit den jeweiligen Verbänden auszuhandeln. In einigen Ländern bestehen bereits seit einigen Jahren entsprechende Vorgaben für einzelne künstlerische Sparten, die jeweils aktualisiert werden.

Die Akzente werden von den Ländern unterschiedlich gesetzt. Einige setzen in der bildenden Kunst an und nutzen hierbei insbesondere die Empfehlungen des Bundesverbands Bildender Künstlerinnen und Künstler, andere stellen auf darstellende Kunst oder Musik ab. Große Einigkeit besteht darin, dass es dringend erforderlich ist, die Einkommenssituation der selbstständigen Künstlerinnen und Künstler zu verbessern. Zugleich wird in der Regel auf die angespannte Haushaltslage verwiesen und unterstrichen, dass die Umsetzung höherer Honorare von den Haushaltsbeschlüssen abhängig ist und sie auch nicht zu massiven Einschnitten in der Projektlandschaft führen soll.

Erfreulicherweise haben alle Länder mit Ausnahme von Hessen geantwortet. Hessen verwies auf die aktuell laufenden Koalitionsverhandlungen, denen nicht vorgegriffen werden sollte.

Neben den Ländern hat auch Kulturstaaatsministerin Claudia Roth bei der Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates die Absicht erklärt, bereits im Jahr 2024 Basishonorare der Kulturförderung ihres Hauses vorzusehen. Die Gespräche zur Ausgestaltung und Umsetzung laufen derzeit.

Es steht zu erwarten, dass, sofern nicht bereits geschehen, im Jahr 2024 im Grundsatz im Bund und in den Ländern Basishonorare für selbstständige Künstlerinnen und Künstler eingeführt werden. Einiges wird anfangs vermutlich noch Stückwerk sein und in den nächsten Jahren ergänzt werden müssen. Auch wird sich in der Umsetzung erweisen, ob die Parameter richtig gewählt wurden. Teilweise ist auch noch ungeklärt, wie mit Mischfinanzierungen verfahren wird, wenn Bund und Land ggf. unterschiedliche Basishonorarwerte ansetzen. Wesentlich ist aber, dass ein Anfang gemacht wird.

Eines zeichnet sich Ende dieses Jahres jedenfalls ab: Alle befinden sich auf dem Weg und die flächendeckende Einführung von Basishonoraren ist in greifbare Nähe gerückt.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates



FOTO: ADOBE STOCK/REBECCA

Baden-Württemberg

PETRA OLSCHOWSKI

Eine angemessene und faire Vergütung von künstlerischer Leistung ist für das Land Baden-Württemberg ein zentrales kulturpolitisches Anliegen. Dies ist auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Bei der Umsetzung verfolgen wir mehrere Strategien. Ein erster und großer Schritt für eine faire Vergütung ist die Erhöhung der Einstiegsgehalt im Bereich des Normalvertrag (NV-)Bühne, die das Land zusammen mit den Kommunen durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel konsequent umsetzt. Auch an der Finanzierung von Tarifsteigerungen wird sich das Land beteiligen. Hier sind wir in intensivem Kontakt mit dem Landesverband des Deutschen Bühnenvereins.

Mit den von uns geförderten Orchestern und Ensembles sowie mit FREO (Freie Ensembles und Orchester), mit der AG Privattheater und mit der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Tanz- und Theaterschaffende Baden-Württemberg sind wir im Gespräch über faire Vergütung. Wir erwarten im Rahmen unserer Projektförderung die Kalkulation angemessener Honorare und verweisen auf die Empfehlungen der Berufsverbände bei Projektausschreibungen. Im Bereich der Förderung von Einzelkünstlerinnen und -künstlern haben wir bereits Stipendienbeträge für Auslandsaufenthalte erhöht. Das Anliegen einer fairen Vergütung stellt die öffentlichen Förderer und die Kultureinrichtungen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Haushaltslage und wirtschaftlichen Situation allerdings teilweise auch vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Zudem gilt es, für verschiedene Sachverhalte freischaffender Tätigkeit angemessene Honorarsätze zu finden, die umsetzbar sind. In Einzelfällen wird möglicherweise abzuwägen sein, ob eine Vergütung nach allgemeinen Empfehlungen oder gegebenenfalls nach einer konkreten Einzellösung erfolgt.

Aus Sicht des Landes ist es – unabhängig von den genannten Rahmenbedingungen – wichtig, die Diskussion trotz finanzieller Herausforderungen zu führen und einen Einstieg in eine verbesserte Vergütung zu schaffen. Kunst- und Kultureinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler sind mit

weiteren großen ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert: Inflation, kulturelle Teilhabe und Bildung, Diversität, Digitalisierung, Erinnerungskultur und Nachhaltigkeit sind nur ein paar Schlagworte. Ich sehe es daher als eine Kernaufgabe der Kulturpolitik an, durch verlässliche Förderinstrumente sichere Rahmenbedingungen zu schaffen und Freiräume nicht nur für Einrichtungen, sondern auch für Künstlerinnen und Künstler zu garantieren.

Petra Olschowski ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg

Bayern

MARKUS BLUME

Bayern unterstützt ausdrücklich das politische Ziel einer angemessenen Vergütung der selbstständigen Künstlerinnen und Künstler. Die in den letzten Jahren – auch im Kontext der Erfahrungen aus der Coronapandemie – angestoßenen Prozesse sind wichtig und eine gute Grundlage für das weitere Vorgehen. Hier zeigt sich auch, wie wertvoll der Austausch in der vergleichsweise jungen Kulturministerkonferenz der Länder ist.

Der bisherige Diskussionsprozess nimmt die Standpunkte aller im Kulturbereich tätigen Akteure in den Blick. Neben der Sicherstellung einer auskömmlichen Honorierung müssen auch die Positionen der Kultureinrichtungen und -veranstalter betrachtet werden. Hier geht es vor allem um die Finanzierbarkeit von Veranstaltungen und die erheblichen spartenbezogenen Unterschiede. Auch die Möglichkeiten der Gegendfinanzierung in den öffentlichen Haushalten müssen eruiert werden. Letztlich geht es darum, Lösungen für eine angemessene Vergütung zu finden, ohne die Anzahl der geförderten Projekte zu verringern – und das bei zunehmend schwieriger Haushaltslage. Fixe Vorgaben von Honoraren erscheinen daher nicht zwingend zielführend. Deshalb haben wir uns in Bayern für eine differenzierte, an den einzelnen Förderprogrammen und am Einzelfall ausgerichtete Herangehensweise entschieden. Anstatt pauschaler Vorgaben streben wir angemessene Vergütungen an, die alle relevanten

Aspekte berücksichtigen. Hierzu gehören auch Aspekte der Finanzierbarkeit, z. B. des erforderlichen Eigenanteils durch die Veranstalter, der hohen Heterogenität der Förderlandschaft und der Aufrechterhaltung der Förderung aller Förderempfänger bei nicht beliebig skalierbaren staatlichen Mitteln. So stellt bereits jetzt die Angemessenheit von Honoraren bei der fachlichen Beurteilung von Förderanträgen im Rahmen der einzelnen Förderprogramme des Freistaats Bayern insbesondere auch im Bereich der Ausstellungsförderung im Einzelfall ein Entscheidungskriterium dar. Sofern die Honorare aus Sicht der bewertenden Fachstelle der Höhe nach nicht angemessen erscheinen, wird dies aufgegriffen, was häufig zu Nachbesserungen durch die Antragstellenden führt.

Wir sind stolz auf die Vielfalt im Kulturstaat Bayern. Damit das so bleibt, setzen wir uns für die angemessene Vergütung unserer freischaffenden Künstlerinnen und Künstler ein.

Markus Blume ist Staatsminister für Wissenschaft und Kunst in Bayern

Berlin

JOE CHIALO

In den Förderprogrammen der Berliner Kulturverwaltung gelten schon seit 2016 Empfehlungen für Honoraruntergrenzen und Ausstellungshonorare in den Sparten Darstellende Künste und Tanz, Bildende Kunst und Literatur – dasselbe ist für den Bereich Musik in Arbeit. Die werden von den Berliner Landesverbänden erarbeitet, regelmäßig aktualisiert und von uns geprüft. Meine Verwaltung ist dazu im ständigen Austausch etwa mit dem Landesverband freie darstellende Künste Berlin (LAFT) und mit dem Berufsverband bildender Künstler*innen Berlin (bbk). Obwohl es sich um nicht verbindliche Empfehlungen handelt, wird durch die Jürs im Rahmen der Antragsbeurteilung ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung gelegt.

Kultur ist der Kitt, der uns als Gesellschaft zusammenhält – und Kultur zu schaffen muss gerecht bezahlt werden.

Joe Chialo ist Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin

Brandenburg

MANJA SCHÜLE

Die mehr als 50 Freien Theater- und Tanzeinrichtungen in Brandenburg sind sensible Seismografen gesellschaftlicher Entwicklungen und wichtige Diskurs- und Resonanzräume. Sie bringen facettenreiche, unkonventionelle, innovative Aufführungen, Kulturevents und Mitmachangebote in nahezu jeden Winkel unseres Landes. Nicht zuletzt deswegen gelten in Brandenburg – als erstem Bundesland – seit diesem Jahr für die Förderung der Freien Darstellenden Künste verpflichtende Honoraruntergrenzen nach den Empfehlungen des Bundesverbands Freie Darstellende Künste.

Ich freue mich und bin auch ein wenig stolz, dass es uns gelungen ist, dafür die Förderung der Freien Darstellenden Künste ab diesem Jahr um 800.000 Euro auf 2,4 Millionen zu erhöhen. Mit dem deutlichen Aufwuchs können wir endlich eine langjährige Forderung der Kulturszene einlösen: die Einhaltung der Honorarmindeststandards. Brandenburg ist damit eines der ersten Länder, das faire Bezahlung im künstlerischen Bereich sicherstellt. Gleichwohl sind die öffentlichen Mittel für Kulturförderung nicht unbegrenzt. Die faire Vergütung von Künstlerinnen und Künstlern zu sichern und gleichzeitig die Zahl geförderter Kulturprojekte zu halten bleibt eine Herausforderung auch für die Zukunft.

Brandenburg bewegt das Thema der Honorarmindeststandards im Übrigen bereits seit vielen Jahren: Für die Kultursparte Musik gelten seit 2020 verpflichtende »Honorarmindeststandards für freischaffende Musiker*innen und Vokalsolist*innen in Projekten und Institutionen mit musikalischen Eigenproduktionen«. Auch im Bereich der bildenden Kunst hat unser Land bereits 2017 eine Leitlinie über die Ausstellungsvergütung für Einrichtungen der Landesverwaltung erlassen, von der professionelle Künstlerinnen und Künstler profitieren – eine Empfehlung meines Ministeriums. Das Ziel ist klar: ein vielseitiges und anspruchsvolles kulturelles Angebot in unserem Land – zu fairen Bedingungen.

Manja Schüle ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Brandenburg



FOTO: ADOBE STOCK/LEDMARKSI

Bremen

CARMEN EMIGHOLZ

In herausfordernden Zeiten wie diesen ist es wichtig, die Bedürfnisse der Menschen in den Fokus zu nehmen. Deshalb richten wir unsere Politik für die kommenden Jahre konsequent auf die wirtschaftliche Unterstützung der Kulturschaffenden aus. Basishonorare verbessern die Situation der selbstständigen Künstlerinnen und Künstler nachhaltig. Dafür setzt sich der Kultursenator ein. Ein klares Bekenntnis für faire Bezahlung in der Kultur. Dies gilt für die Einrichtungen, dazu gehört aber auch die Zahlung von angemessenen Künstlerhonoraren sowie die schrittweise Etablierung von Ausstellungshonoraren für bildende Künstlerinnen und Künstler.

In Bremen hatte der Senator für Kultur bereits 2020 zusammen mit den Fachverbänden die Präambel zur Honoraruntergrenze in seine Förderrichtlinien integriert und damit eine zeitgemäße Weiterentwicklung dieses kulturpolitischen Instruments initiiert. Mittlerweile sind Honoraruntergrenzen in Bremen bei Projektförderungen verbindlich. Dieses Vorgehen wurde mit den Künstlerverbänden ausprobiert und evaluiert. Bei einer Tagung in Bremen im September 2022 unter dem Leitwort »Fair Pay« wurde diese Maßnahme als »Bremer Weg« gewürdigt.

Bremen hat sich im Oktober 2022 ebenfalls dafür ausgesprochen, in Abstimmung mit den Fachverbänden eine Matrix für Honoraruntergrenzen zu schaffen. Damit kann eine weitgehende Vergleichbarkeit erreicht werden. Und auch die Auftraggeberseite von künstlerischen Projekten wurde hier einbezogen und unterstützt dieses Vorgehen. Klar ist aber: Ohne zusätzliche Mittel lässt sich die Anhebung der Honorare nicht realisieren. Um welche Dimensionen es dabei geht, ist sehr unterschiedlich und hängt auch ab von den Förderstrategien der Länder und Kommunen. Wichtig ist, dass die öffentliche Hand ihrer Vorbildrolle gerecht wird und dass die Anwendung der Matrix dazu führt, dass sich dem auch die privaten Trägerinnen und Träger anschließen. Dazu müssen die Länder und Kommunen einheitlich vorgehen.

Carmen Emigholz ist Staatsrätin beim Senator für Kultur der Freien Hansestadt Bremen

Hamburg

CARSTEN BROSDA

Gute Arbeit und faire Bezahlung müssen auch bei künstlerischen Tätigkeiten selbstverständlich werden. Die Hamburger Behörde für Kultur und Medien steht auch dazu in direktem Austausch mit den Kulturinstitutionen, Künstlerinnen und Künstler sowie mit einzelnen Landeskulturverbänden und steuert im Rahmen der nach Haushaltsbeschluss zur Verfügung stehenden Budgets stetig nach, um die soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern zu verbessern. Die Behörde verhandelt im Rahmen der Haushaltsaufstellungsverfahren, inwieweit Ansatzserhöhungen im Bereich der Honorare möglich sind. Hierzu läuft seit Sommer 2023 eine teilmarktübergreifende Abfrage, um die Mehrbedarfe bei Projektförderungen und Kultureinrichtungen zu ermitteln.

Im Bereich der bildenden Kunst wird seit 2020 eine Ausstellungsvergütung gezahlt, deren Modalitäten in enger Abstimmung mit den Künstlerverbänden bzw. -vertretungen der Freien Szene – Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler und ARTOFF-Initiative der unabhängigen Kunstorte – entwickelt wurden. In den Juryverfahren der Freien Darstellenden Künste werden die Honoraruntergrenzen-Empfehlungen der Verbände für freischaffende Künstlerinnen und Künstler zugrunde gelegt. Bereits jetzt weist die BKM in sämtlichen Projektförderverfahren auf die Einhaltung der Empfehlung zu den Honoraruntergrenzen der Verbände hin. Dieser Hinweis ist Bestandteil der allgemeinen Eingangsmaske aller digitalen Antragsverfahren.

Es wird noch eine erhebliche Herausforderung darstellen, eine teilmarktübergreifende Einheitlichkeit bei den Honoraruntergrenzen herzustellen, da die verschiedenen künstlerischen Bereiche oftmals von völlig unterschiedlichen Produktions- und Präsentationsbedingungen geprägt sind. Auch die Dimension der erfahrungsbasierten Vergütung ist schwer über alle Kultur- und Kreativbranchen hinweg zu vereinheitlichen. Die Basishonorarmatrix muss auch aus diesem Grund stetig weiterentwickelt werden, um sämtliche Produktions- und Präsentationsformen sowie Kompetenzlevels zu erfassen.

Carsten Brosda ist Senator der Behörde für Kultur und Medien in Hamburg

Mecklenburg-Vorpommern

BETTINA MARTIN

Die Arbeit von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern grenzt nicht selten an Selbstausbeutung. Das einfach achselzuckend hinzunehmen kann nicht die Antwort darauf sein. Auch freischaffende Künstlerinnen und Künstler müssen für ihre Arbeit fair entlohnt werden. Deshalb haben wir in Mecklenburg-Vorpommern seit Januar 2023 Mindesthonorare in unserer Kulturförderrichtlinie verankert. Mit dieser neuen Richtlinie ist nun festgelegt, dass eine faire Bezahlung Grundvoraussetzung für eine Förderung durch Kulturfördermittel des Landes ist. Und zwar nicht nur für fest angestellte, sondern erstmalig auch für freie Künstlerinnen und Künstler. Projektträger erhalten grundsätzlich nur noch dann eine Landesförderung, wenn sie Freischaffenden Honorare gemäß der bundeseinheitlichen Empfehlung »Matrix zu Basishonoraren« zahlen. Wo ein Genre noch nicht in die Matrix aufgenommen ist, ist mindestens ein branchenüblicher Honorarsatz zu zahlen.

Natürlich stellen diese Vorgaben die Ausstellungsmacherinnen und -macher vor neue Herausforderungen. Um dabei die Vielseitigkeit und Anzahl förderfähiger Ausstellungen und Kulturprojekte zu unterstützen, hat das Kulturministerium in Mecklenburg-Vorpommern deshalb seit diesem Jahr zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 Euro für die Zahlung von Honoraren bereitgestellt. Damit wollen wir vor allem dem Künstlerbund MV und den Kunstvereinen im Land ermöglichen, an der Matrix orientierte Honorare bei ihren aus Landesmitteln geförderten Ausstellungen zu zahlen. Auch für die Jahre 2024 und 2025 haben wir diese zusätzlichen Mittel im Haushaltsentwurf verankert. Den Schwerpunkt der Kulturförderung legen wir dabei bewusst zunächst auf die bildende Kunst, weil für diese bereits bundeseinheitliche Empfehlungen zu Honorarsätzen vorliegen und angewandt werden können.

Das soll aber nur der Anfang sein: Wir werden uns weiter in die Debatte um die Einführung von bundesweiten Honorarempfehlungen einbringen und auf Landesebene gemeinsam mit den Verbänden und verschiedenen Interessenvertretungen hierzu weitere

Schritte gehen. Immer mit dem Ziel, im Kulturförderbereich mit dazu beizutragen, dass auch im Kulturbetrieb fair bezahlt wird.

Bettina Martin ist Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Niedersachsen

FALKO MOHRS

Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig die soziale und finanzielle Absicherung von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern ist, wenn wir die Vielfalt und den Reichtum unserer Kulturlandschaft erhalten wollen. Deutschland ist ein Kulturland, und das soll es in Zukunft auch bleiben. Daher setze ich mich als Kulturminister in Niedersachsen für das Thema ein.

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass sich die Landesregierung für die Umsetzung des Leitbildes »Gute Arbeit« einsetzt. Das gilt selbstverständlich auch für die Kulturbranche. Was bedeutet das nun konkret? Es ist wohl hinreichend bekannt, dass eine Erhöhung von Honoraren für einen Großteil der Kulturschaffenden eine deutliche Kostensteigerung bedeutet, die nicht ohne eine entsprechende Erhöhung der zur Verfügung gestellten Fördermittel abgebildet werden kann.

Außerdem haben wir als Landesregierung durch die Verankerung der Honoraruntergrenze im Niedersächsischen Kulturfördergesetz den Auftrag, gemeinsam mit den Fachverbänden und den Kommunen Richtlinien hierzu zu erarbeiten.

Eine der Voraussetzungen wird konsequenterweise eine Erhöhung des Mittelansatzes im Landeshaushalt sein müssen, damit angemessene Honorare aufgebracht werden können und nicht zu Einschränkungen insbesondere bei neuen Formaten führen. Zweifellos ist die Deckung dieser Mehrbedarfe auch mein Ziel. Jedoch lässt sich die konkrete Umsetzung im Landeshaushalt nicht so leicht abbilden. Die übergreifende Haushaltslage des Landes Niedersachsen setzt grundlegende Rahmenbedingungen für die bestehenden Handlungsmöglichkeiten.

Doch ob dies die einzige nötige Änderung sein wird, wage ich zu bezweifeln. Wir müssen gemeinsam in eine ergebnisoffene Diskussion dazu einsteigen und vielleicht auch bestehende Strukturen hinterfragen, um eine nachhaltige Lösung zu finden. Wir wollen in Niedersachsen die freischaffenden Künstlerinnen und Künstler auf ihrem Weg zu einer fairen Bezahlung bestmöglich unterstützen.

Falko Mohrs ist Minister für Wissenschaft und Kultur in Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen

INA BRANDES

Selten waren wir so dringend auf die verbindende Kraft von Kunst und Kultur angewiesen wie heute. Nach den barbarischen Terroranschlägen der Hamas haben die unerträglichen Pro-Palästina-Demonstrationen den Hass auch auf unsere Straßen gebracht. Sie zeigen uns deutlich, wie dringend wir Ergebnisse brauchen, die Gemeinschaft stiften und den Zusammenhalt fördern.

Das gelingt aktuell neben der Fußball-Bundesliga nur noch unseren Künstlerinnen und Künstlern. Im Stadion zählen weder Alter, Herkunft noch soziale Unterschiede. Genau diese Kraft entfalten auch unsere Theater, Konzert-, Opern-, Balletthäuser und Museen. Hier zählt die Freude am Spiel und das Gemeinschaftserlebnis.

Diese Aufgabe von Künstlerinnen und Künstlern hat für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft einen unschätzbaren Wert – und sie hat ihren Preis. Und es soll ein fairer Preis sein. Deswegen arbeitet Nordrhein-Westfalen seit der Beschlussfassung in der Kulturministerkonferenz an der Umsetzung einer bundesweit harmonisierten Honorarmatrix. Ziel muss es sein, ein vielfältiges, reiches Kulturangebot zu erhalten und gleichzeitig die Künstlerinnen und Künstler angemessen zu bezahlen.

Dieser Spagat ist angesichts gestiegener Energiekosten seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, einer in der Folge hohen Inflation und angesichts der immensen Herausforderungen für unsere Kommunen bei der Aufnahme und Integration Geflüchteter nicht einfacher geworden.

Die öffentliche Hand hat als größte Kulturförderin wie kaum ein anderer Akteur die Möglichkeit, angemessene Vergütungsstandards für selbstständige Künstlerinnen und Künstler durchzusetzen. Zugleich hat dieser Schritt eine Signalwirkung für faire Entlohnung über den öffentlichen Bereich hinaus.

Fachverbände aus der Kulturszene wurden vom Land Nordrhein-Westfalen aufgefordert, spartenspezifische Honoraruntergrenzen vorzulegen, um die im Rahmen der Kulturministerkonferenz entwickelte Honorarmatrix mit konkreten Zahlen zu füllen.

Die vorgelegten Honoraruntergrenzen werden jetzt von einer vom nordrhein-westfälischen Kulturministerium eingesetzten, unabhängigen Kommission geprüft. Wichtig ist dabei unter anderem, eine Vergleichbarkeit der Honoraruntergrenzen zu gewährleisten. So sollen z. B. signifikante Honorarunterschiede für Workshops in den verschiedenen Kultursparten möglichst vermieden werden. Auch beschäftigt sich die Kommission mit der Frage, inwieweit variable Kriterien – Qualifikation, Art und Umfang der Tätigkeit, Wirtschaftskraft des Auftraggebers/Veranstalters – eine Honorarerhöhung nach sich ziehen. Zudem werden auch Fragen zur konkreten Einführung und praktischen Umsetzbarkeit ►



FOTO: ADOBE STOCK/ GORODENKOFF

Basishonorare

Fortsetzung von Seite 7

der Honoraruntergrenzen erörtert. Mitglieder der Kommission sind Vertreter des Städtetags, der Gewerkschaften, der Bezirksregierungen, der Wissenschaft und des Kulturrates.

Die Honoraruntergrenzen sollen ab der erstmaligen Festlegung zunächst als Empfehlung gelten und erst nach einer Übergangsfrist zu einer Förder Voraussetzung für das Land im Sinne von Paragraf 16 Absatz 3 Kulturgesetzbuch werden. Ich bin sicher, so wird es gelingen, dass Kommunen und Land gemeinsam und dauerhaft Honoraruntergrenzen für Künstlerinnen und Künstler etablieren. Ziel ist eine Einführung im Jahr 2024.

Ina Brandes ist Ministerin für Kultur und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen

Rheinland-Pfalz

KATHARINA BINZ

Obwohl Kunst und Kultur an Bedeutung gewonnen haben, sind die Arbeitsbedingungen für viele Kunstschaffende leider immer noch prekär. Das Jahreseinkommen bewegt sich oft nahe der Armutsgrenze. Laut Künstlersozialkasse (KSK) beläuft es sich in Rheinland-Pfalz im Schnitt auf 18.370 Euro.

Künstlerinnen und Künstler haben ein Recht auf faire Bezahlung – gerade in schwierigen Zeiten wie diesen. Mit der Honorarmatrix legen die Länder die Grundlage für faire Honorare. Ziel ist, dass diese Matrix jetzt in den Ländern konkret ausgestaltet wird und anschließend in ganz Deutschland zum Einsatz kommt. Ziel sollte sein, die Entgeltkorridore der Honoraruntergrenzen in den einzelnen Ländern möglichst zu vereinheitlichen.

Rheinland-Pfalz möchte dabei mit gutem Beispiel im Sinne der 5.224 in der KSK versicherten Künstlerinnen und Künstler in unserem Bundesland vorangehen.

In einem ersten Schritt lädt das Kulturministerium daher die hier ansässigen Landeskulturverbände ein, um in Einzelrunden Forderungen zu den Honoraruntergrenzen und zur konkreten Ausgestaltung der Honorarmatrix zu erarbeiten und dann zu Empfehlungen zu gelangen.

Ein erstes Gespräch fand bereits Mitte Juli 2023 mit dem Berufsverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK), Landesverband Rheinland-Pfalz statt. Dieser hat sich zu dem vom BBK-Bundesverband veröffentlichten Leitfaden Honorare bekannt und fordert für Kalkulationen und Abrechnungen für künstlerische Leistungen einen Mindesthonorarsatz von 70 Euro netto

pro Stunde. Die Gespräche mit darstellender Kunst, kultureller Bildung, Wort und Musik werden folgen.

Katharina Binz ist Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration in Rheinland-Pfalz

Saarland

CHRISTINE STREICHERT-CLIVOT

Das Land ist in engem Austausch mit den entsprechenden Verbänden zu Basishonoraren bei öffentlicher Förderung, jedoch sind die Ergebnisse in den einzelnen Kultursparten unterschiedlich weit gediehen.

Im Bereich der darstellenden Kunst wird im Saarland bereits seit zwei Jahren darauf geachtet, dass die Basishonorare eingehalten werden. Dies ist auch in den entsprechenden Förderkriterien festgehalten, was bundesweit eine Vorreiterrolle sein dürfte. Daher wurde auch die Durchführung der ursprünglich für Anfang November geplanten »Fair Pay-Werkstatt« vom Bundesverband Freie Darstellende Künste in ein anderes Bundesland verlegt, in dem die Einhaltung der Honoraruntergrenzen noch in den Kinderschuhen steckt und ein dortiger Austausch gewinnbringender ist.

Im Literaturbereich richten wir uns schon seit Jahren nach dem Basishonorar, das der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) festgelegt hat. Im Bereich der bildenden Kunst gibt es die Leitlinien des Bundesverbands Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK), an denen sich die von uns institutionell geförderten Einrichtungen orientieren.

Der Deutsche Musikrat hat eine entsprechende Arbeitsgruppe gebildet, die eine handhabbare Grundlage für Honorarmindeststandards erarbeitet hat, deren Ergebnis uns in einem Schreiben von unisono – Deutsche Musik- und Orchestervereinigung mitgeteilt wurde. Deren Geschäftsführung weist ausdrücklich darauf hin, dass die einzelnen Musiksparten nach unterschiedlichen Geschäftsmodellen und Förderpraxen funktionieren und daher eine Differenzierung von Honorarsätzen rechtfertigen und sinnvoll erscheinen lassen. Die Förderung des Ministeriums für Bildung und Kultur ist in den einzelnen Musiksparten vornehmlich projektbezogen. Die Prüfung, ob in diesem Bereich Honoraruntergrenzen eingehalten werden können, erfolgt derzeit Einzelfall bezogen.

Wir halten die Einführung von Basishonoraren für sinnvoll, möchten allerdings Abweichungen zulassen. So haben wir nach Absprache mit dem Landesverband der Darstellenden Künste in den Förderkriterien aufgenommen, dass Abweichungen der Honoraruntergrenzen im Einzelfall zu begründen seien.

Christine Streichert-Clivot ist Ministerin für Bildung und Kultur im Saarland

Sachsen

BARBARA KLEPSCH

Wir führen seit über einem Jahr einen intensiven Kulturdialog mit Künstlerinnen und Künstlern, freien und institutionellen Kultureinrichtungen sowie Kulturförderern. Die angemessene Vergütung der Kunst- und Kulturschaffenden ist dabei ein ganz zentrales Thema, das uns auch durch den sächsischen Koalitionsvertrag aufgegeben ist. In diesem Zusammenhang wurden die Landeskulturverbände bereits Ende 2022 um Empfehlungen gebeten, wie aus ihrer Sicht angemessene Honorare und Vergütungen aussehen könnten. Diese Empfehlungen liegen seit Ende August 2023 vor und werden mit externer Unterstützung gerade aufbereitet. Parallel dazu findet ein fortgesetzter Dialogprozess statt, in den die Landeskulturverbände, die weiteren Förderer und auch die sächsische Kulturpolitik mit einbezogen ist. Kulturförderung erfolgt nicht nur direkt durch den Landeshaushalt und die selbstständige Kulturstiftung des Freistaates Sachsen, sondern insbesondere auch auf kommunaler Ebene, vor allem durch die Kulturräume in Sachsen. Das Anliegen kann daher nur im Rahmen einer kooperativen Kulturpolitik behandelt werden. Die Herausforderungen, die politischen Priorisierungen und Spielräume in den fünf ländlichen Kulturräumen sind dabei andere als in den drei urbanen Kulturräumen. Allen gemeinsam ist, vom Land bis zum Dorf, dass wir fiskalisch schwierigen Zeiten entgegengehen. Daher ist es die Aufgabe, aus den Empfehlungen heraus zunächst eine Orientierung zu geben, die in einem Flächenland wie Sachsen nicht zu Verzerrungen und Überlastungen führt, sondern die es ernsthaft erlaubt, auf eine angemessene Vergütung hinzuarbeiten. Erste Schritte in dieser Richtung gibt es bereits in einzelnen Städten. So wollen wir Erfahrungen sammeln, wie eine Umsetzung in der Praxis funktionieren kann. Damit soll auch der Gefahr begegnet werden, dass gerade in ländlichen Gebieten die reiche regionale und lokale Kulturszene Schaden nähme. Wir wollen jetzt den ersten Schritt eines Weges gehen, der später zu angemessenen Honoraren führen kann.

Barbara Klepsch ist Staatsministerin für Kultur und Tourismus in Sachsen

Sachsen-Anhalt

RAINER ROBRA

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt ist daran interessiert und sieht zugleich die

Notwendigkeit, eine transparente Empfehlung für Basishonorare im Kulturbereich auszusprechen. Die in der Kulturministerkonferenz abgesprochene und in die Länder zur weiteren Verwendung gegebene Honorarmatrix stellt das Grundgerüst zur Ermittlung geeigneter Künstlerhonorare dar. Die Kulturfachverbände wurden bereits Anfang des Jahres um Mitteilung geeigneter Honorare und Kriterien gebeten.

Die abgegebenen Honorarempfehlungen der Verbände werden bis Ende des Jahres abschließend geprüft. Derzeit sind weitere, länderübergreifende Beratungen zur Einführung geeigneter Basishonorare vorgesehen. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist von den weiteren Beratungen und dem Prüfergebnis der Landesverwaltung abhängig. Zurzeit ist die Einführung geeigneter Basishonorare für das zweite Quartal 2024 vorgesehen.

Rainer Robra ist Minister für Kultur in Sachsen-Anhalt

Schleswig-Holstein

KARIN PRIEN

Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein hat zunächst zu den beiden Dachverbänden Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler Landesverband Schleswig-Holstein und Berufsverband Angewandte Kunst Schleswig-Holstein Kontakt aufgenommen. Es geht darum, gemeinsam auszuloten, wie eine Erhöhung der Vergütung auf Grundlage der Honorarmatrix und der Honorarempfehlungen der Kulturverbände, gestaltet werden kann.

Eine Vergütung auf Grundlage der Honorarmatrix und der Honorarempfehlungen des BBK für die Sparten Bildende und Angewandte Kunst ist für den Haushalt 2024 in Planung. Allerdings ist der Haushalt der Landesregierung für 2024 noch nicht beschlossen worden. Dies erfolgt voraussichtlich im Dezember 2023. Erst dann ist eine abschließende Antwort möglich.

Karin Prien ist Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur in Schleswig-Holstein

Thüringen

BENJAMIN-IMMANUEL HOFF

Die soziale Situation von Künstlerinnen und Künstlern zu verbessern ist ebenso kultur- wie sozialpolitisch relevant. Denn das Jahresdurchschnittseinkommen der in der

Künstlersozialkasse Versicherten betrug im Jahr 2022 bei Autorinnen und Schriftstellern rund 22.000 Euro, also knapp 1.900 Euro im Monat und lag bei selbstständigen Musikerinnen und Musikern noch einmal 8.000 Euro niedriger (ca. 14.200 Euro/p. a.), das entsprach weniger als 1.200 Euro monatlich.

Zum Vergleich: Das monatliche Brutto-Durchschnittseinkommen vollbeschäftigter lohnabhängig Beschäftigter in Deutschland betrug im selben Zeitraum ca. 4.100 Euro und bei allen lohnabhängig Beschäftigten, also auch denen in Teilzeit oder in geringfügiger Beschäftigung, immer noch 3.200 Euro monatlich.

Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrem Einkommen leben können. Die Stapelkrisen der vergangenen Jahre, dazu gehören die tiefen Einschnitte in die künstlerische Praxis während der Corona-Lockdowns, die Energiekrise mit den enormen Preissteigerungen sowie die Inflation und damit verbundene Preissteigerungen haben viele Künstlerinnen und Künstler in sozial-existenzielle Schwierigkeiten gebracht. Ein Ausweg aus dieser Krisensituation wäre die Einführung eines Grundeinkommens, das existenzsichernd ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Doch der Weg zum Grundeinkommen ist weit. Weiter noch als seinerzeit bei der Einführung des Mindestlohns, gegen den sich ursprünglich Kapital und Arbeit einig waren und der heute von den Gewerkschaften als unverzichtbar angesehen wird und auch von Arbeitgebern als sinnvoll.

Vor diesem Hintergrund verständigten sich die Kulturministerinnen und -minister der Länder, das Bundesarbeitsministerium und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien darauf, die Honorarmatrix umzusetzen, die von der »Kommission für faire Vergütung für selbstständige Künstlerinnen und Künstler« erarbeitet wurde.

Die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen beriet im Mai 2023 über die Honorarmindeststandards und verpflichtete sich, bei öffentlichen Beauftragungen an Kunstschaffende die Honorarmatrix als erste Grundlage zu beachten. Maßgeblich ist zusätzlich die Orientierung an den Honorarempfehlungen der Landes- und Bundesverbände.

Dieses System muss sich nun in der Praxis bewähren, und wir werden im Austausch mit den im Thüringer Kulturrat zusammengeschlossenen Verbänden über Schlussfolgerungen für Projektförderungen sprechen. Nicht überzeugen kann die Erwartung des Deutschen Kulturrates, dass jedes Land gesonderte Verhandlungen über Basishonorare mit Verbänden und Gewerkschaften führen sollte. Hier müssen länderübergreifende Regelungen geschaffen werden.

Benjamin-Immanuel Hoff ist Minister für Kultur-, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei in Thüringen

Zeit für Monitoring

Europäische Kulturförderung durch Creative Europe seit 2021

BARBARA GESSLER

Mitte November hat die Europäische Kommission einen Monitoring-Bericht über die ersten zwei Jahre des Creative Europe Programms im mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 vorgelegt. Gleichzeitig hat der Kulturausschuss des Europäischen Parlaments eine eigene Analyse des bisher Erreichten erarbeitet, der demnächst im Plenum abgestimmt werden soll. Beide Dokumente sind insbesondere relevant, als bereits 2024 der in der Gesetzesgrundlage geforderte Mid-Term-Bericht erstellt werden muss, der nicht nur dazu beitragen soll, das bisher Erreichte zu beurteilen, sondern schon für die Konzeption des Programms ab 2028 eine Rolle spielen wird. Die allerersten Vorbereitungen für das Design der kommenden Programmgeneration sind intern angestoßen, mit Blick auf die komplexen europäischen Entscheidungsprozesse

notwendig und adäquat. Natürlich kann man vor allem wegen der mehrjährigen Dauer vieler geförderter Projekte so kurz nach Beginn der Förderung noch nicht von einer echten Wirkungsanalyse sprechen, die Zahlen haben jedoch durchaus Aussagekraft hinsichtlich der Ausrichtung des Programms. Und da sieht es tatsächlich gut aus, vor allem, wenn man sich den konkreten Kontext der aktuellen Herausforderungen für den Kultur- und Kreativbereich in diesem Zeitraum ansieht, geprägt durch die weiterhin spürbaren negativen Auswirkungen der Coronakrise und dem Krieg in der Ukraine. Das um 80 Prozent höhere Budget für Creative Europe im Vergleich zum Vorgängerprogramm ist gerechtfertigt, sogar noch zu niedrig, das belegen die für manche Ausschreibungen nach wie vor zu niedrigen Erfolgsquoten. Das gilt auch für die neuen Initiativen im Kampf um unabhängige Medien und Pluralismus sowie journalistische Partnerschaften, die für einen echten Bedarf nach solcher Unterstützung zeugen. Die Kommission geht davon aus, dass Inflation oder aber die Herausforderungen für

die Branche, sich den Notwendigkeiten von Digitalisierung und Ökologisierung zu stellen, auch in der nächsten Zukunft nach mehr Haushaltsmitteln rufen. Verschärft wird der Kampf um Förderung in den kommenden Jahren noch durch die Anfang 2021 getroffene Entscheidung für großzügige Ausstattung des Programms insbesondere in seinen Anfängen, um dem besonders von Corona betroffenen Kreativbereich unter die Arme zu greifen. Gleichzeitig zeigt der Bericht, dass die Flexibilität bei der Umsetzung aller Aktionen z. B. durch längere Projektlaufzeiten sowie bei der Gestaltung von Hilfen für die ukrainische Kulturszene hilfreich war. Auch inhaltlich wurde die Neuausrichtung des MEDIA-Programms etwa durch stärkere Fokussierung auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Co-Produktion gut angenommen, ebenso wie die höheren Förderquoten für kleinere oder die Einführung einer mittleren Unterstützung von einer Million Euro für Kooperationsprojekte im Kulturprogramm. Besonders ist zu betonen, dass die besondere Beschaffenheit des europäischen Kreativsektors,

geprägt von Mikro- und kleinen Organisationen, anerkannt wurde und bislang stärker denn je profitieren konnte, was einer lange bestehenden Forderung sowohl des Europäischen Parlaments wie auch der Branche selbst entspricht. Die neue Mobilitätsaktion Culture Moves Europe, die Kreativen



die Möglichkeit zur individuellen Mobilität gibt, war ähnlich laut gefordert worden und entwickelt sich bereits in seinen Anfängen zu einem echten Hit des Programms. Politisch geäußerten Wünschen entsprechend haben auch die ersten zwei Jahre Umsetzung der neuen MEDIA-Initiativen im Bereich Entwicklung für audiovisuelle Professionelle aus Ländern mit niedrigerem Marktanteil konkret bessere Förderchancen gebracht. Insgesamt hat das MEDIA-Programm sich erneut sehr erfolgreich im internationalen Wettbewerb um Auszeichnungen gezeigt, wie ein Blick auf die Palette der Nominierungen für europäisch geförderte Produktionen verdeutlicht. Diese

Preise tragen, so wie besonders darauf ausgerichtete Initiativen, auch dazu bei, dass mehr Zuschauerinnen und Zuschauer Zugang zu audiovisuellen Werken aus anderen Ländern bekommen und der kulturelle Reichtum Europas zum Tragen kommt. Der Entwicklung und wachsenden Bedeutung von Videospielen entsprechend verstärkt MEDIA die Förderung von Virtual und Augmented Reality. Für alle Projekte innerhalb Creative Europe spielen die kommissionsweit geltenden Prioritäten von Diversität und Inklusion sowie Greening und Digitalisierung, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, eine wachsende Rolle. Dabei soll die ursprüngliche Aufgabe des Programms, nämlich europäische Vielfalt zu fördern, nicht unter den Tisch fallen. Dieses Thema ist sicher eine eigene Diskussion wert.

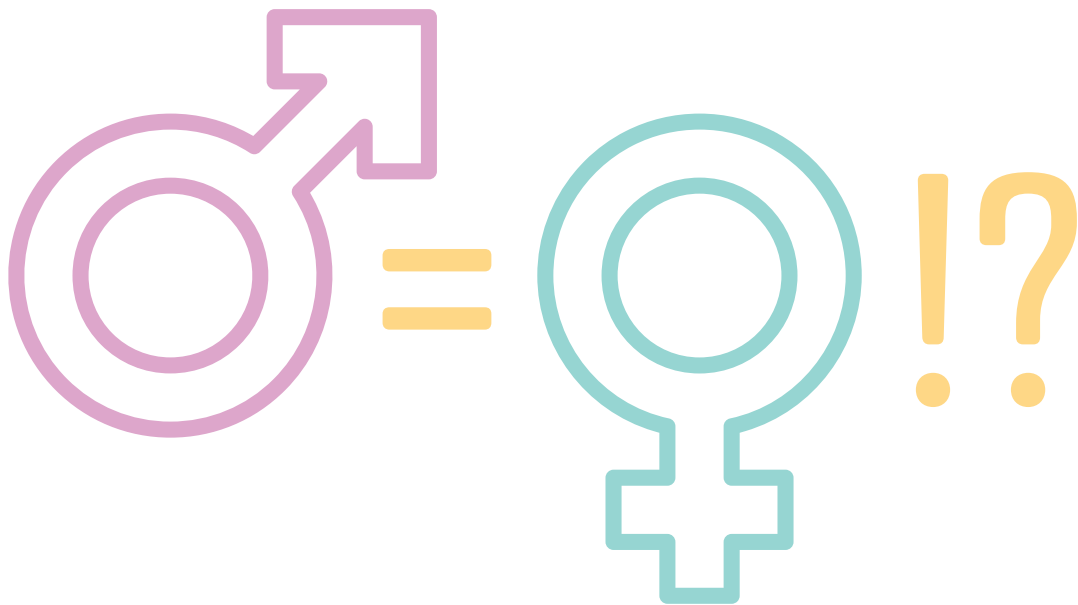
Diese Kolumne stellt nicht die Meinung der Europäischen Kommission dar, sondern ist die persönliche Ansicht der Autorin.

Barbara Gessler ist Referatsleiterin »Kapazitätsaufbau im Hochschulbereich« in der Exekutivagentur EACEA. Zuvor war sie Referatsleiterin »Creative Europe« bei der Europäischen Kommission

Deutscher Kulturrat

Baustelle Geschlechtergerechtigkeit

Datenreport zur wirtschaftlichen und sozialen Lage im Arbeitsmarkt Kultur



Gabriele Schulz, Olaf Zimmermann

Der aktuelle Datenreport zur wirtschaftlichen und sozialen Lage im Arbeitsmarkt Kultur ist da!

230 Seiten mit 83 Tabellen und 39 Schaubildern
ISBN 978-3-947308-36-1
22,80 Euro

Im aktuellen Report werden Daten zur Zahl der Erwerbstätigen im Arbeitsmarkt Kultur, dem Frauenanteil, dem Einkommen und dem Gender-Pay-Gap zusammengestellt und bewertet. Der Datenreport geht sowohl auf Soloselbstständige als auch auf abhängig Beschäftigte im Kulturbereich ein. Der Titel »Baustelle Geschlechtergerechtigkeit« macht deutlich, dass es noch viel zu tun gibt. Nach wie vor besteht eine geschlechtsspezifische Segregation der Berufe im Arbeitsmarkt Kultur und nach wie vor existiert ein deutlicher Gender-Pay-Gap. Der Datenreport schließt mit Vorschlägen der Autorin und des Autors ab, wie die Situation zu verbessern ist.

Bestellen Sie die Studie jetzt auf kulturrat-shop.de!

Die Gleichgültigkeit lässt sich nicht übersehen

Warum nennen wir das Solidarität, was uns genauso betrifft?

JOHANN MICHAEL MÖLLER

In seiner viel gerühmten Geschichte Königsbergs hat der Schriftsteller Jürgen Manthey auf eine Bemerkung Hannah Arendts aufmerksam gemacht, die diese 1964 am Rande ihrer Deutschlandreise fallen ließ. »In meiner Art zu denken und zu urteilen«, soll sich die jüdische Philosophin geäußert haben, »komme ich immer noch aus Königsberg.« Diese Randnotiz, erinnert mich an ein

für möglich gehalten hätte. Die vielen Gedenktage, die Mahnmale und Erinnerungsbemühungen – hat das etwas geholfen, fragt sich der Schweizer Literaturkritiker Roman Bucheli. Sein bitteres Fazit lautet: »Nein, es hat alles nichts genützt.« Man kann, wie jüngst Michel Friedmann, versuchen, das mit einer weitverbreiteten Gleichgültigkeit und Unwissenheit zu erklären. Vieles davon wurde auch unbesehen aus der islamistischen Welt importiert, während

Beziehungsanbahnungskurse bedarf. Der echte Jude zum Anfassen. Unsere Vorstellung von jüdischem Leben in Deutschland drückt sich immer noch in Kategorien der Vergangenheit aus, in alten Steinen und separaten Räumen; im hilflosen Versuch, jüdisches Leben und jüdischen Glauben als separate Traditionslinien zu rekonstruieren, die mit unserem heutigen Leben noch immer nichts zu tun haben. Othering nennen das die Ethnologen und meinen damit die

Wolfram im Erfurter Dom als Aaron in den jüdischen Kontext einzuordnen. Sammeln wir also lieber verwitterte Zeugnisse ein, oder wären wir endlich bereit anzuerkennen, dass jüdisches Leben Teil unserer Gegenwart ist. Und dass es an ein Wunder grenzt, wie aus dem namenlosen Heer der Entwurzelten und Entkommenen, die nach dem Krieg verzweifelt auf ihre Ausreisepapiere nach Palästina oder in die USA warteten, wieder jüdische Gemeinden in Deutschland werden konnten. Sie haben der bitteren Prophezeiung Leo Baecks auf unglaubliche Weise widersprochen, dass der Glaube an eine Vermählung des deutschen und des jüdischen Geistes eine Illusion war und »die Epoche der Juden in Deutschland ein für alle male (sic!) vorbei« sei. Aber hat es den Versuch einer »Vermählung« jemals gegeben? Ich

Fichten und Tannen verwurzelter Waldöhi, sondern Sohn eines jüdischen Kaufmanns aus Horb, der die erste jüdische Elementarschule im



MÖLLER MEINT

damaligen Königreich Württemberg besuchte. Rabbiner sollte er nach dem Vorbild des Großvaters werden und schrieb sich doch in die deutscheste Heimat ein. Biografien wie die von Lazarus oder Auerbach stehen für ein liberales jüdisches Leben und Denken am Vorabend des Bismarck'schen Nationalstaats, das womöglich hätte gelingen können und doch am



Der Eingang der Alten Synagoge in Erfurt

langes Gespräch mit dem Historiker George Mosse kurz vor seinem Tod, in dem er mir von seiner Hoffnung erzählte, dass das damals im Entstehen begriffene Jüdische Museum in Berlin ein Ort werden könne, an dem sich die über die Welt verstreuten Spolien der jüdischen Familien aus Deutschland wieder versammeln. Ein Museum als Heimat der Toten. Auch eine dritte Geschichte geht mir dieser Tage nicht aus dem Kopf, die des Berliner Gymnasialprofessors Otto Morgenstern, der Generationen von Schülern am alten Lichtenfelder Schillergymnasium im humanistischen Geist erzogen hatte und nach der Machtübernahme der Nazis sein Pensionärsdasein als Straßenkehrer fristen musste. »Kinder, warum gehöre ich nicht mehr zu eurem Volk?«, soll er seine ehemaligen Gymnasiasten gefragt haben. Die Anständigeren unter ihnen schlichen sich nachts durch den Kellereingang in sein Haus, um dem alten Lehrer wenigstens das Lebensnotwendigste zu bringen. Dann kam Theresienstadt. Und dann der Tod. Es wird in diesen Tagen viel von der Solidarität mit Israel geredet, von deutscher Staatsräson und staatsbürgerlicher Verantwortung. Es wäre unfair, die ehrlichen Motive dahinter zu bezweifeln. Das politische Deutschland kommt durchaus seiner Verpflichtung nach. Trotzdem werden auf deutschen Straßen wieder Parolen skandiert, die niemand jemals wieder

unsere demokratische Kultur gefestigt erscheint. Doch die Gleichgültigkeit lässt sich eben nicht übersehen, die kühle Distanz, die in der deutschen Öffentlichkeit herrscht. Die zentrale Solidaritätskundgebung für Israel vor dem Brandenburger Tor war eine Demonstration der Bemühungen und der Besorgten. Ein endloses Fahnenmeer gab es dort nicht. Israel, unsere vermeintliche Staatsräson, scheint für viele unserer Mitbürger sehr fern zu sein. Längst beginnen die neuen postkolonialen Narrative die alten Erzählungen zu überlagern. »Free Palestine from German Guilt« skandierten jüngst einige Hundert zumeist jugendliche Demonstranten vor dem Auswärtigen Amt in Berlin. Und die taz kommentiert bitter, dass »die Annikas, Thorbens, Sophies und Finns«, die da weitgehend ahnungslos herumkrakeelten, sich durchaus in schlechter Gesellschaft von linken Intellektuellen wie Slavoj Žižek befanden. Was sich in diesen Tagen offenbart, ist eine erschreckende Beziehungslosigkeit nicht nur zu Israel, sondern zu jüdischem Leben überhaupt, man könnte von Fremdheit reden. »Meet a Jew« heißt deshalb ein Projekt des Zentralrats der Juden in Deutschland, das auf tragische Weise fast schon komisch erscheint. Wir feiern zwar 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, aber wir haben so wenig Ahnung davon, dass es sogar eigener

Konstruktion eines kulturell anderen. Die Gemeinsamkeiten beschränken sich dann auf Klezmerkonzerte oder Kochen mit Yotam Ottolenghi. Ich habe zu jener Zeit in Erfurt gelebt, als man in dem Teil der Altstadt, der zu DDR-Zeiten dem Abriss und Verfall preisgegeben war, die Überreste einer der ältesten und bedeutendsten Synagogen Mitteleuropas entdeckte, in einer Stadt, die ob ihres Kirchenbaureichtums damals als das nördliche Rom empfunden wurde. Es war zu Anfang keineswegs klar, auf welches grandiose, völlig vergessene Zeugnis man da gestoßen war. Inzwischen hat es die UNESCO in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen, und die wiederentdeckte Mikwe, das jüdische Taufbad, gilt inzwischen als Symbol einer langen, untergegangenen Tradition, was sogar zu Versuchen geführt hat, den bronzenen

Was sich in diesen Tagen offenbart, ist eine erschreckende Beziehungslosigkeit nicht nur zu Israel, sondern zu jüdischem Leben

bin davon überzeugt, auch wenn man mir widersprechen wird. Man muss dabei gar nicht auf die großen Namen zurückgreifen, auf Lessing, auf Mendelssohn oder die großen Denker, die meine Generation prägten, wie Walter Benjamin oder Georg Simmel. Es gibt eine überwältigend reiche, weithin vergessene jüdisch-deutsche Geistesgeschichte, die den, der sich mit ihr beschäftigt, sprachlos macht. So wusste ich von Moritz Lazarus, der eigentlich Moses Lazarus hieß, nur, dass er der Erfinder der Völkerpsychologie war und als solcher vergessen. Dass er aber als Enkel eines bekannten Talmud-Gelehrten zu den eindringlichsten Stimmen des werdenden deutschen Nationalstaats zählte und mitten im preussischen Königreich die Idee einer liberalen modernen Gesellschaft entwarf, das wusste ich nicht. Neulich bin ich wieder einmal in den Schwarzwald gefahren, wo ich einen Teil meiner Kindheit verbracht habe. Ich habe die feine Freiburger Ausstellung über den Maler Wilhelm Hasemann besucht, den eigentlichen Begründer der Schwarzwaldromantik. Wer sich aber mit dem Heimatmaler Hasemann beschäftigt, kommt an dem Heimatdichter Berthold Auerbach nicht vorbei. Seine Dorfgeschichten haben riesige Auflagen erlebt. Aber Auerbach, der eigentlich Moses Baruch Auerbacher hieß, war kein zwischen deutschen

unversöhnlichen Judenhass scheiterte. »Vergebens gelebt und gearbeitet«, schrieb Auerbach 1880 an seinen Freund Jakob. Und doch, so schloss er seine letzte Rede über die »Genesis des Nathan«, wird »der Geist der Humanität siegen«. Ein reichlich halbes Jahrhundert später war jüdisches Leben in Deutschland erloschen. Zu Beginn des Kriegsjahres 1942 erhält das Münchner Künstlerehepaar Alexander und Johanna Liebmann den »Befehl in das Judenlager Berg am Laim zu ziehen, von wo aus sie nach Osten deportiert werden sollten«. Liebmann hatte zuletzt noch ein Auskommen als Porzellanmaler in einer kleinen Sendlinger Keramikwerkstatt gefunden. Dessen Besitzer erinnerte sich später daran, wie Liebmann ihm unter Tränen seine Tapferkeitsorden aus dem Ersten Weltkrieg zeigte und ihn fragte, warum er plötzlich kein Deutscher mehr sei. Wenig später, am Morgen des Karfreitags, findet die Münchner Polizei das Ehepaar in seiner Wohnung tot auf dem Bett. Die Orden und die Familienpapiere lagen sorgsam daneben. Warum reden wir von Staatsräson, wenn es um Anteilnahme geht? Warum nennen wir das Solidarität, was uns genauso betrifft? Es weht ein kühler Wind durch dieses Land, und wir stehen schon wieder daneben. Johann Michael Möller ist freier Publizist

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA | MICHAEL REICHEL

Gespaltene Erinnerungen

Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur

KLAUS-DIETER LEHMANN

Wie in einer Nusschale konzentriert sich die lange Geschichte Makedoniens im Norden Griechenlands in der Stadt Thessaloniki. Zahlreiche Zeugnisse aus römischer, byzantinischer und osmanischer Zeit sind erhalten. Seit 1988 gehören sie zum Weltkulturerbe der UNESCO. 1997 war die Stadt Europäische Kulturhauptstadt. Bekannt als die Heimat Alexander des Großen lag und liegt die Region im Schnittpunkt wichtiger jahrtausendalter nordsüdlicher und westöstlicher Verkehrswege. Heute prägt die Metropolregion Thessaloniki mit knapp einer Million Einwohner diesen geschichtsträchtigen Teil Griechenlands als moderne europäische Stadt. Sie ist das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum und weist eine enorme kulturelle Vielfalt auf. In der römischen Zeit war sie eine der Kaiserresidenzen, Cicero lebte zeitweise hier, Paulus begründete die zweite namentlich genannte Christengemeinde Europas. Es folgte die byzantinische Zeit ab 560. In seinen Glanzzeiten war Thessaloniki zweitwichtigste Stadt neben der Hauptstadt Konstantinopel. Zahlreiche Bauten zeugen noch heute von dieser glanzvollen Epoche. Im 15. Jahrhundert wurde die Region Teil des Osmanischen Reiches und Thessaloniki wichtigstes Handelszentrum des Balkans. Ende des 19. Jahrhunderts nahm Thessaloniki einen enormen Aufschwung. Die Eisenbahn verband die Stadt über Belgrad mit dem nördlichen Europa und andererseits mit Istanbul. Der 1881 in Thessaloniki geborene Kemal Atatürk wurde zum Gründer der modernen Türkei, die in diesem Jahr ihr hundertjähriges Bestehen feiert. Bis zu den Balkankriegen blieb die Stadt unter osmanischer Herrschaft. Es folgten kriegerische Auseinandersetzungen, an dessen Ende 1913 Makedonien zu Griechenland kam.

Schon in römischer Zeit hatte Thessaloniki eine jüdische Bevölkerung. Sie zählte vor dem Zweiten Weltkrieg 56.000 Menschen und machte etwa ein Viertel der Bevölkerung aus. Unter der Nazi Herrschaft wurde praktisch die gesamte jüdische Bevölkerung nach Auschwitz und Bergen-Belsen deportiert und ausgelöscht. Die Stadt war während des Zweiten Weltkriegs von 1941 bis 1944 von deutschen Truppen besetzt. Mehr als 100.000 griechische Zivilisten starben während des Zweiten Weltkrieges. Die Verbrechen der

SS und der Wehrmacht in Griechenland spielen im Bewusstsein der Deutschen bis heute kaum eine Rolle, die Geschichtswissenschaft beginnt erst jetzt mit einer Aufarbeitung. Ein eindrucksvoller Ansatz zur schmerzhaften Erfahrung des Erinnerns ist die Ausstellung »Gespaltene Erinnerungen«, ein beispielhaftes Projekt von Goethe-Institut, Jüdischem Museum Thessaloniki, Makedonischem Museum für Zeitgenössische Kunst Thessaloniki und dem Historischen Museum Berlin. Sie wurde 2016/2017 in Thessaloniki gezeigt, anschließend in einer digitalen Form in Köln. Der deutsch-griechische Zukunftsfonds finanzierte

lung geht es nicht einfach um die Historie als Faktensammlung, sondern sie stellt eine Verbindung her zwischen Kunst und Leben. Solche



Initiativen zeigen, wie wichtig die Zusammenarbeit für die Kultur bei der Stärkung der griechisch-deutschen Beziehungen ist. Es ist ein Beitrag auf dem Weg hin zu einer gemeinsamen



Zeugnis aus der römischen Zeit: der Galeriusbogen in Thessaloniki

das Ausstellungsprojekt. Es geht um die Annäherung an dieses bedrückende Kapitel der deutsch-griechischen Geschichte mit der Sprache der Kunst. Bei der Ausstellungseröffnung 2016 in Thessaloniki sagte der griechische Außenminister Nikos Kotzias: »Geschichte ist kein Gefängnis, Geschichte muss Schule sein.« Und der damalige deutsche Außenminister, Frank-Walter Steinmeier, ergänzte: »Griechen und Deutsche begegnen sich anders, wenn sie das im Bewusstsein ihrer gemeinsamen Geschichte tun. Wenn sie ein Sensorium entwickeln für die wunden Punkte und die blinden Flecken der Vergangenheit.« In der Ausstel-

europäischen Erinnerungskultur. Anlässlich der Eröffnung der 18. Internationalen Buchmesse in Thessaloniki im Jahr 2021 – mit Deutschland als Ehrengast – betonte die damalige Staatsministerin Michelle Müntefering bei ihrer Eröffnungsrede: »Gerade gegenüber unseren europäischen Nachbarn empfinden wir besondere Verantwortung, aber auch die aktuellen Debatten in Griechenland zeigen, dass die gemeinsame Aufarbeitung nicht abgeschlossen ist.«

Erst nach Ende des griechischen Bürgerkriegs begann 1949 der Wiederaufbau der Stadt und Wirtschaft und Kultur. Aber die deutsche

Besatzungszeit hatte Griechenland massiv geschwächt. 1960 schlossen Griechenland und die Bundesrepublik Deutschland ein Anwerbeabkommen für Arbeitskräfte, die sogenannten Gastarbeiter. Die meisten Gastarbeiter kamen aus Nordgriechenland. 13 Jahre lang wanderte fast eine ganze Generation aus. Am Ende waren es über eine Million Arbeitsemigranten. Den Griechen gelang es, sich gut in die deutsche Gesellschaft einzufügen. Heute leben mehr als 300.000 Griechen in Deutschland. Und auch die Rückkehrer haben in Nordgriechenland weitgehend ein positives Deutschlandbild mitgebracht. Inzwischen entwickelte sich das traditionell als Auswanderungsland bekannte Land zum Zielland für Arbeitsmigranten und zu einem Transitland für Asylsuchende. Die Stadt ist ein attraktiver kultureller und touristischer

gibt der Region ihren besonderen Charakter.

Als entscheidender Partner und kreativer Initiator im Kulturleben der Stadt gilt seit Jahrzehnten das Goethe-Institut. 1955 gegründet, wird es längst als »Thessaloniker Einrichtung« empfunden, gut vernetzt mit der Stadtverwaltung, der Präfektur, den Museen, Theatern, Universitäten, Schulen, der jüdischen Gemeinde, weiteren europäischen Kulturinstituten, Künstlern und Kulturakteuren. Wegen seiner hohen Wertschätzung ist es besonders auch in kritischen Zeiten ein Frei- und Dialograum für die aktuellen Fragen der Gegenwart – Finanz- und Wirtschaftskrise, Flüchtlingsströme aus Afrika und dem Nahen Osten, aktive Beteiligung an Stadtplanung, Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen, Chancen der Kreativwirtschaft usw. Dabei hat das Institut verstanden, solche Projekte in eine europäische Struktur einzubinden und damit die Region wieder stärker von der Peripherie ins Zentrum zu rücken. Über 3,5 Millionen Euro konnten allein in den letzten Jahren zur Förderung von Kulturprojekten eingeworben werden. In ihrer Kernaufgabe, der Vermittlung der deutschen Sprache, gehört das Goethe-Institut Thessaloniki zu den führenden Einrichtungen. Es belegt weltweit den dritten Platz bei Prüfungen.

Thessaloniki hat tiefgreifende Umbrüche verarbeiten müssen, die die Stadt und die Gesellschaft nachhaltig verändert haben. In einer Stadt, die ihr kreatives Potenzial zu nutzen sucht, sich über den engen lokalen Rahmen öffnet und positive Veränderungen ermöglicht, nimmt das Goethe-Institut nur allzu gern diese Ansätze auf. Als jetzt bekannt wurde, dass auch das Goethe-Institut Thessaloniki im Zusammenhang mit Etatkürzungen geschlossen werden sollte, war das Entsetzen groß, und es kam zu engagierten Interventionen. Es wäre nicht nur eine Leerstelle entstanden, das fein gesponnene kulturelle Netz wäre insgesamt zerrissen worden. Die ursprüngliche Entscheidung zur Schließung wurde inzwischen aufgehoben. Es ist zu hoffen, dass bei den Verhandlungen eine tragfähige Lösung zustande kommt und damit dem Institut und der Kulturszene in Nordgriechenland eine Zukunft gegeben wird. Das 70-jährige Jubiläum im Jahr 2025 kann dann mit Dankbarkeit und Zuversicht gefeiert werden.

Klaus-Dieter Lehmann ist Kulturmittler. Er war Präsident des Goethe-Instituts und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie Generaldirektor der Deutschen Bibliothek

Musik im Film – unsere Dokus und Mitschnitte für Sie kostenlos auf nmz.de

aktuell: Junge Oper Weikersheim – „Der Liebestrank“





Ulaanbaatar, Mongolei: Was kennzeichnet den Buchmarkt vor Ort?

»Wir mussten bei null anfangen«

Der Verleger und Digital-unternehmer Zorig Enkhbat im Gespräch

Zorig Enkhbat ist Verleger und Buchhandelsmanager in der Mongolei. Nach seinem Studium an der International University in Genf hatte er verschiedene Positionen inne, vom Rights Manager bis zum Geschäftsführer seines familieneigenen Verlags Monsudar. Seit 2020 arbeitet er an einem weiteren Start-up namens Amar Content Service, das mongolischen Autoren und Verlegern Dienstleistungen im Bereich Verlagswesen und Vertrieb schriftlicher Inhalte anbieten will. Im Rahmen dieses Vorhabens hat sein Team 2022 in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Mongolei eine digitale Buchleseplattform namens Amarnom ins Leben gerufen.

Patrick Wildermann: Herr Enkhbat, wie ist Ihr Interesse an Literatur ursprünglich erwacht?
Zorig Enkhbat: Das liegt in meiner Familiengeschichte begründet. Ich selbst habe als Kind sehr gern gelesen, allerdings gab es nicht viel Auswahl, die meisten verfügbaren Bücher waren Übersetzungen sowjetischer Werke oder Klassiker wie »Der Graf von Monte Christo«, »Die drei Musketiere«, die Abenteuergeschichten von Jules Vernes, die damals sehr populär waren. Es gab auch ein paar mongolische Bücher, aber die mussten durch die staatliche Zensur. Das Angebot war sehr limitiert. Mein Vater Enkhbat Roozon hat dann vor fast 30 Jahren in der Mongolei eine Druckerei ins Leben gerufen und auch Bücher zu drucken begonnen.

Welche literarische Tradition hat die Mongolei?
Die Mongolei besitzt, wie Sie wahrscheinlich wissen, eine nomadische Tradition ohne ausgeprägte Schriftkultur, Bücher begannen erst vor ungefähr hundert Jahren eine Rolle zu spielen – und wirklich mit Literatur bekannt gemacht wurden die Menschen erst durch die Sowjets. In den 1990er Jahren, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, lag das Verlagswesen in der Mongolei vollkommen brach. Mein Vater hat diese Lücke erkannt, und um das Jahr 2000 haben wir uns als Familie dem Verlegen zu widmen begonnen, als privates Unternehmen Monsudar – was Pionierarbeit bedeutete.

Wie ist der mongolische Buchmarkt aufgestellt?
Wir sind flächenmäßig ein sehr großes Land, haben allerdings nur eine Bevölkerung von rund drei Millionen Menschen, von denen wiederum die Hälfte in der Hauptstadt Ulaanbaatar lebt, der Rest ist übers Land verstreut. Zwischen 20 und 30 Prozent der Menschen sind noch heute Nomaden. Wir haben es also mit einem sehr kleinen, konzentrierten Markt zu tun, weswegen viele mongolische Autoren ihre Bücher bis heute im Selbstverlag herausbringen und vertreiben. Die wenigen Verlage, die es gibt, übersetzen

größtenteils ausländische Werke oder legen Kinderbücher auf. Auch Monsudar hat mit Sprachlernbüchern und Kinderliteratur begonnen. Als wir anfangen, Bücher zu verlegen, mussten wir bei null anfangen, es gab kaum Erfahrungswerte, auf die wir uns stützen konnten. Wir haben uns mit ausländischen Verlegern ausgetauscht, wie Lizenzverträge abgeschlossen werden und was es beim Thema Copyrights bzw. Urheberrecht zu beachten gibt, und von da an langsam gelernt, wie diese Branche funktioniert.

Vor welchen Herausforderungen standen Sie?
Eine große Herausforderung bestand und besteht noch immer darin, die Menschen in ländlichen Gebieten effektiv zu erreichen. Wir nutzen dafür vor allem soziale Medien und verbreiten über unsere Kanäle z. B. Artikel, in denen die positiven Effekte des Vorlesens für die Entwicklung von Kindern beschrieben werden, und versuchen auf diese Weise, Eltern zu Vorlesenden zu erziehen. Und natürlich wollen wir die Erwachsenen auch selbst zum Lesen animieren. Die Frage ist nur: Welche Bücher kann man den Menschen überhaupt zugänglich machen?

Weil der mongolische Markt so klein ist, wird das Gros der Titel nur einmal in geringer Stückzahl gedruckt – in der Regel zwischen 300 und 500 Exemplare. Kleinverlage oder Autoren, die ihre Werke selbst herausbringen, sind nicht in der Lage, sie nachzudrucken, es rechnet sich wirtschaftlich einfach nicht für sie. Die meisten der mongolischen Titel, die in den vergangenen 20 Jahren erschienen sind, sind heute vergriffen. Der einfachste Weg, sie wieder verfügbar zu machen, ist der digitale Vertrieb.

Sie haben mit Unterstützung des Goethe-Instituts die Plattform Amarnom ins Leben gerufen, die E-Books und Audiobooks in mongolischer Sprache verfügbar macht, die App wurde 2022 gelauncht. Welche Ziele verfolgen Sie mit dem Projekt?
Wir folgen damit nicht zuletzt einem globalen Trend. Auf einigen westlichen Buchmärkten werden mittlerweile rund 15 Prozent der Verkäufe über E-Books erzielt, bei Hörbüchern liegt die Zahl sogar noch höher. Wir wollen mit dieser Entwicklung Schritt halten, auch wenn es gegenwärtig noch keinen großen Markt gibt. Dazu kommt, dass eine große Zahl von Mongolen ihre Heimat verlässt, um im Ausland zu arbeiten – in anderen Teilen Asiens, in Europa oder den USA. Viele aus dieser Diaspora wollen ihre Sprache nicht verlieren, sie wünschen sich, dass ihre Kinder Mongolisch lernen und in der Lage sind, Mongolisch zu lesen. Es gibt also auch eine Nachfrage im Ausland, die wir bedienen wollen – denn für diese Menschen ist es sehr schwer bis unmöglich, in den jeweiligen Ländern an ein Taschenbuch in mongolischer Sprache zu gelangen.

Ein weiteres Argument für digitale Vertriebswege ist der Verkehr in Ulaanbaatar. Die Stadt ist zu Sowjetzeiten für 400.000 bis 600.000 Menschen ausgelegt worden, heute hat sie 1,5 Millionen Einwohner, entsprechend gibt es Staus ohne Ende – und die Leute wollen etwas zu tun haben, während sie im Auto sitzen und warten. Radiohören ist natürlich eine Option, aber auch, auf dem Handy zu lesen.

Wie viele Titel, E-Books und Hörbücher zusammengekommen, bietet Amarnom gegenwärtig an?
Aktuell rund 400 Titel, ein Drittel davon im Hörbuchformat. Wir verlegen unseren Fokus zunehmend auf Audiobooks, weil hier die Nachfrage deutlich größer ist als bei E-Books – viele ziehen ein Taschenbuch noch immer dem Lesen auf dem Display vor. Es ist allerdings ziemlich kostspielig, ein qualitativvolles Hörbuch zu produzieren, zudem ist das Genre in der Mongolei noch sehr jung, es gibt wenig Expertise. Wir arbeiten mit einigen Studios auf Vertragsbasis zusammen, von denen die meisten hauptsächlich mit der Synchronisation von Filmen und Fernsehserien befasst sind. Es ist ein Lernprozess für alle Seiten.

Eine Herausforderung, vor der wir bei E-Books und Audiobooks generell stehen, ist die Frage nach Vertrauen. Digitaler Vertrieb ist schwer zu kontrollieren. Viele Autorinnen und Autoren möchten allerdings nachvollziehen können, wie oft ihr Buch heruntergeladen wurde und sind vielfach nicht bereit, ihre Werke digital zur Verfügung zu stellen. Das erfordert viel Überzeugungsarbeit.

Welche Themen, Genres werden in der Mongolei besonders nachgefragt?
Im Allgemeinen eher Sachbücher. Vor allem Ratgeber und Selbsthilfebücher aller Art erfreuen sich einer wachsenden Beliebtheit. Finanzratgeber, Business-Tipps, Bücher über gutes Leadership. Seit ungefähr zwei Jahren erleben wir auch eine verstärkte Nachfrage nach Gesundheitsratgebern: gesundes Leben, gesundes Kochen. Viele solcher Bücher stehen als Bestseller in den Läden, ich schätze, ungefähr die Hälfte der Sachbuchtitel stammt mittlerweile aus dem Gesundheitssegment.

Worauf konzentriert sich Ihr eigener Verlag Monsudar?
Wir sind heute vor allem im Bereich Belletristik tätig, Fiktion war immer ein großer Teil unseres Geschäfts – sowohl mongolische Romane als auch ausländische Klassiker in mongolischer Übersetzung. Für mongolische Autorinnen und Autoren ist es allerdings sehr schwer, ihren Lebensunterhalt mit Büchern zu bestreiten. Sie brauchen einen Beruf neben dem Schreiben, deswegen nimmt die Zahl derjenigen, die an Romanen arbeiten, beständig ab. Die literarische Qualität ist ebenfalls gesunken. Wer heute in der Mongolei Bücher schreibt, konzentriert sich aus den beschriebenen Gründen

Wir versuchen momentan, ein zentrales Problem zu lösen, das mit der verbreiteten Praxis des Selbstverlags zusammenhängt: Wer in der Mongolei heute einen Buchladen eröffnen möchte, wird es enorm schwer haben. Denn wer ein Sortiment aufzubauen versucht, muss mit sehr vielen Leuten Kontakt aufnehmen, muss etliche Autorinnen und Autoren individuell ansprechen, um ihre Bücher zu bekommen. Wir versuchen deshalb, einen zentralen Großhandel zu organisieren

oft auf Ratgeber. Wir als Verlag fokussieren uns auf Romane, weil wir davon überzeugt sind, dass sie einen größeren Einfluss auf die Gesellschaft haben als Sachbücher. Gute Literatur hatte immer das Vermögen, das Denken der Menschen zu ändern, deswegen messen wir diesen Titeln mehr Bedeutung bei. Wir haben Autoren wie den japanischen Autor Haruki Murakami im Programm, dessen Bücher in der Mongolei sehr populär sind. Dostojewskis »Aufzeichnungen aus einem Kellerloch« war eines der am meisten heruntergeladenen Hörbücher bei uns im Bereich Belletristik.

Kann Amarnom profitabel arbeiten?
Momentan machen wir noch keinen Gewinn, aber die Potenziale dafür sind vorhanden, davon bin ich fest überzeugt. Natürlich ist vieles neu für uns, wie eben die Produktion von Hörbüchern, das ist kostspielig, es fehlt an Erfahrung, viele Autorinnen und Autoren, aber auch Kleinverlage haben die Chancen noch nicht erkannt, die im digitalen Vertrieb von Büchern liegen. Aber unsere Plattform ist mittlerweile in der Lage, sich selbst zu tragen. Es ist ein Nummernspiel: Je mehr Titel wir anbieten können, desto nachhaltiger kann Amarnom arbeiten. Unsere App ist inzwischen 25.000-mal in den Google- und iOS-Stores heruntergeladen worden, wir haben 2.000 aktive Nutzerinnen und Nutzer.

Was glauben Sie, wie sich der Buchmarkt in der Mongolei entwickeln wird?
Wir versuchen momentan, ein zentrales Problem zu lösen, das mit der verbreiteten Praxis des Selbstverlags zusammenhängt: Wer in der Mongolei heute einen Buchladen eröffnen möchte, wird es enorm schwer haben. Denn wer ein Sortiment aufzubauen versucht, muss mit sehr vielen Leuten Kontakt aufnehmen, muss etliche Autorinnen und Autoren individuell ansprechen, um ihre Bücher zu bekommen. Das ist in Ulaanbaatar schon eine Herausforderung, aber erst recht in ländlichen Gegenden, wo noch das Problem der Transportwege hinzukommt. Wir versuchen deshalb, einen zentralen Großhandel zu organisieren, bei dem all die Bücher zu beziehen sind, die es auf dem Markt als Printausgabe oder digital gibt – sodass auch kleinere Buchläden sie dort ordern könnten. Eine solche Struktur existiert gegenwärtig in der Mongolei noch nicht. Aber auch hier sehe ich viel Potenzial.

Vielen Dank.

Zorig Enkhbat ist Verleger und Digital-unternehmer. Patrick Wildermann ist freier Kulturjournalist

GOETHE WELT

In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut veröffentlicht Politik & Kultur in jeder Ausgabe einen gemeinsamen Beitrag.



FOTO: ADOBE STOCK/BABBLE

»Mein Thema ist immer der Dialog und die Menschlichkeit«

Mo Asumang engagiert sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

URSULA GAISA

Die Moderatorin, Schauspielerin, Synchronsprecherin und prämierte Dokumentarfilmerin Mo Asumang wurde 1963 als Tochter einer Deutschen und eines Ghanaers in Kassel geboren. Bis zu ihrer Einschulung lebte sie im Kinderheim, bei Pflegefamilien und bei der Großmutter, die – wie sie erst nach deren Tod erfuhr – bei der SS gearbeitet hatte. »Meine Mutter hat mich mit 21 bekommen und war eben sehr jung. Meine Oma und sie haben natürlich gearbeitet, der Vater war nicht so involviert, deshalb war ich mein erstes Lebensjahr im Kinderheim. Als man rote Striemen am Rücken entdeckt hat, die aber von

Lehramt mit Kunst als Fach. »An der Uni in Kassel habe ich gemerkt, dass die Künstler und auch die Profs total cool sind. Künstler*innen muss man jetzt natürlich sagen. Und Professor*innen. – Das hat mir einfach total viel Spaß gemacht dort. Dann begann ich mit eigenen Kunstwerken und bewarb mich für visuelle Kommunikation. So bin ich eigentlich erstmals in dem Bereich gelandet, in dem ich ja jetzt auch tätig bin, nämlich beim Film.«

»Nebenbei« fing sie an, klassischen Gesang in Berlin zu studieren, und um ihr Studium zu finanzieren, jobbte sie als Taxifahrerin. »Ich wollte etwas mit Stimme und Sprache machen.« Beim Taxifahren fiel sie Tobias Meister auf, einem der bekanntesten Synchronregisseure und -sprecher unter anderem von Brad Pitt. Er war von ihrer Stimme begeistert und lud sie ins Studio ein. Einige Jahre arbeitete Mo Asumang dann als Synchronsprecherin, ergattete eine Rolle in Roman Polanskis Film »Ghostwriter« und moderierte schließlich als erste Afrodeutsche im Fernsehen das Magazin »Liebe Sünde« für ProSieben.

Aufmerksam auf sie war man durch die Sendung »Classic Clips« für rbb geworden, in der sie als singende Taxifahrerin ihre prominenten Fahrgäste interviewte und moderierte. »Das war so eine Art MTV für Klassik.« Ihre zweite rbb-Sendung hieß »Logenplatz«.

Ihr Prominentenstatus als ProSieben-Aushängeschild brachte ihr nicht nur Gutes ein: »Die Kugel ist für dich, Mo Asumang« hieß es da: »Und der Song ist bis jetzt da draußen.« Auf der CD »Noten des Hasses« der Neonaziband White Aryan Rebels wurde ihr zusammen mit Rita Süßmuth, Michel Friedman, Alfred Biolek, Stefan Heym und Hella von Sinnen der Tod gewünscht. »Da weiß man eben nicht, wer dann plötzlich bei einem vor der Haustür steht. Ich musste da irgendwie reagieren und hab angefangen, mir Gedanken zu machen. Ich habe bei einem Theaterprojekt für Inhaftierte in Brandenburg mitgemacht, weil ich dort mal einen echten Nazi treffen wollte. Den Tag vorher habe ich mir »Das Schweigen der Lämmer« angeschaut, um mich vorzubereiten. Bin dann todesmutig hin und hab tatsächlich mit dem ersten Neonazi so face-to-face gesprochen. Das war sehr interessant, weil ich gemerkt habe, das ist ja für die andere

Seite auch gar nicht so einfach. Die kann dann nicht nur ihre Informationen runterleiern. Sie hat plötzlich ein Gegenüber, das Fragen stellt, das neugierig ist und offen und im Zweifel lächelt. Auch vielleicht sympathisch ist. All das, was sie gar nicht will, weil sie ja eigentlich den Dialog ablehnt. Das hat dann dazu geführt, einen Dokumentarfilm darüber anzugehen.«

Mo Asumang gründete 2004 ihre eigene Filmproduktionsfirma, ihre erste Arbeit hieß »Roots Germania« (2007/ZDF). In dem Dokumentarfilm setzt sie sich mit ihren eigenen Wurzeln auseinander, spricht erstmals in Afrika mit ihrem Vater über Zugehörigkeit und Heimat. Für den 2010 veröffentlichten Dokumentarfilm »Road to Rainbow – Willkommen in Südafrika« war Asumang mit dem afrikanischen Comedian Kagiso Lediga in den Townships von Kapstadt und Südafrika unterwegs und porträtierte den zwölfjährigen HIV-infizierten Inganathi, der Fußballer werden wollte. Im Dokumentarfilm »Die Arier« (2014/ZDF) konfrontierte Mo Asumang Rassisten mit scheinbar arglosen Fragen: Was sie eigentlich gegen Schwarze haben, was sie ihnen getan hätten? Die Ergebnisse sind immer wieder überraschend und unerwartet.

In ihrem 2016 veröffentlichten Buch »Mo und die Arier. Allein unter Rassisten und Neonazis« beschreibt Mo Asumang, welche Wirkung Rassismus auf sie als Betroffene hat. Sie trifft weltweit Neonazis, PEGIDA-Mitläufer und

Mein Thema als Afrodeutsche hinsichtlich Rassisten und Antisemiten ist immer der Dialog

Angehörige des Ku-Klux-Klans und chattet sogar auf Nazi-Datingplattformen. Und zuletzt interviewte sie 2022 für die Serie »Mo Asumang und...« für 3sat homophobe Menschen, extreme



Mo Asumang

FOTO: MO ASUMANG

Linke, Männerrechtler, fundamentalistische Christen, Querdenker und Rassisten. Ihr Buch erreichte Platz 18 der Spiegel-Bestsellerliste. Mit ihren Filmen hält sie in Schulen und Universitäten weltweit Vorträge zum Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Mo Asumang erhielt 2016 den Verdienstorden des Landes Berlin und 2019 das Bundesverdienstkreuz am Bande, 2018 den Alfred-Müller-Felsenburg-Preis für aufrechte Literatur. Sie engagiert sich seit Jahren auch gegen Antisemitismus und zeigt sich angesichts der Situation in Nahost und in Deutschland entsetzt: »Ich frage mich, warum es so weit gekommen ist, warum wir nicht frühzeitig in den Dialog gegangen sind. Mein Thema als Afrodeutsche hinsichtlich Rassisten und Antisemiten ist immer der Dialog. Da habe ich mich hin entwickelt, weil ich gemerkt habe: Es reicht nicht, einfach nur »Nazis raus« zu brüllen, sondern es ist wichtig, dass ich meine Menschlichkeit behalte und vorlebe. Und das ist das, was im Moment ja gar nicht

mehr stattfindet. Es fliegen Bomben, Menschen sterben. Ich glaube, es ist jetzt einfach sehr wichtig, dass wir viele Stimmen laut werden lassen in den Medien, die sich wirklich für ein Miteinander aussprechen. Dass der Blick auf einzelne Menschen nicht in diesem Konflikt untergeht. Wir könnten zeigen, wie Israelis mit Palästinensern, Juden mit Muslimen reden. Dialog gegenseitig vorleben: Erzählt eure Geschichten. Wie seid ihr groß geworden? Was habt ihr erlebt? Was macht euch Angst? Wo wollt ihr hin? Wie seht ihr die Zukunft? Hass, Wut und Überbegriffe wie »Die sind so und so« bringen uns nicht weiter. Wir müssen zurück zum einzelnen Menschen. Und der Weg dahin ist die Menschlichkeit.«

2024 wird Mo Asumang als Gastprofessorin an der Hochschule für Film und Fernsehen in München unterrichten, das Fach »hybride Erzählform« ist in der Dokumentarfilmabteilung angesiedelt.

Ursula Gaisa ist Redakteurin der neuen musikzeitung

Die Hürden des Eintretens

Wen erreicht die Willkommenskultur der Kirchen heute?

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Da stand sie nun vor der Kirchentür und wusste nicht weiter. Aber damit hatte sie einfach nicht gerechnet. Mit ihrem Kunstseminar war sie aus einer ostdeutschen Stadt auf eine Exkursion in eine westdeutsche Stadt gefahren. Ein volles Programm an Besuchen und Besichtigungen hatte sie zusammengestellt. Über die Hälfte davon hatten sie schon absolviert. Nun aber standen sie vor dem Portal der alten, altherwürdigen Kathedrale. Gerade hatte sie alle um sich versammelt und wollte die Führung beginnen, da sagten ihre Studierenden: »Nein, da gehen wir nicht rein.«

Erst meinte sie, falsch gehört zu haben, aber für ihre Gruppe schien die Sache entschieden zu sein: Nein, das sei eine Kirche, da würden sie sich jetzt weigern. Die Professorin verstand

immer noch nicht. Natürlich wusste sie, dass die meisten dieser jungen Frauen und Männer aus ostdeutschen Familien kamen, die seit nun schon mehreren Generationen keine Berührung mit dem Christentum haben. Auch war ihr selbstverständlich bewusst, dass in Kunstkreisen die Religionsaversion zum guten Ton gehört. Und schließlich war ihr nicht entgangen, dass ein Großteil der Mitglieder dieser Studiengeneration deutlich »links« eingestellt ist und jede Art von Kirche unter »rechts« verbucht. (Nebenbei gefragt: Erinnert sich jemand an die noch vor wenigen Jahre gängige Klage, die »Jugend von heute« sei so schrecklich unpolitisch?)

Aber deshalb eine Kirchenbesichtigung verweigern? Was also tun? Begehrte funktionieren heute nicht mehr so gut, aber man kann auch nicht immer nachgeben. Deshalb sagte die

Professorin: »So kommen wir nicht weiter. Der Besuch dieser Kirche gehört einfach zum Programm unserer Exkursion.« Anschließend versicherte sie glaubhaft, dass niemand eine Zwangstaufe oder irgendeine andere Form religiöser Überwältigung zu befürchten habe. So gingen nach einigem Hin und Her doch alle in die Kathedrale hinein.

Und was geschah? Die Studierenden waren erstaunt, fasziniert, schauten sich alles genau an und hatten am Ende so viele Fragen, dass die Gruppe es nicht pünktlich wieder hinaus schaffte. Das ganze Programm war durcheinandergeraten.

Seitdem die Kunstprofessorin mir diese Geschichte vor wenigen Tagen erzählt hat, geht sie munter in meinem Kopf spazieren. Dort trifft sie auf andere ähnliche Geschichten. Von dem Kollegen z. B., der in seiner in Ostdeutschland gelegenen Kirche ein Konzert veranstaltete und kurz vor

Beginn eine der jugendlichen Helferinnen bat, doch schnell ein, zwei Dinge nach vorn zu bringen. Worauf die Jugendliche bloß zurückfragte: »Wo ist hier »vorn«?« In der Eile wollte er ihr zurufen: »Am Altar natürlich!« Aber dann hätte er ihr in Ruhe erklären müssen, was ein Altar ist, was er bedeutet und wo er steht. Dafür war keine Zeit mehr. Also lief er selbst los.



CLAUSSENS KULTURKANZEL

Beide Geschichten bezeichnen nicht nur ein Kirchenproblem, das es lediglich in Ostdeutschland zu bestaunen gäbe. Theater, Museum, Bibliotheken und andere Kultureinrichtungen dürften diese spezielle Schwierigkeit ebenfalls kennen: Wir halten uns selbst für freundliche Türöffner, unterschätzen aber, welche sichtbaren und unsichtbaren Hürden viele Menschen davon abhalten, bei

uns einzutreten. Bass erstaunt müssen wir erleben, dass unsere bemühte Willkommenskultur andere gar nicht erreicht. Was man da tun kann? Das weiß ich auch nicht. Andererseits habe ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben.

Manchmal hilft übrigens eines der letzten allgemein bedachten Rituale, die wir in Deutschland noch pflegen. Im Advent und zu Weihnachten machen die Kirchen ihre Türen besonders hoch und ihre Tore noch einmal extra weit. Hineingezwungen wird niemand, gewaltsame Bekehrungen sind nicht zu befürchten. Man kann einfach kommen – mit seinem vollen oder leeren Herzen, seinem Glauben oder all den Zweifeln. Man kann zuhören oder sich eigene Gedanken machen. Man sollte versuchen mitzusingen, muss es aber nicht. Und wer weiß, vielleicht bleibt man dann doch einen Moment länger sitzen, als man es ursprünglich geplant hatte.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON...

Astrid Böhmisch wird neue Direktorin der Leipziger Buchmesse
Zum 1. Januar 2024 übernimmt Astrid Böhmisch als Direktorin die Verantwortung für die Leipziger Buchmesse. Böhmisch folgt damit auf Oliver Zille, der die Buchmesse und das Lesefest »Leipzig liest« seit 1993 leitet. Böhmisch ist studierte Germanistin und Anglistin und derzeit als Beraterin für Medienunternehmen in Berlin tätig. Bis 2022 verantwortete sie als General Manager die deutschsprachigen Märkte der Bookwire GmbH mit einer großen Bandbreite an Verlagskunden für das digitale Buchgeschäft. Die nächste Leipziger Buchmesse wird vom 21. bis 24. März 2024 veranstaltet.

Fotografin Candida Höfer erhält Käthe-Kollwitz-Preis
Die Fotografin Candida Höfer wird mit dem Käthe-Kollwitz-Preis der Akademie der Künste für 2024 ausgezeichnet. Höfer ist vor allem für ihre großformatigen Fotografien, die öffentliche und halb öffentliche Räume historischer Bibliotheken, Museen oder Opernhäuser zeigen, bekannt. Im Jahr 2002 stellte Höfer auf der Weltkunstausstellung documenta aus und vertrat ein Jahr später Deutschland auf der 50. Biennale in Venedig. Der Käthe-Kollwitz-Preis wird seit 1960 jährlich an bildende Künstlerinnen und Künstler vergeben und ist mit 12.000 Euro dotiert.

Neue Leitung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung
Der Schriftsteller Ingo Schulze ist auf der Mitgliederversammlung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung zum neuen Präsidenten gewählt worden. Schulze folgt auf Ernst Osterkamp. Nach seiner Wahl hob Schulze die Aufgabe der Akademie hervor, sich für den freien Austausch der Meinungen in Wort und Schrift einzusetzen und zu einer differenzierten Debattenkultur beizutragen. Schulze ist in Dresden geboren und zählt zu den bekanntesten deutschsprachigen Gegenwartsk Autoren. Ingo Schulzes Werk wurde vielfach ausgezeichnet und in 30 Sprachen übersetzt.

Gewinnerstück des Deutschen Hörspielpreises der ARD 2023
Der Deutsche Hörspielpreis der ARD 2023, der jedes Jahr im Rahmen der ARD Hörspieltage verliehen wird, geht an Mara May und Jüraté Braginaitė für ihr Stück »Vogel Igel Stachelschwein. Ein Spiel in Weimar Nord«. In der Begründung der Jury heißt es, dass sich das Hörspiel liebevoll und spielerisch eines Stadtviertels annehme, aus dem man sonst wenig, vor allem aber wenig Positives höre. Dadurch, so die Jury, entstehe eine vorsichtige Hoffnung, die in komplexen Zeiten wichtiger sei denn je. Mit der Auszeichnung ist ein Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro sowie eine Radiosendung in Deutschland, Österreich und der Schweiz verbunden.

Helge Schneider erhält den Kunstpreis des Landes NRW
Der Musiker, Kabarettist, Regisseur, Autor und Maler Helge Schneider ist mit dem Kunstpreis des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden. Ministerpräsident Hendrik Wüst würdigte den Künstler in seiner Laudatio im Düsseldorfer Kunstmuseum K21 als »legendäres Multitalent« und betonte darüber hinaus, dass er wie kaum ein anderer für den Mut, Neues zu wagen und Grenzen auszuloten, stehe. Der Kunstpreis des Landes NRW wird an Künstlerinnen und Künstler oder Künstlerkollektive mit enger Beziehung zum Land Nordrhein-Westfalen verliehen.

Auf der Suche nach Ewigkeit

Von Tutanchamun zum Kunsthaus Tacheles

Manchmal zieht das Leben an einem vorbei, als wäre auch nur die Hoffnung auf eine eigene kleine Ewigkeit obsolet. Man scheint im Strudel der Zeit zu versinken; mitgerissen von der Schnelligkeit unserer Gegenwart. Und doch gibt es Dinge, die auch heute noch der Vergänglichkeit trotzen. Wie die Pyramiden von Gizeh. Oder die Grabstätten im Tal der Könige. Die Graphic Novel »Hypericum« von Manuele Fior beginnt mit der weltberühmten Erschließung der Grabkammer des Tutanchamun in ebenjener sagenumwobenen Nekropole des Alten Ägypten, in der die Zeit förmlich stillzustehen scheint. Angereichert mit den Tagebucheinträgen des Entdeckers Howard Carter zeichnet Fior das historische Ereignis von 1922 in gedeckten Erdtönen und mit weichen Konturen. Diesem Ort der Ewigkeit wird dann jedoch das unbeständige Berlin der späten 1990er Jahre entgegengesetzt, in das die junge Italienerin Teresa zieht, um an einer Ausstellung über den ägyptischen Kinderpharao mitzuwirken. Und so weichen auch die organischen Formen der ägyptischen Wüstenlandschaft einem urbanen Stadtpanorama voll scharfkantigen Wolkenkratzern und blitzenden Lichtern. Für Teresa ist diese Station eine Abweichung von ihrem sonst so geradlinigen Lebensweg: Sie findet sich in einer komplizierten Liebesbeziehung mit dem Künstler Ruben und stellt konstant ihre Vorstellung von einer Zukunft infrage, die bisher immer

gut sichtbar vor ihr zu liegen schien. Teresas Suche nach ihrer eigenen Ewigkeit in einer unsicheren Zeit hält Fior in teils ikonischen Bildern fest, die seine Graphic Novel zu einer melancholischen Reflexion über die Vergänglichkeit und das menschliche Empfinden machen. »Hypericum« verwebt kunstvoll und scheinbar mühelos die mystischen Grabkammern des Alten Ägyptens mit besetzten Häusern und Techno-Clubs in Berlin sowie dem Terroranschlag auf das World Trade Center in New York und lässt damit Fragen über das eigene Empfinden von Zeitlichkeit und unser Verständnis von Geschichte aufkommen.
Anna Göbel

Manuele Fior. Hypericum. Aus dem Italienischen von Myriam Alfano. Berlin 2023



Jüdisches Leben

In Deutschland und Israel

Zwischen drei Kontinenten setzen sich die Gedanken und Alltagsszenen der 15-jährigen Margarita und ihrem alleinerziehenden Vater Avi zu einem Familiendrama zusammen. Avi ist Israeli und Chasan in der Synagoge auf der Oranienburger Straße, Margarita geht aufs Jüdische Gymnasium. Sie kann den Sommer nicht wie erhofft mit ihrer besten Freundin, Partys und Nico in Berlin verbringen, sondern wird von ihrer Familie erst zu den Großeltern nach Chicago und anschließend zu ihrer Mutter nach Jerusalem geschickt. Marsha hat dort ein Fellowship an der Hebrew University, die Gelegenheit für ihre Tochter, sie und ihre jüdischen Wurzeln kennenzulernen. Erwartungsgemäß verläuft der Besuch nicht ohne Konflikte, Verletzungen und Familiengeheimnisse. Dana Vowinckel erzählt mitreißend und intim. Während Margarita wie die meisten Teenager wütend, verliebt, angeekelt, aber auch sehr verletzlich ist, zerreißt es ihren Vater zwischen der Sorge um sie und seiner neu entdeckten Einsamkeit – was ist seine Rolle als Jude in Deutschland und dem deutschen »Gedächtnistheater«? Und Margaritas? Dana Vowinckel lässt einen direkt und ohne große Erläuterungen in eine jüdische Familiengeschichte und ihre Verwicklungen eintauchen, in der Identität, Religiosität, Zugehörigkeit und politische Einstellung immer wieder neu verhandelt werden.

Die Handlung des Buches spielt vor dem 7. Oktober 2023. Das führt die Tragweite dieses historischen Einschnitts nochmals schmerzlich vor Augen. Denn auch schon im Roman versteckt Avi seine Kippa unter einer Baseballcap, wenn er sich durch Deutschland bewegt. Schilderungen von alltäglichem jüdischem Leben

sowie seiner vielfältigen Ausprägungen und Perspektiven, die in dem Buch sichtbar werden, sind wichtiger denn je. Schon der Text »In My Jewish Bag«, mit dem Dana Vowinckel den ersten Platz beim Schreibwettbewerb »L'Chaim« belegte, zeigt ihr Talent, komplexe Themen in deutliche Bilder zu übersetzen. Wer sich fragt, weshalb das großartige Debüt nun ausgerechnet »Gewässer im Ziplock« heißt, sollte selbst nachlesen.
Sina Rothert

Dana Vowinckel. Gewässer im Ziplock. Berlin 2023



PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an redaktion@politikkultur.de.

Von Stars und Fans

Negative Seiten im J-Pop

Ein Idol steht in Flammen. Er soll einen Fan geschlagen haben. Noch ist kein einziges Detail bekannt. Und obwohl noch nichts bekannt ist, ist das Netz über Nacht zu einem Fegefeuer geworden. Die schwüle Hitze hat mich schlecht schlafen lassen, aber vielleicht hat mich auch eine böse Vorahnung geweckt. Mit diesen Worten beginnt Japans neuer Literaturstar Rin Usami das Buch »Idol in Flammen«, in dem sie aus der Perspektive der Schülerin Akari erzählt. Akari ist Fan von Masaki, einem Mitglied einer beliebten J-Pop-Gruppe. Doch genügt hier das Wort Fan im Grunde nicht mehr: Akari ist besessen von ihrem Idol. Sie verbringt Stunden – und später im Buch ganze Tage und Nächte – auf der Suche nach Informationen über Masaki und sein (Privat-)Leben, schreibt einen Blog über ihn, kauft alle Fanartikel (auch wenn sie sich diese eigentlich nicht leisten kann) und widmet so Stück für Stück ihr ganzes Leben ihrem Star. Als Masaki in einen Skandal verwickelt wirkt – er soll einen weiblichen Fan geschlagen haben –, gerät nicht nur sein Leben aus den Fugen, sondern mit ihm auch das von Akari. Der Star fällt tief und reißt den Fan mit sich. Denn in der Konsequenz geht Akari von der Schule ab, verliert ihren Nebenjob und ist nicht in der Lage, eine neue Beschäftigung zu finden. Letztlich werden sogar einfache

Haushaltstätigkeiten und auch das Essen immer schwerer zu bewältigen. Nüchtern und zugleich eindringlich zeigt Rin Usami, die 1999 geboren wurde und somit nur wenig älter als ihre Protagonistin ist, die Abgründe von Starkult und Fandom auf. Auf knappen 124 Seiten schafft sie ein grausiges Abbild der Popmusik- und Marketing-Industrie und zeigt ihre ungehemmte Sogwirkung auf junge Menschen – dieses Bild reicht gekonnt über die Grenzen des J-Pops hinaus.
Theresa Brüheim

Rin Usami. Idol in Flammen. Aus dem Japanischen von Luise Steggewentz. Köln 2023



Rote Liste bedrohter Kultureinrichtungen



Kurt Tucholsky Literaturmuseum im Schloss Rheinsberg

Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzerinnen und Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, das Theater oder das Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist. Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, stellt der Deutsche Kulturrat gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vor. Ziel der Roten Liste ist es, auf die Bedeutung einzelner Kultureinrichtungen und Initiativen, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Auf der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen stehen aktuell:

- das Kurt Tucholsky Literaturmuseum in Rheinsberg,

- das Freiwillige Soziale Jahr Kultur (FSJ Kultur) sowie
 - die von Schließung bedrohten Goethe-Institute.
- Ab sofort informiert Politik & Kultur fortlaufend in jeder Ausgabe über Kulturinstitutionen, -vereine und -programme, die von Schließung oder Kürzungen bedroht sind. Damit möchte Politik & Kultur auf die Defizite in der Kulturförderung aufmerksam machen und an den herausragenden Wert, den kulturelle Einrichtungen wie Theater, Museen oder Orchester für unsere Gesellschaft haben, erinnern. Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen und Kulturinitiativen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge zur Aufnahme auf die Rote Liste an puk@kulturrat.de.
- Mehr Informationen zur Roten Liste und gegenwärtig gefährdeten Kultureinrichtungen finden Sie unter: kulturrat.de/thema/die-rote-liste

Politik & Kultur



C. D. Friedrichs »Der Watzmann« wurde 2004 an die Erben des Alteigentümers restituiert. Dank der Unterstützung der DekaBank, die das Bild erwarb, verblieb das Werk in der Alten Nationalgalerie

THEMA

»Der Jud' is wieda doa«

25 Jahre Washingtoner Konferenz zur Restitution von NS-Raubkunst

OLAF ZIMMERMANN

Shelly Kupferberg schildert zu Beginn ihres eindrücklichen Buches »Isidor«, wie ihr Großvater Walter Graf 1956 nach Wien kommt, um auszuloten, ob eine Rückkehr aus Israel, wohin er Ende der 1930er Jahre noch rechtzeitig floh, in seine Heimatstadt Wien denkbar und möglich ist. Walter Graf klingelt unter anderem bei der Hausmeisterfamilie des Hauses, in dem einst sein Onkel Dr. Isidor Geller, hoch angesehener Kommerzienrat, reich und bestens vernetzt, Kunstmäzen, lebte. Beim Blick in die Wohnung erspäht Walter Graf wertvolle Möbel, die seinem Onkel gehörten. Die Hausmeisterfrau ruft ihrem Mann zu »Der Jud' is wieda doa« und verweigert Graf den Zutritt.

In dieser kurzen Szene wird die Enteignung, der Raub, die Aneignung, der Entzug jüdischen Besitzes in der NS-Zeit auf den Punkt gebracht. Es lebt sich schön im wertvollen und kostbaren Mobiliar, das einst den Menschen gehört hatte, die verfolgt und vernichtet wurden. Anflüge von schlechtem Gewissen tauchen auf, wenn Überlebende oder deren Nachfahren vor der Tür stehen. Diese wird allerdings jäh zugeschlagen. Shelly Kupferbergs Familie, deren Großvater nach Israel zurückkehrte, hat vom großen Vermögen von Isidor Geller nur einen Kasten mit schwerem Silberbesteck übrig behalten.

Heute, 78 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wo es nur noch

wenige Überlebende gibt, ist die Geschichte der Enteignung immer noch nicht zu Ende. Immer noch kämpfen Nachfahren darum, materielles Erbe zurückzuerhalten oder eine gütliche Einigung mit den aktuellen Besitzern zu finden. Vor 25 Jahren, im Dezember 1998, wurden die »Grundsätze der Washingtoner Konferenz in Bezug auf Kunstwerke, die von Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden (Washingtoner Principles)« verabschiedet. 44 Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, verständigten sich darauf:

1. Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und in der Folge nicht zurückerstattet wurden, sollten identifiziert werden.
2. Einschlägige Unterlagen und Archive sollten der Forschung gemäß den Richtlinien des International Council on Archives zugänglich gemacht werden.
3. Es sollten Mittel und Personal zur Verfügung gestellt werden, um die Identifizierung aller Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und in der Folge nicht zurückerstattet wurden, zu erleichtern.
4. Bei dem Nachweis, dass ein Kunstwerk durch die Nationalsozialisten beschlagnahmt und in der Folge nicht zurückerstattet wurde, sollte berücksichtigt werden, dass aufgrund der verstrichenen Zeit und der besonderen Umstände des Holocaust Lücken und Unklarheiten in der Frage der Herkunft unvermeidlich sind.

5. Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, Kunstwerke, die als durch die Nationalsozialisten beschlagnahmt und in der Folge nicht zurückerstattet identifiziert wurden, zu veröffentlichen, um so die Vorkriegseigentümer oder ihre Erben ausfindig zu machen.
6. Es sollten Anstrengungen zur Einrichtung eines zentralen Registers aller diesbezüglichen Informationen unternommen werden.
7. Die Vorkriegseigentümer und ihre Erben sollten ermutigt werden, ihre Ansprüche auf Kunstwerke, die durch die Nationalsozialisten beschlagnahmt und in der Folge nicht zurückgegeben wurden, anzumelden.
8. Wenn die Vorkriegseigentümer von Kunstwerken, die durch die Nationalsozialisten beschlagnahmt und in der Folge nicht zurückgegeben wurden, oder ihre Erben ausfindig gemacht werden können, sollten rasch die nötigen Schritte unternommen werden, um eine gerechte und faire Lösung zu finden, wobei diese je nach den Gegebenheiten und Umständen des spezifischen Falls unterschiedlich ausfallen kann.
9. Wenn bei Kunstwerken, die nachweislich von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und in der Folge nicht zurückgegeben wurden, die Vorkriegseigentümer oder deren Erben nicht ausfindig gemacht werden können, sollten rasch die nötigen Schritte unternommen werden, um eine gerechte und faire Lösung zu finden.

10. Kommissionen oder andere Gremien, welche die Identifizierung der durch die Nationalsozialisten beschlagnahmten Kunstwerke vornehmen und zur Klärung strittiger Eigentumsfragen beitragen, sollten eine ausgeglichene Zusammensetzung haben.
11. Die Staaten werden dazu aufgerufen, innerstaatliche Verfahren zur Umsetzung dieser Richtlinien zu entwickeln. Dies betrifft insbesondere die Einrichtung alternativer Mechanismen zur Klärung strittiger Eigentumsfragen.

Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben 1999 die »Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz

Die Restitution von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut ist längst noch nicht abgeschlossen

(Gemeinsame Erklärung)« verabschiedet, in der sie sich auf die Washingtoner Prinzipien beziehen. Beide, die Washingtoner Prinzipien und die Gemeinsame Erklärungen, sind nach wie vor eine wesentliche Grundlage für die Suche nach NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut und vor allem deren

Rückgabe, inzwischen in der Regel an die Nachfahren der ehemaligen Eigentümer. Trotz der gemeinsamen Erklärung 1999 dauerte es noch 16 Jahre, bis endlich 2015 das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste seine Arbeit aufnahm und mehr Mittel für die Provenienzforschung zur Verfügung gestellt wurden.

90 Jahre ist es in diesem Jahr her, dass mit dem sogenannten Ermächtigungsgesetz die Grundlage für die ab 1935 einsetzende systematische Entrechtung, Verfolgung, Enteignung und zum Schluss Vernichtung europäischer Juden begann. 90 Jahre, das ist mehr als »normales« Menschenalter. 90 Jahre, und noch immer sind viele Fälle NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes ungeklärt, noch immer verschleppen Kultureinrichtungen die Klärung und noch immer weigern sich einige, auch sehr renommierte wie die Bayerische Staatsgemäldesammlung im Fall des Gemäldes »Madame Soler« von Pablo Picasso, die Beratende Kommission anzurufen, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Dieser Fall steht exemplarisch dafür, dass es dringend einer Reform der Beratenden Kommission bedarf, damit auch die Opfer einseitig die Kommission anrufen können.

Die Restitution von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut ist längst noch nicht abgeschlossen. Viele jüdische Opfer der Entrechtung im Nationalsozialismus haben immer noch nicht ihr Eigentum zurückerhalten. Das ist für unser Land zutiefst beschämend. Es gibt noch sehr viel zu tun.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

Wege in die Zukunft

Zur Entwicklung der Provenienzforschung

GILBERT LUPFER

Jahrzehntelang war in Deutschland, West und Ost, die Erinnerung an den NS-Kunstraub einer kollektiven wie individuellen Amnesie zum Opfer gefallen. Das Ereignis, das eine grundlegende Veränderung brachte, fand Ende 1998 in den USA statt: die Washingtoner Konferenz, auf der die gleichnamigen Prinzipien verabschiedet wurden. Im Rückblick sind diese Prinzipien ein Dokument von kaum zu überschätzender Wichtigkeit, sie bilden die Grundlage für die Aufklärung dieses Raubes. Allerdings brauchte dieses Dokument einige Zeit, um Wirkung zu entfalten. Zwar machten Bund, Länder und Kommunen mit der Gemeinsamen Erklärung (»Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz«) schon 1999 den Weg frei für eine Umsetzung in die Praxis der Kultureinrichtungen, allerdings nur theoretisch. Museen, Bibliotheken und Archive, an die sich die Gemeinsame Erklärung vor allem richtete, waren überfordert, es fehlte an Personal, Kompetenz und Geld – und vielerorts auch an der Einsicht in diese Notwendigkeit. Um 2000 war die Haltung weitverbreitet, was einmal im Museum sei, habe dort auch für immer zu bleiben – ungeachtet seiner Provenienz.

Hatte sich die Provenienzforschung zunächst vor allem auf Kunstmuseen fokussiert, so hat sich das Spektrum inzwischen deutlich erweitert

2006, als der Berliner Senat die »Berliner Straßenszene« von Ernst Ludwig Kirchner aus dem Brücke-Museum restituierte, war dies heftig umstritten. Es wurde deutlich, wie wenig man sich vielerorts um die Umsetzung der Washingtoner Prinzipien gekümmert, wie fahrlässig man sich mit der Thematik auseinandergesetzt hatte. Um wirklich einen Schritt weiterzukommen, waren eine Anschubfinanzierung und ein Bewusstseinswandel notwendig. Genau dies erkannten Isabel Pfeiffer-Poensgen, damals Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder, und Staatsminister Bernd Neumann, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien. Sie richteten 2008 die Arbeitsstelle für Provenienzforschung und -forschung in Berlin ein, die Anstöße geben und finanziell unterstützen sollte. Erste Erfolge wurden bald sichtbar: Museen und Bibliotheken nahmen Provenienzforschung und Restitution in ihren Wortschatz auf.

So wäre es wohl, mit solider Arbeit in mehr und mehr Museen und Bibliotheken, stetig, aber unspektakulär weitergegangen, hätte es nicht im November 2013 ein spektakuläres Ereignis gegeben, den sogenannten Fall Gurlitt, bekannt auch als Schwabinger Kunstfund. Spektakuläre Nazi-Raubkunst im Milliardenwert sei in der Wohnung des Kunsthändler-Sohnes Cornelius Gurlitt gefunden worden, so war in dicken Schlagzeilen zu lesen. Intensive Recherchen kamen dann allerdings zum Ergebnis, dass dieser Kunstfund nicht ganz so spektakulär war wie zunächst vermutet. Immerhin fiel nun ein Schlaglicht auf die Provenienzforschung und offenbarte noch manche Schattenseiten. So wurde offenkundig, dass sich

Kunsthandel und privater Kunstbesitz bisher weitgehend in Diskretion hüllten. Auch die Anstrengungen zur systematischen Recherche in öffentlichen Sammlungen waren noch nicht ausreichend. Anderthalb Jahrzehnte nach den Washingtoner Prinzipien musste man also eine ambivalente Bilanz ziehen und feststellen, dass immer noch viel zu tun war. Die Ende 2013 neu berufene Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, nahm sich der Sache an, und Isabel Pfeiffer-Poensgen spielte erneut eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Förderinstrumente.

Wichtigstes Resultat war Anfang 2015 die Gründung der Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste in Magdeburg, getragen von Bund, Ländern und Kommunen. In der Stiftung gingen zwei Institutionen auf: die Koordinierungsstelle Magdeburg und die Arbeitsstelle für Provenienzforschung. Als Hauptaufgaben definiert wurden insbesondere die Anregung, Unterstützung, finanzielle Förderung, Dokumentation und Vernetzung der Provenienzforschung zum NS-Kulturgutraub in öffentlichen, aber auch in privaten Einrichtungen, wie z. B. Stiftungsmuseen, und – als Konsequenz aus dem Fall Gurlitt – bei Privatpersonen.

Hatte sich die Provenienzforschung zunächst vor allem auf Kunstmuseen und dort besonders auf Gemälde fokussiert, so hat sich das Spektrum inzwischen deutlich erweitert, beispielsweise um Universitätssammlungen, Technische Museen oder Heimatmuseen. Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste und zuvor die Arbeitsstelle für Provenienzforschung haben von 2008 bis zum September 2023 insgesamt 437 kurz- und langfristige Projekte der dezentralen Provenienzforschung in öffentlichen Museen, Bibliotheken, Archiven und in privaten Sammlungen gefördert. Damit wurde die Basis gelegt für eine Vielzahl von Restititionen und anderen »gerechten und fairen Lösungen« im Geiste der Washingtoner Prinzipien. Nicht nur das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste finanziert – aus Bundesmitteln und jeweils mit Eigenbeteiligung der geförderten Einrichtung – die Forschung nach NS-Raubgut; es gibt inzwischen etliche Häuser wie z. B. die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, die auf eigene Kosten systematische Provenienzforschung betreiben, sowie von Bundesländern oder Kommunen eingerichtete Koordinationsstellen.

Die Provenienzforschung in Deutschland ist in den letzten Jahren deutlich professioneller geworden und hat sich auch als wissenschaftliche Disziplin etabliert. Der Arbeitskreis Provenienzforschung e. V., die höchst aktive Vereinigung der Provenienzforscherinnen und -forscher, zählt rund 500 Mitglieder. Wenn trotzdem immer wieder die Kritik zu hören ist, Provenienzforschung in Deutschland sei nicht effektiv genug, und die legitimen Interessen der Nachfahren erführen zu wenig Beachtung, so scheint das nicht ganz zu dem eben Skizzierten zu passen. Tatsächlich wurden in den zwei Jahrzehnten ihres Bestehens nicht einmal zwei Dutzend Streitfälle vor die Beratende Kommission gebracht, das unabhängige, Empfehlungen aussprechende Mediationsgremium. Doch als Indikator eignet sich diese Zahl kaum, denn viele »gerechte und faire Lösungen« wurden unmittelbar zwischen Museen oder Bibliotheken und Nachfahren bzw. Erben gefunden, ohne dass die Kommission angerufen werden musste. Es sei allerdings nicht verschwiegen, dass in etlichen Fällen erst öffentlicher Druck



Eines der 384 Bücher, die 2016 an die Freimaurerloge »Teutonia zur Weisheit« restituiert wurden

FOTO: © SBB / HAGEN IMMEL

solche Lösungen ermöglichte: Nicht jedes Museum hat sich immer vorbildlich verhalten, nicht immer wurde dem Thema die notwendige Aufmerksamkeit eingeräumt.

Die finanzielle Förderung der dezentralen Provenienzforschung steht im Mittelpunkt der Tätigkeit des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste, doch sein Aufgabenspektrum beschränkt sich nicht darauf. Auf dem Transparenzgebot der Washingtoner Prinzipien beruht die Lost-Art-Datenbank. Dieses Register für Such- und Fundmeldungen ging schon 2000 online und wurde zunächst von der Koordinierungsstelle Magdeburg betrieben. Lost Art führt, bisweilen nach jahrzehntelanger Suche, derzeitige Besitzer und Nachfahren früherer Eigentümer zusammen. Die Datenbank dürfte das international erfolgreichste Instrument zur Findung »gerechter und fairer Lösungen« sein. Es gibt allerdings durchaus Gegner: Bisweilen wird gegen Lost-Art-Meldungen sogar juristisch vorgegangen, zuletzt im Sommer 2023 bis zum Bundesgerichtshof – bisher jedoch ohne Erfolg. Lost Art konnte sich als niederschwelliges, kostenfreies Mittel etablieren, das die Suche nach NS-Raubgut im In- und Ausland unterstützt und erleichtert. Einen anderen Ansatz verfolgt die zweite, vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste seit 2020 betriebene Datenbank. Proveana ist nicht wie Lost Art objektzentriert, sondern vernetzt Akteure, Orte und Materialien. Die hauptsächliche Basis von Proveana bilden die ausgewerteten Abschlussberichte der vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste geförderten Projekte. So wächst Proveana kontinuierlich als Kompendium des Wissens zum NS-Kulturgutraub, gerichtet in erster Linie an die Forschung und somit auch anspruchsvoller in der Handhabung als Lost Art.

Lässt man die vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste veranstalteten großen Jahrestagungen Revue passieren, so spiegelt das die Entwicklung der Provenienzforschung und auch deren zusätzliche Dimensionen über die Aufklärung des NS-Raubes hinaus. Das begann 2015 unter dem Titel »Neue Perspektiven der Provenienzforschung in Deutschland« im Jüdischen Museum in Berlin. 2016 wurde im Max-Liebermann-Haus am Brandenburger Tor erstmals über ein neues Thema diskutiert: »Entziehungen von Kulturgütern in SBZ und DDR – Der Stand der Forschungen und die Perspektiven«. Dies

wurde dann bei der Herbstkonferenz 2020 wieder aufgegriffen, bei der erste Forschungsergebnisse präsentiert werden konnten: »VEB Kunst – Kulturgutentzug und -handel in der DDR«. Doch zurück zur Chronologie. »Raub und Handel. Der französische Kunstmarkt unter deutscher Besatzung« war das Motto der deutsch-französischen 2017er-Konferenz in der Bonner Bundeskunsthalle, die sich – eine Konsequenz aus den Erkenntnissen im Fall Gurlitt – einem zuvor wenig beachteten Aspekt des NS-Kulturgutraubes widmete. Im November 2018 bot der 20. Jahrestag der Washingtoner Prinzipien den Anlass für eine große internationale Fachkonferenz im Berliner Haus der Kulturen der Welt: »20 Jahre Washingtoner Prinzipien – Wege in die Zukunft«. Es ging nicht nur um Rückblick und Bestandsaufnahme, sondern auch um die Identifizierung von Fehlstellen und die Entwicklung von Perspektiven. 2021 dann wurde der neue Bereich der Forschungsförderung zu Kultur- und Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten Gegenstand einer internationalen Tagung. Sie war der langen Geschichte von Restitutionsforderungen und Rückgaben in diesem Kontext gewidmet: »The Long History of Claims for the Return of Cultural Heritage from

Colonial Contexts«. 2022 schließlich nahm sich die Herbstkonferenz den Randbereichen an, unter geografischen wie inhaltlichen Aspekten: »Die Peripherie im Zentrum. Vergessenes, Verdrängtes und Vernachlässigtes in der Provenienzforschung«. Am Vorabend der Tagung fand in Halberstadt, das auf eine reiche jüdische Tradition zurückblickt, eine Podiumsdiskussion statt unter dem Titel »Erneuerung aus der Erinnerung? Jüdisches Leben zwischen Tradition, Verfolgung und Neubeginn«.

2018 wurde nach »Wegen in die Zukunft« gesucht. Wurden diese seitdem gefunden? Welche Bedeutung haben die Washingtoner Prinzipien heute? Welche Rolle spielen sie angesichts neuer Fragen und Problemfelder? Was sind die drängendsten offenen Aufgaben? Darum wird es bei einer vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste ausgerichteten Veranstaltung zum 25. Jubiläum der Washingtoner Prinzipien gehen, die am 7. Dezember 2023 in der Staatsbibliothek Unter den Linden in Berlin stattfindet. Durch die Ereignisse seit dem 7. Oktober in Israel, aber in der Folge auch in Deutschland erhält diese Veranstaltung eine erschreckende aktuelle Brisanz.

Gilbert Lupfer ist Vorstand des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste

ZU DEN BILDERN

Die Nationalsozialisten haben in der Zeit von 1933 bis 1945 zahlreiche Personen und Unternehmen enteignet und hierbei auch systematisch Kulturgüter wie z. B. Gemälde oder Bücher beschlagnahmt oder ganze private Kunstsammlungen oder Bibliotheken aufgelöst und unter Wert veräußert. Eine Vielzahl der unrechtmäßig entzogenen Objekte gelangte auch in öffentliche Einrichtungen. Seit einigen Jahren wird sich verstärkt bemüht, die Herkunft von Werken, die ab 1933 in den Besitz öffentlicher Einrichtungen gelangten, zu erforschen und Werke gegebenenfalls zurückzugeben. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) befasst sich bereits seit den 1990er Jahren mit dem Umgang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut. In 50 Restitutionsersuchen hat die SPK bereits entschieden und Lösungen gefunden. Laut SPK wurden mehr als 350 Werke und über 1.000 Bücher an die Berechtigten zurückgegeben. In diesem Schwerpunkt

zeigen wir ausgewählte Bilder von Kulturgütern, die die SPK restituiert hat. Dazu zählen unter anderem Gemälde, Skulpturen, Bücher oder Porzellanfiguren. Die gezeigten Beispiele machen nicht nur deutlich, dass sich die NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgüter in ihrer Art unterscheiden, sondern auch, dass die Lösungen, die für die jeweiligen Restitutionsersuchen gefunden werden, nicht immer einfach und individuell sind. Ein Beispiel dafür ist die Skulptur »Susanna« von Reinhold Begas, die sich bis 1933 in der Sammlung Mosse befand und der Familie verfolgungsbedingt entzogen wurde. Die SPK hat das Werk an die Erben von Felicia Lachmann-Mosse zurückgegeben. Anschließend wurde die Skulptur mithilfe des Förderzuschusses der Kulturstiftung der Länder zurückgekauft und ist in der Alten Nationalgalerie zu sehen.

Quelle: Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Faire und gerechte Lösungen auch in Deutschland?

Restitution von NS-Raubkunst

RÜDIGER MAHLO

Im letzten Moment einigten sich alle auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Damals, an jenem 3. Dezember vor 25 Jahren. Vertreter aus 44 Ländern waren Ende November 1998 zu einer mehrtägigen Konferenz in Washington zusammengekommen, um über die Restitution von NS-Raubkunst zu verhandeln. Botschafter Stuart E. Eizenstat hatte zu der Konferenz eingeladen. In der damaligen, von Bill Clinton geführten US-Regierung war er Sonderbeauftragter des Präsidenten und des Außenministers für Holocaust-Fragen. Zusammen mit seinem Kollegen aus dem

von den Nazis beschlagnahmt wurden. Auch in Deutschland veränderten sich nach 1998 nicht nur die Art und Weise, wie über Museumssammlungen und den Kunstmarkt gedacht wurde, sondern auch die institutionelle Landschaft. Im Jahr 2003 beschlossen Bund, Länder und kommunale Spitzenverbänden gemeinsam, eine unabhängige Beratende Kommission einzurichten. Die Kommission sollte immer dann vermitteln, wenn es Differenzen gab im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts aus jüdischem Besitz.

2015 wurde das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste (DZK) als zentraler Ansprechpartner zu Fragen NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts insbesondere aus jüdischem Besitz gegründet. Es fördert die Provenienz-

Mehr Verbindlichkeit und Transparenz

Diese Daten belegen, dass das Restitutionssystem in Deutschland dringend reformiert werden muss. Die bisherige Restitutionspraxis von NS-Raubkunst führt nur selten zu Restititionen. Die Rolle der Beratenden Kommission muss aufgewertet werden. Sie sollte als unabhängige Bundesbehörde mit eigenem Verwaltungsapparat installiert werden und über die Restitution von NS-Raubkunst entscheiden können. Ihre Mitglieder sollten zu gleichen Teilen von der Bundesregierung und von NS-Opferorganisationen vorgeschlagen und vom Bund bestellt werden. Dies erhöht die Akzeptanz der Entscheidungen und führt zu einer größeren Befriedung. Zudem sollten die Entscheidungen bindend



Ernst Ludwig Kirchners »Bauern, plaudernd« wurde 2012 an die Erben von Curt Glaser restituiert

diplomatischen Dienst, J. D. Bindenagel, entwickelte Eizenstat die Kompromisslinie, die die Konferenz vor dem Scheitern bewahrte: Sie schlugen vor, die Washingtoner Prinzipien als freiwillige Grundsätze zu definieren, zu deren Anwendung sich die Staaten – verbindlich und weniger verbindlich – verpflichten könnten. Viele Skeptiker befürchteten, dass die so verfassten Washingtoner Prinzipien keine große Wirkung entfalten würden. Stuart Eizenstat erinnert sich aber auch an die Einschätzung des damaligen Leiters des Metropolitan Museum of Art in New York, Philippe de Montebello, der auch der Association of Art Museum Directors vorstand. Er prophezeite damals, dass die Kunstwelt mit den Washingtoner Prinzipien »nie wieder dieselbe sein würde«.

Viele neue Institutionen und Forschungsprojekte

Philippe de Montebello sollte recht behalten. Seit Verabschiedung der Washingtoner Prinzipien hat sich die Art und Weise, wie wir über NS-Raubkunst denken, sowohl in Museen als auch auf dem Kunstmarkt nachhaltig verändert. Die American Alliance of Museums hat ein eigenes Portal eingerichtet, das mit 179 Museen verbunden ist. Dieses Portal erleichtert es betroffenen Familien, ihre Ansprüche geltend zu machen. Fünf europäische Länder haben Kommissionen eingerichtet, die bei der Lösung von Streitigkeiten über die Rückgabe von Kunstwerken helfen sollen. Große internationale Auktionshäuser wie Christie's und Sotheby's haben Spezialabteilungen für die Klärung der Provenienz jedes zu versteigernden Kunstwerks und für die Bearbeitung von Restititionen eingerichtet. Und das Europäische Parlament hat 2019 eine Entschließung über die Rückgabep Praxis von Kunstwerken angenommen, die

forschung in Deutschland vor allem an Kulturbewahrenden Einrichtungen. Am 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Washingtoner Prinzipien bewegt uns vor allem die Frage, wie der formulierte Anspruch der »gerechten und fairen Lösungen« in der Praxis eingelöst wird. Verstehen die Museen sich inzwischen tatsächlich als Akteure im Prozess der Provenienzforschung, und mündet diese Forschung schließlich in Restititionen?

Nur wenig Restitution

Im Jahr 2016 hat das Institut für Museumsforschung 6.712 in die Gesamtstatistik einbezogene Museen gefragt, ob sie aktiv die Sammlungsgeschichte und Herkunft der von ihnen bewahrten Objekte recherchiert und erforscht haben. 4.065 von ihnen haben geantwortet, und rund zehn Prozent der Häuser gaben an, die Provenienz ihrer Sammlungsobjekte von 1999 bis 2015 punktuell aktiv erforscht zu haben. Nur ein geringer Teil von ihnen hat ihre Sammlung überprüft. Eine ähnliche Statistik findet sich auf der DZK-Webseite. Dort heißt es, dass an 242 von insgesamt 7.120 Museen in Deutschland Projekte zur Provenienzerforschung von NS-Raubkunst laufen oder gelaufen sind. Das sind nicht einmal fünf Prozent.

Diese niedrigen Prozentsätze passen auch zu dem Bild, das sich in der Lost-Art-Datenbank bietet: Unter der Rubrik Malerei im Bereich Suchmeldung finden sich im November 2023 in der Verlustumstandskategorie NS verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut 10.447 Einträge. Weniger als drei Prozent dieser Objekte wurden restituiert. Im Bereich Fundmeldung sind 1.809 Objekte verzeichnet. Davon wurden in den vergangenen 20 Jahren sieben Prozent restituiert. Bei der Kunstverwaltung des Bundes sieht es ähnlich aus.

sein, sodass man nicht mehr mit einer Beratenden, sondern mit einer Entscheidenden Kommission zu tun hat.

Außerdem sollen die Opfer die Herbeiführung einer Entscheidung initiieren können. Beispielsweise kann die Zahl der Entscheidungen der Kommission durch die Einführung eines einseitigen Anrufungsrechts erhöht werden. Die Grundlage für ihre Entscheidungen aber sollte ein Bundesgesetz sein, das im Bereich der NS-Raubkunst Verbindlichkeit und Transparenz herstellt. Nur über ein Gesetz können alle wesentlichen Themen wie beispielsweise die Ersitzung, die Verjährung oder die Entschädigung befriedend und abschließend geregelt werden.

Die Gesetzgebungskompetenz im Bereich der sogenannten Wiedergutmachung hat der Bund. Er hat diese Kompetenz in der Vergangenheit genutzt, um alle Themen im Bereich der Holocaust-Entschädigung zu regeln und etwa das Bundesentschädigungsgesetz (BEG), das Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG), das Vermögensgesetz und das Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigung in einem Ghetto (ZRBG) erlassen.

Warum sollte der Bund seine Gesetzgebungskompetenz nicht auch für das letzte offene NS-bezogene Entschädigungsthema nutzen? Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Ronald Lauder nannte die von den Nazis gestohlenen Kunstwerke einmal »die letzten Gefangenen des Zweiten Weltkriegs«. Beim Festakt zum 20-jährigen Bestehen der Beratenden Kommission nahm Josef Schuster, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Launders Diktum auf und forderte: »Befreien wir sie!« Ich schließe mich seinem Appell an. Worauf warten wir noch?

Rüdiger Mahlo ist Repräsentant der Claims Conference in Europa

ZEITTADEL NS-VERFOLGUNGSBEDINGT ENTZOGENES KULTURGUT

1933

Machtübernahme

30.1.1933: Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Reichskanzler.

»Ermächtigungsgesetz«

23.3.1933: Erlass des »Ermächtigungsgesetzes«, mit dem die gesetzgebende Gewalt vollständig an Adolf Hitler übergeht.

1935

Nürnberger Gesetze

15.9.1935: Mit dem Erlass der Nürnberger Gesetze werden Jüdinnen und Juden zu Menschen minderen Rechts erklärt und die rechtliche Grundlage für ihre Verfolgung geschaffen.

1937

»Entartete Kunst«

19.7.1937: Die Ausstellung »Entartete Kunst« eröffnet in München und zeigt 650 konfiszierte Kunstwerke aus 32 deutschen Museen.

1938

Vermögens-Verordnung

26.4.1938: Die »Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden« verpflichtet diese, alles Vermögen über 5.000 Reichsmark dem Finanzamt bekannt zu geben, darunter auch Kulturgut, auf das die Regierung damit direkten Zugriff hat.

»Führervorbehalt«

18.6.1938: Adolf Hitler sichert sich mit dem »Führervorbehalt« ein Erstzugriffs- und Verfügungsrecht für beschlagnahmte Kunstwerke in Österreich, das er auf das Deutsche Reich und alle besetzten und annektierten Gebiete ausweitete.

Reichspogromnacht

9.11.1938: Die Reichspogromnacht führt zur Zerstörung von Synagogen und zur Verschleppung von etwa 30.000 Jüdinnen und Juden in Konzentrationslager.

Zwangsverkäufe

3.12.1938: Die »Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens« verfügt den Zwangsverkauf mobiler und immobilier Vermögenswerte. Jüdinnen und Juden dürfen Kultur- und Wertgegenstände über 1.000 RM nur noch über staatliche Stellen veräußern.

1939

»Sonderauftrag Linz«

1.6.1939: Einrichtung des »Sonderauftrag Linz«, der für ein geplantes »Führermuseum« in Linz und darüber hinaus zahlreiche Kunstwerke ankauft und beschlagnahmt.

Kriegsbeginn

1.9.1939: Deutscher Angriff auf Polen; Beginn des Zweiten Weltkrieges.

1941

Entzug der Staatsangehörigkeit

25.11.1941: Mit der »Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz« wird allen Jüdinnen und Juden nach ihrer Deportation oder Emigration die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen. Ihr Vermögen fällt an das Deutsche Reich. Mit der »13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz« geht ab Juli 1943 auch das Eigentum verstorbener bzw. ermordeter Jüdinnen und Juden auf das Deutsche Reich über.

1942

Wannsee-Konferenz

20.1.1942: Auf der Wannsee-Konferenz von NS-Funktionären wird die »Endlösung der Judenfrage« geplant.

1945

Kriegsende in Europa

8.5.1945: Inkrafttreten der Gesamtkapitulation des NS-Staats, Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa.

Nach 1945

Rückgabe entzogenen Gutes

Es werden Grundlagen zur Rückgabe entzogenen Gutes an die rechtmäßigen Eigentümerinnen und Eigentümer geschaffen. Gleichwohl konnten viele Opfer ihre Ansprüche nicht geltend machen oder sich gegen Widerstände nicht durchsetzen.

Ab Mitte der 1970er Jahre

Rechtsansprüche gelten als juristisch verjährt. Eine neue Restitutionsdebatte entsteht erst wieder mit dem Ende des Kalten Krieges und mit der deutschen Wiedervereinigung.

1994

Koordinierungsstelle der Länder

Die Koordinierungsstelle der Länder für die Rückführung von Kulturgütern wird bereits 1994 in Bremen gegründet und dient vorerst der Dokumentation kriegsbedingt verbrachter Kulturgüter deutscher öffentlicher Einrichtungen. Ab 1998 fungiert sie mit Sitz in Magdeburg als zentrale deutsche Serviceeinrichtung für Kulturgutverluste. Ab 2001 wird die Koordinierungsstelle vom Bund mitfinanziert und geht 2015 schließlich im Deutschen Zentrum Kulturgutverluste auf.

1998

Washingtoner Konferenz über Vermögenswerte aus der Zeit des Holocaust

30.11.–3.12.1998: Auf der Konferenz in Washington, D.C. (USA) erarbeiten 44 Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen Grundsätze in Bezug auf Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden. Diese »Washingtoner Prinzipien« sind Gegenstand der Washingtoner Erklärung.

1999

Gemeinsame Erklärung

9.12.1999: Grundlage für die Umsetzung der Washingtoner Erklärung in Deutschland ist die Gemeinsame Erklärung von Bundesregierung, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz.

2003

Beratende Kommission

Die Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz, wird auf Grundlage einer Absprache zwischen Bund, Ländern und Kommunen eingerichtet.

2009

Theresienstädter Erklärung

In Prag wird die von Deutschland mitgetragene Theresienstädter Erklärung verabschiedet. Mit der Theresienstädter Erklärung wird die Unterstützung der Grundsätze der Washingtoner Konferenz von 1998 bekräftigt.

2015

Dt. Zentrum Kulturgutverluste

Zum 1.1.2015 wird von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste als rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Magdeburg errichtet.

Nur 23 Fälle ...

... und kein Restitutionsgesetz

HANS-JÜRGEN PAPIER

Vor dem Hintergrund von mehr als 75.000 Meldungen von NS-Raubkunst fordert die Beratende Kommission NS-Raubkunst mehr Kompetenzen, die Stärkung der Opfer und ein Bundesgesetz, das der Verantwortung, die der deutsche Staat als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches trägt, gerecht wird.

Vor 20 Jahren wurde die Beratende Kommission NS-Raubgut von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden eingesetzt. Dieser rechtspolitische Akt war eine Konsequenz aus der Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der Konferenz in Washington am 3. Dezember 1998. An der Konferenz mit dem Titel »Washington Conference on Holocaust-Era-Assets«, zu Deutsch »Washingtoner Konferenz über Vermögenswerte aus der Zeit des Holocaust«, nahmen 44 Staaten – darunter die Bundesrepublik Deutschland – teil und verabschiedeten elf Grundsätze, mit deren Hilfe die teilnehmenden Staaten die Suche, das Auffinden und die Restitution von NS-Raubkunst wieder aufnehmen und auf ihre jeweiligen staatlichen Agenden setzen sollten. Madeleine Albright, ehemalige Außenministerin der USA, fasste ihr Verständnis von historischer Verantwortung zum Abschluss der Konferenz so: »Wir können alles in unserer Macht stehende tun, um Dunkelheit durch Licht, Ungerechtigkeit durch Fairness, Unwahrheit durch Wahrheit zu ersetzen.« In diesem Sinne ist der Kern der Washingtoner Grundsätze die Aufforderung, »gerechte und faire« Lösungen zu finden.

Obwohl bis zur Einsetzung der Beratenden Kommission NS-Raubgut fünf Jahre vergingen, war dies doch eine direkte Konsequenz der in Washington verabschiedeten Grundsätze, deren Nummer 11 bestimmt, dass die Staaten dazu »aufgerufen« werden, »alternative Mechanismen zur Klärung strittiger Eigentumsfragen« zu schaffen. Entsprechend heißt es in dem Gründungspapier, der »Absprache zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Einsetzung einer Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz«, dass die Beratende Kommission eine »Mediation« anbiete für den Fall, dass die Parteien dies »wünschen«.

Auf ihrer ersten Sitzung am 14. Juli 2003 wählten die berufenen acht Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Jutta Limbach, die frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland, zu ihrer Vorsitzenden. Ihr Vertreter wurde Thomas Gaehtgens, weitere, zum Teil hochkarätige Mitglieder waren der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Günther Patzig, Dietmar von der Pfordten, Reinhard Rürup und Ursula Wolf. Die ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth, war von Anbeginn an Mitglied der Beratenden Kommission, und sie ist es auch heute noch. Seit 2016 gehören der Kommission zusätzlich zwei jüdische Mitglieder an, sodass die Kommission heute zehn Mitglieder zählt.

Die Beratende Kommission arbeitet auf der Grundlage der Washingtoner Grundsätze und Nachfolgevereinbarungen, der »Gemeinsamen Erklärung« von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden sowie einer sogenannten Handreichung in ihrer jeweils aktuellen Fassung und einer Verfahrensordnung. Keine dieser Grundlagen entfaltet eine rechtsnormative Kraft. Zwar benennt die Handreichung grundlegende Voraussetzungen, bei deren Vorliegen von

NS-Raubkunst auszugehen ist, sie ist aber kein Gesetz, sondern sogenanntes Soft Law und damit kein verbindliches Regelwerk.

Im Verlauf ihres 20-jährigen Bestehens hat die Beratende Kommission in 23 Fällen Empfehlungen abgegeben. In zwölf Fällen hat sie die Rückgabe empfohlen, davon in drei verbunden mit einer Auflage. In vier weiteren Fällen hat die Kommission zwar empfohlen, das Werk in der betroffenen Kultureinrichtung zu belassen, aber den Anspruchstellenden eine Entschädigung zu zahlen.

Die Empfehlungen der Beratenden Kommission haben von Anfang an für viel Aufsehen gesorgt und werden im In- und Ausland als wegweisend angesehen. Sie beeinflussen maßgeblich

Der gegenwärtige Regelungszustand in Fragen der Restitution ist höchst unbefriedigend

die Entscheidungsfindung von Museen und ihren staatlichen- oder kommunalen Trägern sowie den Kunstmarkt. Vor allem aber haben sie eine wichtige Signalfunktion für die Opfer und deren Nachfahren. Denn die Empfehlungen zu bestimmten Fallkonstellationen ermutigen die Opfer, in ähnlich gelagerten Fällen Ansprüche anzumelden.

Aber warum gab es in den 20 Jahren des Bestehens der Beratenden Kommission nur 23 Empfehlungen, wenn gleichzeitig davon ausgegangen werden muss, dass sich bis heute Zigtausende geraubter Kunstobjekte noch immer in öffentlichen Einrichtungen befinden und also nicht zurückgegeben worden sind? Allein in der deutschen Lost-Art-Datenbank, die internationale Such- und Fundmeldungen von NS-Raubgut listet, finden sich über 75.000 Einträge, mehrheitlich Suchmeldungen der Opfernachfahren. Darüber hinaus gibt es weitere ungezählte Fälle von NS-Raubkunst. Für sie fehlen bis heute die benötigten Hinweise oder Erkenntnisse, um einen Eintrag bei Lost Art veranlassen zu können.

Die geringe Anzahl von Empfehlungen der Kommission beruht darauf, dass die Opfer und deren Nachfahren nur dann vor die Kommission ziehen können, wenn die kulturgutbewahrende Einrichtung einer Anrufung der Kommission zustimmt. Diese sogenannte beidseitige oder auch gemeinsame Anrufung ist bereits in dem erwähnten Gründungspapier geregelt. Dort heißt es: Es werde eine »unabhängige Beratende Kommission gebildet, die im Bedarfsfall gemeinsam angerufen werden kann«.

Dieses Erfordernis der beidseitigen Anrufung der Beratenden Kommission ist fast von Beginn an Anlass für Ärger seitens der Opfer und ihrer Nachfahren gewesen. In der Konsequenz bedeutet diese Konstruktion nämlich, dass die Opfer keinen Anspruch auf Klärung der Restitutionsfrage hinsichtlich eines umstrittenen Werkes haben. Oder, anders formuliert, die Museen und andere öffentlichen Einrichtungen, die Kulturgut verwahren, können ein Vetorecht gegen eine Klärung vorbringen.

Traurige Berühmtheit hat in diesem Kontext der Fall »Madame Soler« erlangt, ein Gemälde von Pablo Picasso aus der sogenannten Blauen Periode, das heute den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen gehört. Früherer Eigentümer war die Familie Mendelssohn-Bartholdy. Seit nunmehr über zehn Jahren verweigert das Museum mit Zustimmung der Bayerischen Staatsregierung und



Reinhold Begas, Susanna, Modell 1869, Marmorausführung 1870-1872. 2016 wurde die Skulptur an die Erben von Felicia Lachmann-Mosse zurückgegeben. 2017 wurde sie zurückerworben und verbleibt in der Alten Nationalgalerie in Berlin

des Bayerischen Landtags die Teilnahme an dem Verfahren mit der Begründung, es handle sich bei dem Kunstwerk nicht um Raubkunst. Die Klärung, ob das Kunstwerk als Raubkunst anzusehen ist, wäre aber gerade die Aufgabe der Kommission und nicht der von dieser Feststellung betroffenen Institution. Bereits bei der Konferenz in Berlin im Jahr 2018 zum 20. Jahrestag der Washingtoner Grundsätze war die nicht mögliche einseitige Anrufung Thema. Die frühere Staatsministerin Monika Grütters verkündete vor rund tausend Teilnehmenden, dass künftig alle Museen, die vom Bund mit Mitteln für die Provenienzforschung unterstützt würden, verpflichtet seien, jedem Antrag von Nachfahren auf Anrufung der Beratenden Kommission zuzustimmen. Diese Vorgabe allerdings ist bislang heute nicht wirklich umgesetzt. Faktisch läuft das auf ein Vetorecht der übergroßen Mehrheit der kulturgutbewahrenden öffentlichen Einrichtungen hinaus. Aus Sicht der Opfer und deren Nachfahren ist das unzumutbar und unangebracht; sie können ihre Anliegen nicht vor die Kommission bringen und klären lassen, sofern die öffentlichen Einrichtungen nicht einverstanden sind.

2023: Memorandum

Aus Sicht der Beratenden Kommission sind ihre Stellung, vor allem aber die Grundlagen ihrer Arbeit insgesamt reformbedürftig. Daher haben die zehn Mitglieder der Beratenden Kommission NS-Raubgut einmütig ein

Memorandum verfasst, das sich an die Politik wendet. Im Zentrum steht die Kritik, dass das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage für eine Institution, die im Land der Täter über die Rückerstattung von NS-verfolgungsbedingt abhandengekommenen Kulturgütern zu befinden hat, unangemessen und ungenügend ist. Es fehlt ein klares Bekenntnis der Politik in Gestalt rechtlich verbindlicher Vorgaben für die Aufarbeitung der bis heute nicht restituierten Raubkunstfälle. Allein auf der Basis eines förmlichen Bundesgesetzes können die drei grundlegenden Forderungen an ein angemessenes und hinreichendes Restitutionsrecht erfüllt werden: 1. Die einseitige Anrufbarkeit der Kommission, 2. die Bindungswirkung ihrer Entscheidungen und schließlich 3. die Möglichkeit, Restitutionsverfahren auch dann einzuleiten, wenn die Kulturgüter sich in privater Hand befinden. Aus der Beratenden Kommission muss – auf gesetzlicher Grundlage – eine entscheidende Kommission werden.

Der gegenwärtige Regelungszustand in Fragen der Restitution NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter ist nach alledem höchst unbefriedigend. Die Mängel sind systembedingt, weil Bund, Länder und Kommunen es sich vor gut 20 Jahren relativ leicht gemacht und auf eine gesetzliche Regelung verzichtet haben. Diese muss jetzt dringend nachgeholt werden, damit im In- und vor allem auch im Ausland die Kritik verstummt, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht hinreichend in der Lage und auch nicht wirklich willens

ist, das NS-Unrecht im Hinblick auf die Kulturgüter angemessen wiedergutmachen. Diese Kritik ist aus der Sicht der Beratenden Kommission deshalb besonders misslich, weil sie die bisherige Arbeit der Beratenden Kommission insgesamt zu diskreditieren geeignet ist, obwohl die Leistungen der Kommission in den letzten zwei Jahrzehnten im Rahmen der vorgegebenen systembedingten engen Grenzen durchaus als erfolgreich und effektiv zu bewerten sind.

Auf der Veranstaltung zum 20-jährigen Bestehen der Beratenden Kommission am 14. September dieses Jahres im Jüdischen Museum in Berlin kündigte die Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth, an: »Wir wollen eine einseitige Anrufung der Kommission ermöglichen.« Wenige Wochen später, am 11. Oktober, berichtet Frau Roth in einer Pressemitteilung: »Ich freue mich darüber, dass wir uns heute auf einen gemeinsamen Reformweg verständigen und wichtige gemeinsame Prinzipien verabreden konnten. Hierzu zählt für mich insbesondere die Frage der einseitigen Anrufbarkeit.« Ob und wie diese Ankündigung umgesetzt werden wird, bleibt aber völlig offen. Deutlich ist aber schon jetzt: Es bleibt leider höchst zweifelhaft, ob sich die Politik für eine gesetzliche Regelung des Restitutionsrechts einsetzen wird.

Hans-Jürgen Papier ist Vorsitzender der Beratenden Kommission NS-Raubgut. Er war von 2002 bis 2010 Präsident des Bundesverfassungsgerichts

FOTO: © NATIONALGALERIE, STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN – PREUSSISCHER KULTURBESITZ / ANDRES KILGER

Koalitionsvertrag: Restitution von NS-Raubkunst

Vier Fragen an Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth

Was tut die Bundesregierung, speziell die Beauftragte für Kultur und Medien, um wie im Koalitionsvertrag festgehalten, die Restitution von NS-Raubkunst in dieser Legislaturperiode entscheidend zu verbessern? Politik & Kultur fragt nach.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die Restitution von NS-Raubkunst zu verbessern. Wie stellen Sie sich dieser Aufgabe? Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland und der Shoah muss konsequent fortgeführt werden. Wir als Bundesregierung stehen zu dieser Verantwortung – umso mehr jetzt, wo Jüdinnen und Juden in unserem Land wieder um ihre Sicherheit

gemeinsam mit Ländern und Kommunen erreichen. Deshalb habe ich das Thema sehr entschlossen in diesem Kreis vorangetrieben. Beim Kulturpolitischen Spitzengespräch am 11. Oktober konnten sich der Bund, die Länder und die Kommunen darauf verständigen, dass bis Frühjahr 2024 konkrete Vorschläge für die Stärkung der Kommission vorgelegt werden sollen. Mein Haus arbeitet mit Hochdruck daran und hat bereits erste Vorschläge an Länder und Kommunen übermittelt. Dafür haben wir uns auch vergleichbare Kommissionen in anderen europäischen Ländern angesehen.

Wie wird die Beratende Kommission gestärkt? Ein zentraler Punkt ist für mich die Einführung der einseitigen Anrufbarkeit. Aktuell kann die Beratende Kommission ja nur dann aktiv werden,

Provenienzforschung bei unabhängigen Forscherinnen und Forschern beauftragen können. Damit wollen wir unter anderem der immer mal wieder erhobenen Kritik begegnen, die Provenienzforschung sei nicht neutral genug. Ganz allgemein brauchen wir für die Beratende Kommission auch transparentere Verfahren, die für alle Beteiligten und die Öffentlichkeit besser nachvollziehbar sind.

Wie ist es aktuell um die Rückführungen NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter bestellt? Seit der Verabschiedung der Washingtoner Prinzipien im Jahr 1998 wurde schon manches erreicht. Es gab in den letzten 25 Jahren einige Restitutionen, unter anderem knapp 7.500 Kulturgüter im Museumsbereich sowie rund 24.500 Bücher und anderes Bibliotheksgut. Dabei liegt die Gesamtzahl der Restitutionen höher, weil ja

Es geht um Recht!

Die Aufarbeitung des NS-Kunstraubs braucht eine neue Dynamik

HERMANN PARZINGER

Stockholm. Ein Wohnzimmer. Über einer Anrichte hängt Jakob Philipp Hackerts wunderschöne Tuschpinselzeichnung »Auf Hiddensee« von 1764. Sie hängt dort noch nicht lange, sondern wurde in der Sammlung des Kupferstichkabinetts bewahrt. Vor vier Jahren restituierte sie die SPK an die Erben des jüdischen Kaufmanns Friedrich Guttsmann, der das Werk unter Druck verkaufen musste. Ein Fall von Tausenden, die den Kunstraub der Nazis in ganz Europa beschreiben. Fast 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist dieses monströse Verbrechen keineswegs aufgearbeitet. 200.000 Werke wurden in Deutschland und Österreich geraubt, 600.000 sind es wohl europaweit. Zahlen, hinter denen immer Schicksale stehen. Die Restitution der Hackert-Zeichnung hat der Familie von Friedrich Guttsmann nicht nur ein Werk zurückgebracht, sondern auch ein Stück verlorener Würde. Darum geht es, wenn Museen, Bibliotheken und Archive erlittenes Unrecht rückgängig machen wollen. Unsere Reihe »Kunst, Raub, Rückgabe – Vergessene Lebensgeschichten«, die wir gemeinsam mit den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, dem Rundfunk Berlin-Brandenburg und dem Bayerischen Rundfunk – unterstützt von BKM – gestartet haben, erzählt genau davon. Von den Menschen, ihren Lebenswegen, ihrer Liebe zur Kunst und den Tragödien, die sie erleben mussten und die hinter den Aktenvermerken stecken. Wir wollen noch viele dieser Geschichten erzählen. Denn: Die Nazis raubten nicht nur Kunst, sie raubten auch Seelen. So einfach ist das.

Wenn wir jetzt auf 25 Jahre Washingtoner Konferenz zurückblicken, die die Grundlagen für die Aufarbeitung legte, der sich öffentliche Kultureinrichtungen seither verpflichtet fühlen, dann lässt sich konstatieren, dass es in dieser Zeit gelungen ist, vielfach »faire und gerechte Lösungen« zu finden. Die sprichwörtlich gewordene Formulierung markiert den Anspruch, in gutem Einvernehmen mit den Nachfahren, nach einer Einigung zu suchen. Damit ist nicht gesagt, dass dies manchmal mit schwierigen Gesprächen einherging. Die SPK hat in dieser Zeit über 350 Kunstwerke und mehr als 2.000 Bücher zurückgegeben. Einige Werke konnten für die Sammlungen zurückgekauft werden oder wurden sogar als Dauerleihgaben überlassen. Den Provenienzforscherinnen und -forschern, den Juristinnen und Juristen in unserem Hause ging es in ihrer Arbeit immer um Transparenz und Klarheit. Auch wenn das manchmal anders behauptet wurde. Für mich als Präsidenten gilt: Was nicht rechtmäßig erworben wurde, kann in unseren Sammlungen nicht verbleiben. Verantwortung für das geschehene Unrecht zu übernehmen bedeutet eben auch, Recht am Eigentum wiederherzustellen. So bitter das auch manchmal für eine öffentliche Sammlung sein mag.

Wer die Ergebnisse des Washington-Prozesses in Deutschland bewerten will, darf nicht nur auf die Bilanz der Beratenden Kommission schauen. Diese Schiedsstelle wird ja nur angerufen, wenn die Parteien nicht zueinanderkommen. Und da sind doch die 22 Befassungen als Bilanz gar nicht so schlecht, zeigen sie doch, dass es in der Mehrzahl der Fälle gelungen

ist, sich außerhalb der Kommission zu einigen. Gleichwohl muss die Reform dieses Gremiums jetzt auch wirklich umgesetzt werden. Dazu gehört, dass die Nachfahren der Opferfamilien die Beratende Kommission einseitig anrufen können, wenn die Einigung nicht gelingt. Denn es darf nicht sein, dass die Nachfahren gerade in diesen besonders schwierigen Konstellationen auf die Mitwirkung der heutigen Eigentümer angewiesen sind. Die Erfahrung lehrt aber, dass es richtig bleibt, vorher eine Einigung zwischen Antragsteller und Kultureinrichtung zu suchen.

Aber wie oft passiert es tatsächlich, dass sich eine öffentliche Einrichtung dem Gang vor die Kommission verweigert? Ich denke, dass dies nicht das Haupthindernis ist, wenn es um die Aufarbeitung des NS-Unrechts geht. Viel schwerer wiegt z. B., dass private Besitzer von geraubter Kunst sich immer noch in großer Zahl der Aufklärung entziehen. Das kann nicht sein, denn bei diesem Thema ist die gesamte Gesellschaft gefordert, nicht nur der öffentliche Kulturbetrieb. Geraubte Werke befinden sich längst nicht nur in Museen oder Bibliotheken. Natürlich lassen sich Privateigentümer nicht gegen ihren Willen vor die Beratende Kommission zwingen, aber eine neue gesetzliche Grundlage könnte hier durchaus Abhilfe schaffen.

Die Provenienzforschung und die damit verbundene Restitutionspolitik in den öffentlich geförderten Kultureinrichtungen ist Alltag geworden. Freilich bräuchten wir alle mehr Stellen und auch mehr akademischen Nachwuchs, um schneller zu sein. Die Verankerung der Provenienzforschung in der Lehre ist auf gutem Wege, hat aber noch deutlichen Entwicklungsbedarf. Hinzu kommt, dass viele Provenienzforscherinnen und -forscher lediglich zeitlich befristete Projektstellen innehaben. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, dass wir diese Expertise langfristig für die Kultureinrichtungen durch die Einrichtung von Dauerstellen sichern. Die Aufarbeitung des NS-Unrechts wird uns noch lange beschäftigen.

Hinzu kommt, dass die Forschung vor immer komplexeren Fällen steht. Auch deshalb sind die Nachwuchsfrage und die Sicherung des Wissens so bedeutend. Ging es nach der Washingtoner Konferenz vor allem um sogenannte »Beschlagnahmefälle«, haben wir es jetzt häufig mit immer komplexeren Verkäufen zu tun. Viele Fälle drehen sich um wirtschaftliche Notlagen, dramatische Lebenssituationen, Verkäufe unter Zwang. Wie diese zu bewerten sind, was es vielleicht noch braucht, um die Aufarbeitung neu zu akzentuieren, könnte Thema einer Folgekonferenz sein.

Der Umgang mit NS-Raubkunst zeigt, dass wir Forschung, Rückgaben und Erinnerungskultur miteinander verbinden müssen. Mir liegt vor allem an der Vermittlungsarbeit in den Schulen, die deutlich intensiviert werden muss. Es geht darum, zu zeigen, wie vital und vielfältig jüdisches Leben in Deutschland einst war. Und wie sehr das Kulturland Deutschland davon geprägt war. Was wir tun, ist nicht nur der Weg, Unrecht wieder in Recht zu verwandeln, es ist auch ein Weg, dem Antisemitismus in jeder nur denkbaren Ausprägung zu begegnen. Heute ist das wichtiger denn je.

Hermann Parzinger ist Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz



Fragment des Gemäldes »Lot« (um 1537) von Hans Baldung Grien, wurde 2020 aus der Berliner Gemäldegalerie an die Erben Hans Purmanns restituiert

FOTO: © BPK / GEMÄLDEGALERIE, STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN

fürchten müssen und wir hierzulande offenen, aggressiven Antisemitismus in einem erschreckenden Ausmaß erleben müssen. Zu dieser Verantwortung gehört auch die Auseinandersetzung mit dem NS-Kulturgutraub. Mein Haus und ich wollen die Beratende Kommission deshalb deutlich stärken und effizienter aufstellen – sodass sie dem Geist und den Zielen der Washingtoner Prinzipien besser gerecht wird. Darüber hinaus wollen wir auch Restitutionen von NS-Raubkunst gesetzlich verbessern.

Was wird konkret dafür getan? In Hinblick auf die gesetzlichen Verbesserungen geht es unter anderem um die Frage, inwiefern sich bei NS-Raubgut die Verjährung ausschließen lässt. Ein weiterer Punkt ist die gesetzliche Verankerung eines Auskunftsanspruchs. Zudem wollen wir einen zentralen Gerichtsstand voranbringen. Bei der Beratenden Kommission wollen wir die Änderungen

wenn beide Seiten ihrer Anrufung zustimmen. Das hat zu viel Frust aufseiten der Antragstellerinnen und Antragsteller geführt, der Fall »Madame Soler« in Bayern ist dafür das bekannteste Beispiel. Es ist mir allerdings völlig unverständlich, weshalb die Bayerische Landesregierung hier ein Tätigwerden der Beratenden Kommission weiter blockiert. Dafür könnte Bayern einfach den Weg freimachen, dafür bräuchte es keine Reform und Stärkung der Beratenden Kommission. Von unserer Seite haben wir für alle vom Bund geförderten Kultureinrichtungen die Zustimmung zu einer Anrufung der Kommission schon verpflichtend gemacht.

Zudem soll die Beratende Kommission auch die Möglichkeit haben, sich schon früher mit den jeweiligen Fällen zu befassen – und nicht erst dann, wenn sich die Parteien nicht einigen konnten und sich die Fronten zumeist schon verhärtet haben. Des Weiteren soll die Beratende Kommission selbst

nicht jede Rückgabe öffentlich gemacht wird.

Ein weiterer Erfolg der Washingtoner Prinzipien betrifft die Provenienzforschung. Dieser Bereich wurde in den letzten 25 Jahre finanziell und personell stark ausgebaut und ist mittlerweile zum festen Bestandteil von Museen, Bibliotheken, Archiven und anderen Kultureinrichtungen geworden – nicht zuletzt durch das von meinem Haus finanzierte Deutsche Zentrum Kulturgutverluste.

Aber trotz all dem schon Erreichten sage ich ganz klar: Deutschland hat in dieser Frage noch einen weiten Weg zu gehen. Ich hoffe daher, dass die Länder und Kommunen weiterhin mit uns an einem Strang ziehen und wir uns nächstes Jahr schnell auf konkrete Punkte bei der Reform der Beratenden Kommission verständigen und diese deutlich stärken können.

Claudia Roth ist Staatsministerin für Kultur und Medien

»Restituiert wurde ein Krümel und nicht mehr«

Shelly Kupferberg im Gespräch

Die Journalistin Shelly Kupferberg hat im letzten Jahr ein Buch über ihren Urgroßonkel Dr. Isidor Geller publiziert. Anhand von Familienbriefen, Fotos, Dokumenten und Archivfunden zeichnet sie Isidors Werdegang nach, der durch seinen rasanten gesellschaftlichen Aufstieg aus einem ärmlichen Winkel Galiziens in die obersten Kreise Wiens geprägt ist – aber auch durch Antisemitismus, Verfolgung und Verhaftung nach dem Anschluss Österreichs ans Deutsche Reich. Bei ihren Recherchen zum Buch wird ein Thema zunehmend präsent: der Raub von Kulturgut durch die Nationalsozialisten. Theresa Brüheim spricht mit ihr über ihren Urgroßonkel, ihre Recherchen und sich anschließen- de Fragen der Restitution.

Theresa Brüheim: Frau Kupferberg, in Ihrem Buch »Isidor. Ein jüdisches Leben« schreiben Sie über Ihren Urgroßonkel: »Wenig ist von ihm geblieben. Nur ein großer Silberbesteckkasten samt Inhalt für 24 Personen. (...) Das Besteck ist ein stiller Zeuge des großbürgerlichen Anspruchs eines Mannes, der davon überzeugt war, dass ihm in mitten der guten Wiener Gesellschaft keiner etwas anhaben konnte.« Als Sie herausgefunden haben, dass von Ihrem Onkel nur dieser Besteckkasten geblieben ist, was hat das für Sie bedeutet?

Shelly Kupferberg: Ich fand es sehr bezeichnend, dass ausgerechnet dieser Besteckkasten übrig geblieben ist. Im Übrigen war das reiner Zufall. Denn alle Edelmetalle wurden von den Nazis aus jüdischen Haushalten konfisziert. Und dass dieses Silberbesteck mit auf die Flucht nach Palästina kam, ist der Schläue meiner Urgroßmutter zu verdanken. Die Nazi-Beamten haben die Dinge vorab geschätzt und überprüft, die meine Urgroßeltern mit auf die Flucht nach Palästina nehmen wollten. Am Abend, an dem sich der Nazi-Beamte mit einem Termin angekündigt hatte, hat meine Urgroßmutter ihm zur Begrüßung ein Gläschen Sliwowitz übergeben, das er dankend angenommen hat. Im Laufe des Abends wurde es feuchtfröhlich – zumindest für diesen Nazi-Beamten. So hat er ein Stück weit aus dem Auge verloren, was er prüfen sollte und wurde nachlässig. Kurzum, dieser Besteckkasten hat zum einen diese sehr interessante Geschichte. Und zum anderen ist er symbolisch: Isidor war ein Lebemann und gab gern stadtbekannte Bankette für die feine Wiener Gesellschaft. Jeden Sonntag lud er also die Crème de la Crème ein. Ich bin ziemlich sicher, dass diese Bestecke zum Einsatz kamen. Dieser Besteckkasten steht für die goldenen Zeiten des Onkels, als er in Saus und Braus in seinem wunderschönen Palais mit Kunstschätzen in Wien lebte und sich sehr sicher wähnte. Er dachte sich, inmitten dieser feinen Wiener Gesellschaft könne ihm nichts passieren. Und dieser Besteckkasten erinnert mich genau daran, an diese Haltung.

In einem Interview mit der taz berichten Sie, dass Ihnen im Rahmen der Moderation einer Tagung zu NS-Raubkunst und Provenienzforschung der Gedanke an Ihren Urgroßonkel und somit auch zum Buch kam. War NS-Raubkunst also der ausschlaggebende Anlass, diese Familiengeschichte aufzuarbeiten?

Richtig, vor fünf Jahren habe ich eine internationale Konferenz in Berlin zu diesem Thema moderieren dürfen. Zuvor hatte ich mich nur rudimentär mit dem Thema beschäftigt. Währenddessen fiel mir ein, dass in meiner Familie immer wieder von diesem Urgroßonkel erzählt wurde, der angeblich sehr vermögend war und in einem Palais lebte. Da dachte ich: Dieser Mann, in einem Palais lebend, muss doch auch Kunst besessen haben. Denn ein Palais hat zu diesen Zeiten nicht durch nackte Wände

Israelitischen Kultusgemeinde und an Standesämtern: Er war zweimal verheiratet. Aus diesen Scheidungsunterlagen wiederum konnte ich mehr über sein Leben herausfinden. Denn man musste damals sehr genau rechtfertigen, warum eine Ehe nicht mehr funktioniert. Das waren teilweise sehr intime Informationen. Wiederum im Archiv der Universität Wien fand ich seine kompletten Studienunterlagen. Er hat von 1908 bis 1912 dort studiert. Aus Personalbögen, die Semester für Semester von

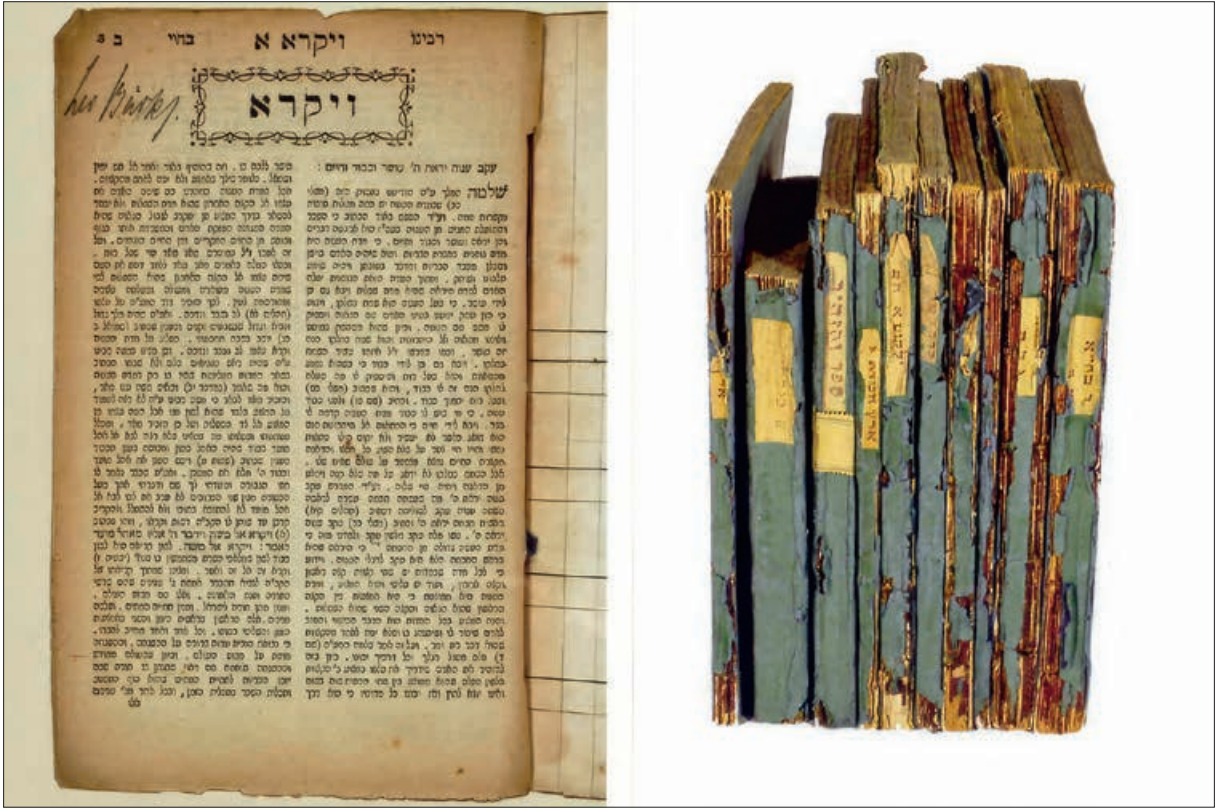


FOTO: © STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN

Durch eigene Provenienzrecherchen konnte die Staatsbibliothek zu Berlin die Herkunft von 17 Büchern und Broschüren klären. Sie wurden 2006 an die Erbin des vormaligen Eigentümers, des Rabbiners Leo Baeck, restituiert

geglänzt. Das brachte mich auf die Idee, eine Anfrage beim Österreichischen Staatsarchiv zu stellen, ob es diesen Mann tatsächlich gab. Ich fand als Erstes seine sogenannte Vermögenserklärung, die jeder Jude, jede Jüdin im Deutschen Reich und im angeschlossenen Österreich zu machen hatte. Hier musste der komplette Besitz aufgelistet werden. Schnell war klar, da gab es Kunst. Und ich fragte mich, was ist mit dieser Kunst passiert? Denn bei der Konferenz erfuhr ich, dass die Nazis ungefähr eine halbe Million Kunstwerke raubten. Davon ist nur ein Krümelchen gefunden worden, geschweige denn restituiert. So ging meine Spurensuche los.

Wie sind Sie weiter bei der Recherche vorgegangen? Später im Buch berichten Sie, dass Sie in den Archiven – zumindest auf dem Papier – nicht nur auf Kunst, sondern auch auf eine ausufernde Bibliothek, kostbares Interieur, Wertsachen, zahlreiche von den Nazis gestohlene Dinge gestoßen sind. Anhand der Vermögenserklärung wusste ich also, was er alles besaß. Es war ein riesiger Stapel Schriftsätze vom Österreichischen Staatsarchiv – bis zum letzten Mokkalöffel wurde alles aufgelistet. Aber was macht man dann? Ich habe in zahlreichen Archiven geschaut, wo er noch eine Spur hinterlassen haben könnte. Da eignen sich Zivilbehörden, also Geburts- und Sterbeurkunden, Heiratsurkunden. Er war angeblich unverheiratet. Aber das stimmt nicht. Ich fand in seinem Nachlass einen Ehering aufgelistet. Natürlich kann man einen Ehering erben oder für gesellschaftliche Anlässe erwerben. Aber ich habe weiter recherchiert – unter anderem in der

den Studierenden ausgefüllt werden mussten, ging auch seine schulische Karriere hervor. Er hat z. B. die Matura am polnischen Gymnasium in Kolomea absolviert. Mit diesen Informationen wiederum konnte ich an den Archiven im heutigen Polen oder in der Ukraine vor Ort anklopfen. Es war eine detektivische Suche.

Ich wollte den Weg der Dinge nachzeichnen. Diese Suche gleicht der Nadel im Heuhaufen. Zum Glück hatte ich großartige Unterstützung von Provenienzforscherinnen und -forschern sowie Archivarinnen und Archivaren aus Österreich. Die Nazis waren in vielen Dingen sehr gründlich. Paradoxerweise konnte ich nur durch diese Gründlichkeit so viel aus dem Leben von Isidor rekapitulieren. Andererseits wussten sie schon, welche Schweinereien sie begangen, und haben vieles verklausuliert. Wenn es um das Konfiszieren z. B. von Gemälden ging, steht dort lediglich z. B. »Winterlandschaft, Bild, Öl auf Leinwand«. Selten finden sich der Name des Künstlers oder der wahre Titel des Bildes. Das macht die Suche in den Lost-Art-Datenbanken und darüber hinaus so schwer.

Haben Sie etwas von Isidors Besitz wiedergefunden? Ich habe zwei kleine Dinge aus seinem Besitz wiedergefunden. Zum einen ein sehr aufwendig gestaltetes Exlibris. Das hat man sich als eine Art Visitenkarte für die eigenen Bücher anfertigen lassen. Durch ein besonders schönes, großes, aufwendiges Exlibris – am besten bei einem berühmten Grafiker – konnte man sich exponieren, seinen Status markieren. Und das hat Isidor getan. Das Exlibris befindet sich heute in der Grafischen

Sammlung im Museum für angewandte Kunst in Wien. Ausgehend von diesem Fund dachte ich: Isidor hatte bestimmt eine kostbare Bibliothek. Was ist mit den Büchern, wo könnten die heute sein? Nach langen Recherchen stieß ich auf eine sehr gruselige Bibliothek, die sogenannte Stürmer- und Streicher-Bibliothek in Nürnberg. Das war die Bibliothek des Redaktionsleiters des antisemitischen Hetzblattes »Der Stürmer«, Julius Streicher, der sich aus den Bibliotheken der Länder, in die die Nazis einfielen, einiges zusammenrauben ließ. Die Redaktionsräume samt Bibliothek wurden nach dem Krieg von den Alliierten sicher gestellt und dann von den Amerikanern an die Stadt Nürnberg übergeben. Vor einigen Jahren wurden sie der Israelitischen Kultusgemeinde in

Abgründe. Das ist leider eine so selbstverständlich jüdische Erfahrung, dass die unter Juden gar nicht weiter schockiert. Und das ist auch interessant. Bei einem nicht jüdischen Publikum geht ein kurzes, schockiertes Raunen durch den Raum. Es ist ein »Was?!« oder »Um Gottes willen« zu hören. Aber vor einigen Monaten habe ich in einem explizit jüdischen Rahmen gelesen – da gab es eine andere Reaktion: »Ach ja ...!« – das war die Reaktion des überwiegend älteren Publikums. Es stellte sich raus, dass jeder Zweite eine Geschichte zu erzählen hatte, die ähnlich war. Das ist bitter und menschlich abgründig, aber gleichzeitig noch das Harmloseste der ganzen Verfolgungs- und Vernichtungsgeschichte – denn es geht ja nur um Dinge und nicht um Leben.

Gibt es etwas, was Sie bei den Recherchen überrascht hat? Mir war nicht bewusst, wie viel herrenloses Zeug in den Archiven, Depots und Magazinen unserer Museen schlummert. Zusammengeraubte Dinge, von denen man nicht weiß, wem sie einst gehörten. Das sind Umzugsgüter en masse – ganze Wohnungseinrichtungen, Hausrat, Kunstgewerbe, Kunsthandwerk, auch Kunst selbst. Mit fast allen Museen, mit denen ich auf der Suche nach den Dingen von Isidor im Kontakt war, konnte ich davon Zeugin werden. Es gibt so viele Dinge, die durch diesen enormen Raub der Nazis in Lagern stehen, und keiner weiß, wem sie gehören.

Das stimmt. Aber bei anderen Sachen weiß man, wem sie gehören. Da braucht es einen Mentalitätswandel innerhalb der Museen. Restitution ist manchmal bitter für die Museen, denn es herrscht die Angst vor, dass eine Sammlung »beschädigt« wird. Aber es gibt tausend Lösungen. Die meisten Familien haben ein großes Interesse daran, dass Kunstwerke und andere wirklich wertvolle Dinge gut in Museen aufbewahrt werden. Und wenn etwas im Museum verbleibt, müssen die Museen das als Möglichkeit sehen, eine Geschichte des Objekts zu zeigen und Weltgeschichte somit aus anderer Perspektive zu erzählen. Ich höre immer wieder, dass sich Museen sträuben, sich dem zu stellen. Aber wir haben keine andere Chance, als diese Geschichte aufzuarbeiten. Und wir haben letztlich keine Aktien mehr da drin. Die Verwicklungen, die gab es vielleicht bei der großelterlichen Generation. Inzwischen ist es manchmal sogar die urgroßelterliche Generation. So what?! Wir haben nicht die Schuld. Aber wir haben eine Verantwortung als Nachgeborene und die Möglichkeit, diese Geschichten zu erzählen. Das Wenigste, was wir machen können, ist, ein Fünkchen Gerechtigkeit zu üben. Es geht »nur« um unsere Museen. Es geht hier nicht um Menschenleben. Der Reichtum der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg beruht zu einem Großteil auf dem, was geraubt und erbeutet worden ist. Und nach dem Krieg waren die Eliten größtenteils die gleichen wie während des Krieges. Sie blieben es trotz Zerschlagung, trotz Alliiierter, trotz Verträge, trotz Restitution. Restituiert wurde ein Krümel und nicht mehr. Und das ist ein Zustand, der schwer auszuhalten ist. Auch wenn es nur um Material und nicht um Menschenleben geht. Aber das ist das Mindeste, was man sich wünschen würde, dass es eine Offenheit diesem Thema gegenüber gibt.

Vielen Dank.

Shelly Kupferberg ist Journalistin und Moderatorin. 2022 ist ihr Buch »Isidor: Ein jüdisches Leben« bei Diogenes erschienen. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur



Carlo Mense, »Doppelbildnis (Rabbi S. und Tochter)«, Detail, 1925. An die Erben des Rechtsanwaltes Ismar Littmann restituiert. Verbleibt dank einer Schenkung in der Neuen Nationalgalerie in Berlin

Potsdamer Straße 1, Koblenz

Das Bundesamt für
äußere Restititionen
und seine Akten

MICHAEL HOLLMANN

Bereits im Zuge der fortschreitenden Besetzung Deutschlands hatten die US-amerikanischen und britischen Truppen im großen Stil Kulturgüter gesichert, die von militärischen Einheiten und zivilen Stellen des Deutschen Reiches während der deutschen Besatzung in vielen Teilen Europas geraubt und ins Reich verbracht worden waren. Die in mehr als 1.000 Depots aufgefundenen Bilder, Plastiken, Möbel und sonstigen Gegenstände wurden 1945/46 in den Central Collecting Points in München, Wiesbaden, Marburg und Offenbach zusammengeführt. Schon im Frühjahr 1946 begannen die westlichen Alliierten in Zusammenarbeit mit Stellen der betroffenen Länder mit der Restitution der geraubten Kulturgüter. Allein in der Zeit von März 1946 bis April 1949 hatte die US-Militärregierung mehr als eine Million Gegenstände restituiert, davon allein mehr als 377.000 nach Frankreich, 334.000 an die Niederlande und 273.000 an die Sowjetunion.

Dieser Prozess war noch nicht abgeschlossen, als die Westalliierten zum 5. Mai 1955 das Besatzungsregime in dem von ihnen verwalteten Teil Deutschlands beendeten und die Bundesrepublik in die weitgehende Souveränität entließen. Sie verbanden diesen Schritt unter anderem mit der Verpflichtung der Bundesregierung zur Fortführung der Kulturgutrestititionen. Die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 und speziell der Fünfte Teil des »Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag)« sahen die Einrichtung einer Bundesoberbehörde vor,

der gegenüber alle deutschen Gerichte und Behörden zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet sein sollten. Ganz offensichtlich war das Vertrauen der Westmächte in die Restitutionsfreudigkeit der Bundesrepublik nicht sehr groß, angesichts der damals in Deutschland laufenden öffentlichen Debatte um die Restititionen von Raubgut durchaus zu Recht.

Schon im Frühjahr 1946 begannen die westlichen Alliierten in Zusammenarbeit mit Stellen der betroffenen Länder mit der Restitution der geraubten Kulturgüter

Am 8. Juni 1955 gaben das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Finanzen bekannt, das Bundesamt für äußere Restititionen (BAR) als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesfinanzministeriums mit Sitz in Bad Homburg vor der Höhe eingerichtet zu haben. Seine Aufgabe bestand darin, »nach Schmucksachen, Silberwaren und antiken Möbeln sowie nach Kulturgütern zu forschen, sie zu erfassen und zu restituieren, sofern diese Wertgegenstände während der Besetzung eines Gebiets von den Truppen oder Behörden Deutschlands oder seiner Verbündeten oder von deren einzelnen Mitgliedern entfernt worden waren und die weiteren in Artikel 1 des Fünften Teils des Überleitungsvertrags näher beschriebenen Voraussetzungen vorliegen«. Für den Fall, dass eine zu restituierende Sache beschädigt, zerstört oder gestohlen worden war, sollte

auch eine Entschädigung möglich sein. Bis spätestens zum 8. Mai 1956 sollten die Regierungen der betroffenen Länder beim BAR neue Anträge auf die Restitution von Kulturgütern stellen können.

Nachdem der bei Weitem größte Teil der Restititionen bereits vor 1955 erfolgt war, gingen bei dem neuen Bundesamt – so ein Bericht des Auswärtigen Amts an den Bundestag aus dem Jahr 1997 – noch insgesamt 80.092 Anträge ein, von denen allerdings nur 43 (!) positiv beschieden wurden. 3.857 Anträge wurden zurückgezogen und 39.672 als unbegründet abgelehnt. Bei 36.502 Anträgen blieben die Nachforschungen ohne Erfolg, so dass die Verfahren eingestellt werden mussten; ein Ergebnis, das wohl nicht zuletzt dem Umstand geschuldet war, dass das BAR seine Ermittlungen auf das Bundesgebiet beschränken musste.

Widersprüche gegen die Entscheidungen des BAR wurden durch ein besonderes Schiedsgericht verhandelt, das seinen Sitz in Koblenz hatte und dem auch Vertreter der Westmächte angehörten.

Anfang der 1960er Jahre war die Zahl der offenen Anträge bzw. der noch zu fällenden Schiedssprüche so weit zurückgegangen, dass ein Ende der Aufgaben des BAR absehbar schien. Von 1956 bis 1961 hatte das BAR 13 Mitarbeiter beschäftigt, 1962 waren es schon nur noch fünf; und 1966 wurde mitgeteilt, dass der letzte noch verbliebene Mitarbeiter und gleichzeitig Leiter des BAR zum Ende des Jahres in den Ruhestand gehen würde. Schon 1964 hatte das BAR faktisch seine Eigenständigkeit verloren und war der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main angegliedert worden.

Zur Aufhebung des Bundesamtes, die nur im Einvernehmen mit Frankreich, Großbritannien und den USA erfolgen konnte, wollte sich aber in den

folgenden Jahren und sogar Jahrzehnten weder die deutsche noch die alliierte Seite durchringen. Schließlich bestand – und besteht – durchaus die Möglichkeit zur Wiederaufnahme von Restitutionsanträgen für den Fall, dass neue Erkenntnisse neue Ermittlungsschritte rechtfertigen würden. In den regelmäßig geführten multilateralen Gesprächen über die eventuelle Aufhebung des BAR wurde die Entscheidung daher letztlich immer wieder vertagt. Noch im September 1990 vereinbarten die Regierungen der Bundesrepublik und der Westalliierten, dass die Aufhebung der Pariser Verträge durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag keine Auswirkungen auf mögliche Restititionen haben sollte. Auf diese Weise überdauerte das Bundesamt für äußere Restititionen sogar seine ursprüngliche Rechtsgrundlage.

Angesichts stetig zurückgehender Anfragezahlen wurde das BAR zum 1. Januar 1999 der Oberfinanzdirektion Koblenz angegliedert und seine Unterlagen 2001 nach Koblenz verlagert. Nunmehr hatte das BAR, das faktisch schon länger kein eigenes Personal mehr beschäftigte, sondern dessen Restaufgaben von Mitarbeitern der Oberfinanzbehörde erledigt wurden, seinen Sitz im Kurfürstlichen Schloss zu Koblenz.

Im Verlauf der 2010er Jahre verlagerten sich die Anfragen an das BAR inhaltlich immer mehr von der Restitution geraubter Kulturgüter auf Fragen der Restitutions- und Provenienzforschung. Folgerichtig vereinbarten daher 2019 auch das Bundesfinanzministerium und die Beauftragte für Kultur und Medien den Übergang des BAR in den Geschäftsbereich der BKM. Gleichzeitig wurden die schon seit mehr als 20 Jahren laufenden Gespräche zwischen dem BAR und dem Bundesarchiv über eine Archivierung der Unterlagen des BAR nun konkret. In den Jahren 2022 und 2023 gelangten die Unterlagen des BAR als Archivgut

des Bundes in das Bundesarchiv und bilden dort den Bestand B 401. Damit stehen die 738 Akten und 88 Mikrofilme der Allgemeinheit unter den Bedingungen des Bundesarchivgesetzes zur Verfügung und sind über die Suchmaschine invenio des Bundesarchivs online recherchierbar. Die Unterlagen des BAR fügen sich als wichtige Bereiche ein in eine umfangreiche Überlieferung zur »Wiedergutmachung« als einem der zentralen Themenfelder zur deutschen Nachkriegsgeschichte.

Soweit noch Aufgaben in Angelegenheiten der Kulturgutrestitution bestehen, werden entsprechende Anfragen durch das Bundesarchiv an die Behörde der BKM weitergeleitet. Alle wissenschaftlichen Benutzungen und Anfragen werden ganz regulär durch das Bundesarchiv betreut. Ob angesichts der auch heute noch intensiv geführten Diskussionen über den Umgang mit geraubten Kulturgütern die Aufhebung des BAR in näherer Zeit auf der Tagesordnung steht, ist eine hochsensible und politisch zu beantwortende Frage. Die Akten allerdings sind schon sicher an ihrem endgültigen Bestimmungsort angekommen. Die Adresse dieses Ortes lautet: Bundesarchiv, Potsdamer Straße 1, 56075 Koblenz.

Michael Hollmann ist Präsident
des Bundesarchivs

MEHR DAZU

Weiteres rund um den Umgang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut lesen Sie im beiliegenden Dossier zur »Stiftung Preußischer Kulturbesitz« und in der Ausgabe 5/14 von Politik & Kultur mit dem Schwerpunkt »NS-Raubgut: Der »Fall Gurlitt« und seine Folgen«: politik.kultur.de/archiv/ausgaben/nr-5-14



»Die Restitution jüdischen Vermögens hat nie richtig stattgefunden«

Daniel Sheffer im Gespräch

Daniel Sheffer setzt sich mit anderen für die Neuerrichtung der von den Nazis vernichteten zentralen Hamburger Synagoge ein. Mit Ludwig Greven spricht er über verschüttete jüdische Identitäten, erneute Arisierungen in der Nachkriegszeit und darüber, warum er eine wiedergefundene Thorakrone der Synagoge kaufen musste.

Ludwig Greven: Herr Sheffer, seit den israel- und judenfeindlichen Demonstrationen und Vorfällen nach dem Massaker der Hamas fragen sich viele Jüdinnen und Juden verstärkt, ob noch Platz für jüdisches Leben in Deutschland ist. Haben Sie in den vergangenen Wochen mal an Ihrem Vorhaben gezweifelt, die 1938 in der Reichspogromnacht zerstörte Hamburger Bornplatzsynagoge wieder zu errichten?

Daniel Sheffer: Nein, zu keinem Zeitpunkt. Die Hamburger Bürgerschaft hat Ende September auf unser Drängen einstimmig beschlossen, den Platz der Synagoge 85 Jahre nach seiner Arisierung endlich an die jüdische Gemeinde zurückzugeben. Ein Sieg der Gerechtigkeit jüdischen Lebens über die Barbarei der Nazis. Das ist für mich vorrangig. Infrage steht jetzt allerdings unser Ziel, dass wir keinen Zaun um die Synagoge haben wollten. Dass sie frei stehen kann und nicht geschützt werden muss wie jedes andere Gebäude in Deutschland, das jüdisches Leben beherbergt. Daran allein kann man ermessen, wie sich die Sicherheit jüdischen Lebens durch den Angriff der Hamas und alles, was seitdem passiert ist, verändert hat.

Weshalb hat es mehr als 80 Jahre gedauert, dass die Stadt Hamburg das damals enteignete Gelände der Synagoge zurückgegeben hat? Weshalb ist das nicht gleich nach der Befreiung geschehen?

Es gab auch vor uns immer wieder Gemeindeverantwortliche, die den Wunsch geäußert haben, dass man dieses Areal wie auch andere geraubte Grundstücke und Gebäude der Gemeinde restituiert. Das ist aber bis zu unserer Initiative weitestgehend ohne Gehör geblieben. Warum – da müssen Sie andere fragen. Die Verantwortung dafür trägt die nicht jüdische Gesellschaft. Ein weiteres Beispiel ist der frühere Tempel in der Oberstraße, heute das Liebermann-Studio des NDR. Das war die größte Synagoge für das liberale Judentum in Europa, ein Herzstück. Wenn Sie heute in den USA irgendwo in eine Reformsynagoge gehen, beziehen die sich immer noch auf diese Synagoge. Auch da gab und gibt es immer wieder Gespräche über eine Restitution, aber ohne Erfolg. Mit der Bornplatzsynagoge ist jedoch ein Umdenken eingetreten. Das macht Mut. Die, die jetzt in der Bürgerschaft und im Senat sitzen, haben anders entschieden als ihre Vorgänger und gesagt, wir sind andere Deutsche, die es nicht ein zweites Mal arisieren; das ist ein Stück jüdischer Identität, das gehört der jüdischen Gemeinde. An anderen Orten steht das noch aus.

Vor einiger Zeit ist eine Thorakrone der Synagoge wieder aufgetaucht. Wie kam es dazu? Unser Rabbiner rief mich im Sommer 2020 ganz aufgeregt an. Ein Antiquitätenhändler in der Hamburger Innenstadt hatte sich gemeldet und gesagt, er habe einiges, von dem er

glaube, dass es jüdischer Besitz sei und womöglich früher in Synagogen verwendet wurde. Wegen Corona wolle er sein Lager auflösen und uns einen Gegenstand zum Kauf anbieten. Als wir zu ihm kamen, gab er uns eine Hutschachtel. Daraus kramten wir einen Gegenstand hervor, den wir sofort als Krone identifizierten, mit der man in wohlhabenden Synagogengemeinden häufig Thorarollen verziert, um zu zeigen, wie wertvoll die Heilige Schrift ist. Auf Hebräisch konnten wir auf ihr eine Widmung für Markus Abraham Hirsch lesen, von 1906 bis 1909 erster Rabbiner der Synagoge. Uns war sofort klar, dass wir damit den einzigen stummen Zeugen der Reichspogromnacht in Händen hielten. Ein wichtiges Stück jüdischer Identität nach über 80 Jahren. Der Händler wollte dafür Geld haben, schließlich hatte er sie selbst irgendwann erworben. Mir widerstrebte jedoch alles, dafür noch etwas zu bezahlen, was unseren Vorfahren geraubt worden ist. Die Shoah war ja nicht nur der größte Massenmord, sondern auch der größte Raubzug in der Geschichte der Menschheit.

Warum haben Sie die Thorakrone dennoch gekauft?

Ich hätte jeden Preis dafür gezahlt. Uns Jüdinnen und Juden ist ja nicht viel unserer Identität geblieben. Wir kennen zum Teil nicht einmal unsere Stammbäume. Man hat unseren Vorfahren alles genommen, Archive wurden zerstört. Dass wir mit der Thorakrone wieder ein Stück unserer Vergangenheit vor Augen hatten, hat unendliche Bedeutung für mich. Ich habe sie sofort erworben und der Gemeinde gespendet.

Hat der Händler Ihnen gesagt, wie er in den Besitz der Thorakrone gekommen ist?

Das wenige, was wir ihm entlocken konnten, war, dass sie im Keller eines Juwelierhauses bei Aufräumarbeiten entdeckt wurde und dieser Juwelier sie nicht an die jüdische Gemeinde zurückgeben wollte. Über ein oder zwei Händler sei sie dann bei ihm gelandet. Das heißt, sie war über 80 Jahren vor unseren Augen verborgen in unserer Stadt.

Haben Sie nicht daran gedacht, auf Rückgabe zu klagen, statt sie zurückzukaufen?

Ich habe mich bei einer Beratungsstelle für solche Fragen erkundigt. Aber die Zeit für ein langwieriges juristisches Verfahren war nicht da. Es bestand die Gefahr, dass der Händler sie inzwischen jemand anderem verkauft hätte und dieses Zeugnis jüdischen Lebens endgültig verloren wäre. Das war das Einzige, was für mich in dem Moment zählte. Der Fund der Thorakrone war für mich aber auch ein Weckruf. Mir wurde klar, dass die Restitution jüdischen Vermögens gar nicht richtig stattgefunden hat. Wie lächerlich der Hamburger Senat über all die Jahre in Sachen Bornplatzsynagoge vorgegangen ist und uns Juden im Grunde ein zweites Mal enteignet hat. Das hat mich unheimlich wütend gemacht und enttäuscht. Derselbe Nazi, der 1938 angeordnet hat, die Synagoge anzu stecken und zu schänden, und der danach die jüdische Gemeinde auch noch zwang, die Ruine auf ihre Kosten abzureißen, weil sie nun ein Schandfleck für die Stadt sei, hat 1953 Vergleichsvereinbarungen mit jüdischen Organisationen unterschrieben, die Anspruch auf enteignetes Vermögen auch von Ermordeten stellten. Dadurch wurde



Die SPK restituierte 2012 vier Werke an die Erben von Curt Glaser, darunter Edvard Munchs »Mädchen am Strand«

auch das Gelände der früheren Synagoge auf die Stadt überschrieben – eine zweite Arisierung im Namen der Bundesrepublik. Als ich das erfuhr, war ich so entrüstet, dass ich mir sagte: So, nun starten wir eine Initiative zur Wiedererrichtung der Synagoge. Und wir fragen die Bevölkerung: Wollt ihr jüdisches Leben mitten in eurer Stadt sichtbar und erlebbar haben? Denn es hat ja keinen Sinn, jüdisches Leben wieder zu verankern, wenn es nicht willkommen ist.

Wie wurde die Initiative aufgenommen?

Von der jüdischen Gemeinde wurde sie anfangs nicht nur positiv gesehen. Sie fragten mich: Daniel, was tun wir denn, wenn nur 5.000 Leute dafür sind? Wie viele Leute braucht es, dass wir uns sicher und bestätigt fühlen? Und wenn wir nicht genügend Unterstützung bekommen, heißt das nicht im Umkehrschluss, wir sind nicht willkommen? Ich habe ihnen gesagt: Wir müssen den Mut aufbringen, diese Frage zu stellen. Diese Frage ist jetzt noch viel dringender: Deutschland im Jahr 2023 – wollt ihr jüdisches Leben in eurer Mitte? Seid ihr andere Deutsche?

Und wie war die Antwort vor drei Jahren?

Mehr als 100.000 Hamburger Bürger haben sich für den Wiederaufbau der Synagoge ausgesprochen. Daraufhin hat sich auch die Bürgerschaft hinter das Projekt gestellt.

Sind außer der Thorakrone noch andere Gegenstände der Synagoge aufgetaucht?

Nachdem darüber breit berichtet wurde, ist uns die Information zugegangen, dass in New York in einem Museum eine ihrer fünf Thorarollen sein soll. Da sind wir im Moment in Gesprächen und Prüfungen. Die sind schwierig. Denn die Heilige Schrift ist

immer gleich. Da steht nicht drauf, welcher Gemeinde sie gehört. Allein anhand von Verzierungen kann man sie identifizieren, z. B. einen Samtmantel. Aber den wird es nach so langer Zeit nicht mehr geben. Vielleicht kann man an der Schriftart erkennen, wer der Thoraschreiber war. Dafür braucht man Experten. Es haben sich aber auch Leute gemeldet, deren Großeltern in der Synagoge gebetet oder ihre Bar-Mizwa gefeiert haben, und uns Fotos geschickt. Es ist eine schöne Bewegung auch internationalen Interesses an der Synagoge entstanden.

Im Moment gibt es Probegrabungen auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge. Was ist dabei bisher entdeckt worden?

Schon nach 30 Zentimetern hat man die ersten Artefakte gefunden und die erste Berührung mit der Synagoge gehabt. Das gesamte Bodenfundament ist sichtbar, Fensterrahmen, intakte Fliesen, Kapitele, unzählige farbige Scherben der Fensterscheiben. Die Mikwe ist fast komplett noch da. Die Nazis haben zum Glück die Synagoge nicht entkernt, sondern mit den Resten den Keller zugeschüttet. Dadurch ist vieles erhalten geblieben. Das hätte man aber schon längst wieder freilegen können. Erst durch unsere Initiative kommt es jetzt ans Tageslicht: das jüdische Erbe und die jüdische Identität Hamburgs.

In welcher Form soll die Synagoge wiedererrichtet werden? So wie sie 1938 war?

Die jüdische Gemeinde ist heute eine andere als damals. Dem muss das Gebäude Rechnung tragen. Wir wollen Räume schaffen sowohl für das liberale als auch das traditionelle Judentum. Weltweit gibt es nur wenige Orte, wo beide Richtungen zusammenkommen. Wir wollen, weil das jüdische Leben

heute sehr vielfältig ist, aber auch, weil wir nicht so viele sind, für jede Strömung tragfähige Strukturen schaffen. Das Gebäude muss jedoch auch die Geschichte der Synagoge widerspiegeln. Es kann nicht losgelöst von den Ereignissen zwischen 1938 und 1945 funktionieren, auch nicht von der Nachkriegsgeschichte. Dem Nichtwissen-Wollen, dem Zudecken, dem Verdecken jüdischen Lebens und jüdischer Identität. Das muss das Gebäude architektonisch wiedergeben. Äußerlich werden wir uns an der alten Form orientieren. Viele Behördenvertreter und Kunsthistoriker begreifen das nicht, sie wollen uns vorschreiben, wie sie auszusehen hat. Das ist schon deshalb unsinnig, weil wir ja als Gemeinde die Synagoge wieder zum Leben erwecken. Sie wurde unseren Vorfahren zerstört. Also sollten wir auch das Recht haben, zu entscheiden, wie der Neubau aussieht. Es ist aber auch falsch, weil es unsere Identitäten und Biografien sind, die gekappt wurden. Meinem Vater, der als Einziger aus seiner Familie überlebt hat, blieben nur eine Handvoll Gegenstände. Das ist die einzige Verbindung zu unseren ermordeten Vorfahren. Deshalb hat es für uns zentrale Bedeutung, das Gebäude, durch das schon unsere Vorfahren gegangen sind, das sie errichtet haben und das ein stolzer Bestandteil dieser Stadt war, so authentisch wie möglich zu rekonstruieren, weil es uns mit der Vergangenheit vor der Nazizeit und der Shoah verbindet. Auch wenn innendrin alles anders wird. Ein Teil wird für alle zugänglich sein, mit einem Café und einer Buchhandlung, damit das Judentum für alle erlebbar wird.

Vielen Dank.

Daniel Sheffer ist Vorsitzender der Stiftung Bornplatzsynagoge. Ludwig Greven ist freier Journalist und Autor

FOTO: © BPK, KUPFERSTICHKABINETT, SMB / JÖRG P. ANDERS

Eine lückenlose Rückverfolgung ist selten möglich

Kunsthandel und Provenienzforschung

CHRISTINA BERKING

Is zu den Washingtoner Prinzipien von 1998 hielt man die Restitution von NS-Raubkunst durch die Wiedergutmachungsverfahren nach dem Krieg für abgeschlossen. Über Jahrzehnte erwarben Käufer gutgläubig Eigentum und können heute ohne Entschädigung nicht zur Aufgabe ihres Eigentums gezwungen werden. So bleibt die Restitution von privat rechtlich betrachtet meist freiwillig. Tatsächlich ist aber die moralische Bereitschaft, eine Lösung mit den heutigen Erben zu finden, groß.

Seit 2016 ist der Kunsthandel gesetzlich zur Provenienzforschung verpflichtet, bei dem Verdacht eines Entzuges sogar über die Grenze der Wirtschaftlichkeit hinaus. Die großen Auktionshäuser beschäftigen inzwischen bis zu vier Provenienzforscherinnen und -forscher. Deren Aufgabenkreis dehnt sich kontinuierlich aus. Was vor zehn Jahren noch nicht zu restituieren war, ist es heute. Aus Rechtssicherheitsgründen müsste der Raubkunstbegriff dringend definiert werden.

Nach einer inoffiziellen Umfrage werden aus dem deutschen Kunsthandel jährlich circa 25 Kunstwerke einer gerechten und fairen Lösung zugeführt. Zum Vergleich: Die Beratende Kommission hat in den 20 Jahren ihres Bestehens 23 Fälle geklärt. Was der Kunsthandel leistet, ist enorm. Er erforscht die Provenienzen, überzeugt die Verkäufer von der Notwendigkeit einer Einigung und vermittelt diese. Die professionelle Mittlerfunktion des Handels trägt sehr zum Finden einer Einigung bei, denn die heutigen Eigentümer sind regelmäßig mit dem Thema Restitution noch nicht in Berührung gekommen. In 64 Prozent der Fälle waren die Werke noch nicht einmal in der Lost-Art-Datenbank eingetragen. Neben

einer Provenienzrecherche hat der Handel in diesen Fällen auch die Erben recherchiert und sie überhaupt von ihrem Verlust in Kenntnis gesetzt.

Anders als bei den großen spektakulären Fällen aus den Museen passiert dies im Verborgenen. Werke von Museumsrang sind im Kunsthandel selten. Gerade die Provenienz geringwertiger Werke ist schlecht dokumentiert, was die Forschung besonders aufwendig und für den Handel oft unwirtschaftlich werden lässt. Hier müsste ein Schwellenwert eingeführt werden, ab dem der Handel zur vertieften Provenienzprüfung ohne Ansehung des Aufwandes verpflichtet ist. Insbesondere die kleineren Akteure des Handels sind ansonsten personell und finanziell überfordert. Die Ertragslage des durchschnittlichen Handels wird leider oft überschätzt.

In den seltensten Fällen lassen sich die Provenienzen bis 1933 lückenlos zurückverfolgen. Neben den Akten der Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverfahren und anderer Behörden sind die Archive des Kunsthandels eine wichtige Quelle für die Forschung. Dank der Öffentlichkeit von Auktionen lassen sich dort historische Verkäufe nachvollziehen. Die meisten Auktionshäuser und Händler, die bis 1945 aktiv waren, existieren jedoch nicht mehr, oder ihre Kunsthandelsarchive sind aufgrund von Kriegsverlusten nicht mehr vorhanden. Bei dem, was noch greifbar ist, geben sich die Häuser gegenseitig Auskunft. Eine ganze Reihe an Archiven hat der Kunsthandel an Institutionen gegeben, die sie digitalisieren: Auktionshaus Weinmüller, Kunsthandlung Julius Böhler, Hauswedell & Nolte, Abels, Galerie Heinemann, Karl & Faber. Je nachdem, welche Institution diese Bestände übernimmt, kann die Zugänglichkeit für die Forschung jedoch auch erschwert statt erleichtert werden. Lässt sich der Sachverhalt, wie meist, nicht

lückenlos klären, kommt es auf die Beweislast an. Die liegt grundsätzlich bei der Partei, die die Tatsache behauptet. Bei Raubkunstverdacht greifen aber in entscheidenden Punkten Vermutungsregelungen bis hin zu einer Beweislastumkehr. Dies erfolgt in Anlehnung an die Grundsätze des Wiedergutmachungsrechts der Nachkriegszeit. Damals ergab es Sinn, dass nicht diejenigen, die ohne Unterlagen geflohen oder deren Verwandte umgebracht worden waren, Nachweise vorlegen mussten, sondern diejenigen, die geblieben waren. 85 Jahre und mehrfache Besitzerwechsel später haben aber die heutigen Besitzer keine Kenntnis mehr von den damaligen Vorgängen. In dieser Form ist die Beweislastverteilung heute nicht mehr angemessen.

Eine zentrale Rolle spielt die Lost-Art-Datenbank. Sie enthält Such- und Fundmeldungen. Was dort gelistet ist, ist faktisch unverkäuflich. Bisher hat das Deutsche Zentrum für Kulturgutverluste (DZK), das die Datenbank betreibt, die Verantwortung für die Meldungen weitgehend abgelehnt. Lediglich auf Plausibilität werden sie überprüft. Eingetragen wird alles, bei dem ein Entzug nicht ausgeschlossen werden kann. Es ist dann an den heutigen Eigentümern, ihre Werke zu entlasten.

Das muss sich nun ändern. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat im Sommer entschieden, dass das DZK für den Inhalt der Meldungen die Verantwortung trägt. Es ist, so der BGH, Sache des DZK zu entscheiden, ob eine Meldung veröffentlicht und wann sie wieder gelöscht wird. Auch muss das DZK nach dem BGH die Einträge fortlaufend überprüfen. Infolge dieses Urteils muss nun die Lost-Art-Datenbank neu durchdacht werden, es müssen die Grundsätze zur Eintragung und Löschung von Meldungen überarbeitet werden und vor allem müssen im DZK weitere Stellen zur Überprüfung der alten und neuen Meldungen geschaffen werden.

Eine zentrale Rolle spielt die Lost-Art-Datenbank. Sie enthält Such- und Fundmeldungen. Was dort gelistet ist, ist faktisch unverkäuflich

Eine Trennung der Datenbank in NS-Raubkunst (ca. 40.000 Suchmeldungen) und kriegsbedingte Verluste (ca. 82.000 Suchmeldungen) könnte Sinn ergeben. Überprüft würde dann zunächst die NS-Raubkunst. Dabei muss das DZK die Melder besser begleiten, damit die Meldungen konkreter gefasst werden können. So gäbe es auch zu jeder Meldung einen Ansprechpartner im DZK, der für eine Fachdiskussion greifbar ist. Die Melder sollten verpflichtet werden, der Datenbank alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die sie in Händen halten. Hier muss diskutiert werden, was für eine Meldung genügt und welche Konsequenzen aus einer mangelnden Beweislage gezogen werden. Sollte das Ampelsystem von »belastet« über »verdächtig« bis hin zu »gelöst« in der Lost-Art-Datenbank weiter ausgebaut und sichtbarer werden? Wie weit zurück darf ein Eigentumsnachweis reichen? Muss der Melder konkrete Anhaltspunkte für einen Entzugsverdacht vortragen? Ein Dauerproblem ist auch die Identifizierbarkeit von Werken. Je besser die Recherchemöglichkeiten sind, umso schneller kann die Provenienz recherchiert und eine Lösung gefunden werden. Zeit ist für den Handel ein wesentlicher Aspekt, denn ihm sind die Werke oft nur für wenige Monate vom Verkaufswilligen überlassen. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zur Provenienzforschung bei Museen.

Beim Finden gerechter und fairer Lösungen müssen wir auf beiden Seiten für Verständnis sorgen, weil sich der Sachverhalt selten lückenlos klären lässt. Der Handel ist sich seiner Rolle als Mittler bewusst und geht verantwortungsvoll damit um.

Christina Berking ist Rechtsanwältin bei BUSE Rechtsanwälte und vertritt die Interessengemeinschaft Deutscher Kunsthandel



Die Stiftung Preussischer Kulturbesitz hat sechs Bücher aus dem Bestand der Staatsbibliothek zu Berlin an die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern K.d.ö.R. restituiert. Sie stammen aus der ehemaligen Cossmann-Werner-Bibliothek der Kultusgemeinde

FOTO: © STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN / THOMAS ROSE



FOTO: © STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN / ANTJE VOIGT

Hans Multscher Umkreis, »Drei Engel mit dem Christuskind«, Relief, Lindenholz – 2018 an die Erben von Ernst und Agathe Saulmann restituiert und im Anschluss für die Sammlng im Bode-Museum zurückerworben

Bücherschicksale

Der Beitrag des Antiquariatshandels bei der Identifikation und Restitution

MARKUS BRANDIS

Bücher – Erkenntnisse, Weisheiten, Geistesblitze gegossen in Textform: Seit Jahrhunderten geben sie das Wissen von Generation zu Generation weiter, sie verantworten die Überlieferung und damit die geistige Entwicklung, und sie schreiben die Geschichte der Menschheit fort. Hergestellt auf Papyrus, Pergament oder Papier, handgeschrieben und ab 1450 seit Johannes Gutenberg gedruckt, gehören sie noch immer zu den persistenten Quellen unseres Daseins als Homo historicus, politicus und oeconomicus. Als dreidimensionales Objekt sind sie jedoch auch Sammlerstücke, hybride Charaktere, deren Wesen zwischen Medium und Artefakt oszillieren. Schon auf den Foren der Antike, den mittelalterlichen Buchmärkten und Messen bis zu den heutigen Antiquariaten und Auktionshäusern wurden Bücher gehandelt. Sie wandern von einer Hand in die andere – und nicht selten hinterlässt dabei jeder einzelne Besitzer sein Erinnerungszeichen. Bücher wurden aber auch geraubt und verbrannt, ihre Besitzer enteignet und Sammlungen aufgelöst, wie es in den zwölf Jahren des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges geschah, dessen Folge neben der Vernichtung menschlichen Lebens nicht nur »displaced persons«, sondern auch »displaced art« und »displaced books« waren.

So ist es nunmehr überaus zu begrüßen, dass seit der Washingtoner Erklärung vom 3. Dezember 1998 endlich Prozesse in Gang gekommen sind, die bei Provenienzrecherchen nicht nur in öffentlichen Institutionen, sondern auch im Handel Wege und Schicksale der Bücher klären. Mit dem »Code of Usages and Customs« sieht sich die »International League of Antiquarian Booksellers« (ILAB), unser Dachverband mit 1.600 Mitgliedern, der Washingtoner Erklärung verpflichtet.

Neben dem auf Eigeninitiative von Händlern und Versicherungen 1990 in London gegründeten »Art-Loss-Register« betreibt die ILAB schon seit Jahren

eine zentrale Datenbank speziell für gestohlene Bücher, die 2021 als »Missing Books Register« ausgebaut und weiter professionalisiert wurde, um zum Detektieren und der Rückführung gestohlener Materialien beizutragen. Zusammen mit der staatlichen Lost-Art-Datenbank des Deutschen Zentrums vor Kulturgutverluste (DZK) bilden die beiden Datenbanken eine Trias, die uns allen zur Verfügung steht. Essenziell sind dabei exakte Objektbeschreibungen und Fotos, bibliografische Angaben und Zustandsberichte. Denn nur diese erlauben eine eindeutige Identifikation, die bei seriell gedruckten Büchern unabdingbar ist. Eine reine Nennung von Titel und Autor, Ort und Jahr genügt nicht, um Drucke zu identifizieren, die schon seit dem 15. Jahrhundert in Auflagen von 200 bis mehreren Tausend Exemplaren gedruckt wurden.

Die Expertise der Antiquare an historischem Wissen, Objektkennntnis, Materialkunde und haptischem Gespür – etwa bei ausradierten, überfaserten oder tektierten Stempeln – bildet eine wertvolle Ressource im Erkennen und Zuordnen von Provenienzen: Der Handel als Kompetenzcluster, das sich meist a priori der Provenienzforschung in den Dienst stellt, da zweifelhafte Bücher unklarer Herkunft praktisch nicht mehr verkäuflich sind. Bedauerlicherweise führt die Auslegung der Washingtoner Erklärung jedoch auch immer wieder zu Missdeutungen. Wenn nämlich Buchtitel bei Lost Art gemeldet werden, ohne diese mit eindeutigen Merkmalen zu versehen, oder wenn Werke eingestellt werden, »bei denen der NS-verfolungsbedingte Entzug nicht ausgeschlossen werden kann«. Damit werden vor allem serielle Objekte unter Generalverdacht gestellt, pauschal vorverurteilt und damit für den legalen Handel unmöglich gemacht. Aber: Fast ausschließlich durch den Handel werden Objekte überhaupt erst zu bewahrenswerten Sammlungsstücken, werden aus Massen von Büchern die wenigen seltenen, wertvollen Titel aufgespürt und ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Und nur durch eine Evaluation entsteht neben dem ideellen auch ein messbarer monetärer Wert, der das Objekt attraktiv macht für eine Kollektion, aber auch für den Kulturgutschutz einer Nation. Es ist dieser Wert, der letztlich vor der

Vernichtung des Kulturgutes schützt. Wo es keinen gesunden Handel gibt, gehen Kulturgüter verloren oder werden zerstört. Historische Elfenbeinartefakte etwa sind infolge der Gesetzesverschärfungen kaum noch handelbar. Ein Spazierstock mit Knauf oder ein Gebetbuch mit Elfenbeindeckeln aus dem 19. Jahrhundert wird dann eher vererbt, entsorgt oder vernichtet werden.

Schützenswertes Kulturgut misst sich eben auch an der Höhe eines Geldbetrags. Ein wertvolles Buch aus einer bedeutenden jüdischen Bibliothek, die 1934 von den Nationalsozialisten enteignet wurde, hat in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach den Eigentümer gewechselt, wurde mit Reichsmark, dann mit D-Mark, dann mit Euro bezahlt, bis es schließlich von einem Sammler gutgläubig erworben wurde und in eine Privatbibliothek kam. Erst dann wurde seine Provenienz aufgedeckt. Das Buch sollte an die Erben restituiert werden, das steht außer Frage. Auf der anderen Seite wird Privateigentum durch das Grundgesetz geschützt. Nach zehn Jahren gilt Besitz als »ersessen« und damit als Eigentum. Hier schließt sich der Antiquariatshandel der Forderung nach einem staatlichen Entschädigungsfonds an. Wenn der deutsche Staat als Nachfolger des Deutschen Reiches viele Millionen für die Erforschung der Provenienzen NS-bedingten Raubgutes vorsieht, warum werden dann nicht Gelder für eine saubere Restitution und die entsprechende Entschädigung des Privateigentums bereitgestellt? Damit könnten Restitutionen im privaten Bereich erleichtert werden und dem jetzigen Besitzer der Betrag erstattet werden, den er einst für das Buch bezahlte. Denn enteignet kann und sollte man ihn nicht. Während der Handel aufgerufen ist, seiner Sorgfaltspflicht nachzukommen, indem er Provenienzen auf eigene Kosten erforscht und oftmals Restitutionen im gegenseitigen Einverständnis vermittelt, bleibt die staatliche Wiedergutmachung weiterhin ein unerfüllter Wunsch – und damit die einzige Möglichkeit, das Dilemma der Kunst- und Buchschicksale zu lösen: Habent sua fata libelli!

Markus Brandis ist Vorsitzender des Verbandes deutscher Antiquare (VDA)

Nicht selten führen lesbare Spuren ins Leere

Das Zentralantiquariat der DDR und der Handel mit NS-Raubgut

IRIS SCHULTZ

Das Zentralantiquariat der DDR war während seines 30-jährigen Bestehens ein großer Player im europäischen Antiquariatshandel und dabei auch Akteur im Handel mit NS-Raubgut. Das Zentralantiquariat der DDR (ZA) wurde 1959 in Leipzig als Teil des Außenhandelsbetriebs Deutsche Buch-Export und -Import GmbH gegründet und unterstand zunächst dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel. 1963 wechselte die Zuständigkeit: Das ZA wurde der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel des Ministeriums für Kultur der DDR unterstellt, blieb aber weiterhin auch dem Außenhandelsbetrieb verpflichtet. Die Gründung des ZA erfolgte offiziell zu Verwaltung, Bearbeitung und Verkauf antiquarischer wissenschaftlicher Literatur. Inoffiziell diente die Etablierung eines staatlich gelenkten Antiquariats auch der Steuerung des Exports in den Westen und somit der Beschaffung von Devisen. Ab 1964 entstand eine Reprint-Abteilung, deren Produkte weitere lukrative Export- und Tauschgeschäfte ermöglichten.

Das ZA handelte zwischen 1959 und 1989 mit mehreren Millionen Büchern und Zeitschriften, aber auch mit Landkarten, Grafiken und Handschriften. Der Verkauf erfolgte als Versandgeschäft und in den Ladengeschäften der Leipziger Innenstadt. Das ZA

war dabei an ein Vorkaufsrecht einiger Institutionen der DDR gebunden und musste unter anderem der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin und der Deutschen Bücherei in Leipzig seine Kataloge und Angebotslisten vorab zukommen lassen. Gleichzeitig hatte das ZA Exportvorgaben zu erfüllen, sodass ein großer Anteil der Angebote in die Bundesrepublik und das westliche Ausland ging.

Die Beschaffungswege des ZA spielten eine wesentliche Rolle bei der Frage nach dem Handel mit NS-Raubgut. Durch Archivrecherchen ist bekannt, dass der Grundstock des ZA in der DDR auf enteigneten Leipziger Antiquariaten basierte, namentlich Koehler & Volckmar, Karl Hiersemann und Otto Harrassowitz. Diese waren bereits im Nationalsozialismus potenzielle Empfänger für NS-Raubgut. Das gilt ebenso für die Adels- und Gutsbibliotheken, die im Rahmen der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone enteignet wurden. Die Bestände aus der Bodenreform gelangten über die Erstempfänger, meist Landesbibliotheken, als Dubletten später in die Zentralstelle für wissenschaftliche Altbestände (ZwA). Die ZwA war ab 1953 für das Sammeln, Bearbeiten und Verteilen von Dubletten aus wissenschaftlichen Bibliotheken zuständig, erhielt aber auch Bestände aus aufgelösten Gymnasial- und Landesbibliotheken. Das ZA arbeitete eng und intensiv mit

der ZwA zusammen, teilweise in Konkurrenz um die Bestände, erhielt aber auch nachweislich über drei Millionen Bände von der ZwA.

Aufgrund der schlechten Quellenlage lassen sich diese Beschaffungswege nur mühsam rekonstruieren. Es fehlt die Überlieferung des Firmenarchivs des ZA, sodass die Forschung auf Recherchen in externen Archiven angewiesen ist. Daneben bildet die Arbeit mit den Büchern, die sogenannte Autopsie, ein wesentliches Standbein

Nicht selten führen selbst lesbare Spuren ins Leere und können weder Personen noch Institutionen eindeutig zugeordnet werden

in der Provenienzforschung. Über Zugangsjournale der Bibliotheken der ehemaligen DDR lassen sich ZA-Erwerbungen oft eindeutig bestimmen. Anders gestaltet sich die Suche nach den Erwerbungen in den westlichen Bundesländern und im Ausland, da das ZA mit lokalen Zwischenhändlern zusammenarbeitete und in den Zugangsjournalen nur selten selbst namentlich auftaucht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte weltweit ein großer Hunger nach Büchern. Neue Bibliotheken wurden gegründet, während bestehende Bibliotheken ihre Kriegsverluste ausgleichen mussten. In der Nachkriegszeit wurden dabei Massen an Büchern bewegt, häufig ungeachtet ihrer Provenienzspuren. Auch das Zentralantiquariat behandelte dem Zeitgeist entsprechend seinen Bestand als Ware und konzentrierte sich auf deren Zustand und Marktwert, nicht auf ihre Herkunft. In den ZA-Erwerbungen befinden sich zahlreiche Spuren: Autogramme, Widmungen, Stempel. Manche davon wurden überklebt, geschwärzt oder herausgeschnitten, die Mehrheit der Spuren jedoch nicht beseitigt. Sie helfen dabei, die Wege der Bücher nachzuverfolgen, sowohl innerhalb Deutschlands als auch international. Allerdings gelingt dies nicht immer. Nicht selten führen selbst lesbare Spuren ins Leere und können weder Personen noch Institutionen eindeutig zugeordnet werden.

Umso erfreulicher sind Erfolge beim Identifizieren von NS-Raubgut und Verdachtsfällen. In der Staatsbibliothek zu Berlin wird seit über 20 Jahren systematisch zum Thema NS-Raubgut geforscht. Im aktuellen Kooperationsprojekt der Staatsbibliothek mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste zum Zentralantiquariat der DDR wird bundesweit und darüber hinaus nach ZA-Erwerbungen und zugleich NS-Raubgut gesucht. Aus vorangegangenen Projekten sind einschlägige Provenienzen bekannt und konnten in den überprüften ZA-Erwerbungen bereits identifiziert werden. In diesen Fällen bemüht sich die Staatsbibliothek zu Berlin zusammen mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz intensiv um Restitutionen oder andere gerechte und faire Lösungen im Sinne der Washington Principles.

Iris Schultz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für Handschriften und Historische Drucke der Staatsbibliothek zu Berlin – Preussischer Kulturbesitz

Historisches Unrecht sichtbar machen und lindern

25 Jahre Washingtoner Erklärung und die Berliner Staatsbibliothek

ACHIM BONTE & MICHAELA SCHEIBE

Während der Zeit des Nationalsozialismus war die heutige Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz die wichtigste deutsche Bibliothek mit engen Beziehungen zum Staatsapparat in der Reichshauptstadt. Daraus resultierten zahlreiche Zuweisungen geraubter Bücher. Auch die sogenannte Reichstauschstelle zu Ausbau und Wiederherstellung von Bücherbeständen befand sich seit 1934 unter dem Dach des Hauses. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Staatsbibliothek seit Langem ihrer besonderen Verantwortung und engagiert sich intensiv im Bereich der Provenienzforschung. Besondere Aufmerksamkeit galt bislang dem Bereich des NS-Raubguts sowie den Aktivitäten der Reichstauschstelle und des Zentralantiquariats der DDR. In jüngster Zeit wendet sich das Haus auch vermehrt erworbenen Materialien aus kolonialen Kontexten zu. Die Provenienzforschung und -erschließung hat sich in den letzten 25 Jahren zu einem international vernetzten Profilschwerpunkt der Bibliothek entwickelt und wird von einem wachsenden Team innerhalb der Abteilung Handschriften und Historische Drucke vorangebracht. Ohne die von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zur Verfügung gestellten Mittel und die enge Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste wären der Aufbau und die Verstetigung dieses Arbeitsbereichs im erreichten Umfang keineswegs möglich gewesen.

In den 25 Jahren seit Beschluss der »Grundsätze der Washingtoner Konferenz in Bezug auf Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt

wurden (Washington Principles)« hat die Staatsbibliothek bereits aufwendige Überprüfungen ihrer Bestände durchgeführt, um Exemplare, die ihren Eigentümerinnen oder Eigentümern in der Zeit des Nationalsozialismus unrechtmäßig entzogen oder abgepresst wurden, zu identifizieren und an die Berechtigten zurückzugeben. Dazu erfassten die Beschäftigten detaillierte Provenienzdaten zu fast 200.000 Büchern aus dem Altbestand der Staatsbibliothek. Aktuell sind 7.100 Bücher als NS-Raubgut oder als einschlägige Verdachtsfälle bewertet, wovon 2.315 Exemplare zurückgegeben werden konnten. Wo immer die Rechtslage eindeutig ist, werden die ermittelten Drucke schnellstmöglich an die Berechtigten restituiert.

Das erste Rückgabeangebot endete seinerzeit mit einem Verzicht, da sich die Witwe des jüdisch-niederländischen Religionswissenschaftlers Isac Leo Seeligmann für den Verbleib des 1941 von den deutschen Besatzern geraubten Buches in den Sammlungen der Staatsbibliothek entschied. Es folgten Restitutionsen an die Nachkommen von Leo Baeck, Alfred Kerr und Artur Rubinstein. Neben diesen bekannten Namen stehen unbekannte Schicksale wie das von Hedwig Hesse, deren Bücher durch ein besonders fantasievolles Exlibris, eine ein Buch verspeisende kleine Eule, gekennzeichnet sind. Oft konnten jeweils nur wenige Stücke aus geraubten Bibliotheken identifiziert werden, doch auch ein einzelner Band, wie das recht unscheinbare hebräische Gebetbuch des auf dem Transport nach Auschwitz ums Leben gekommenen Anton Gustav Dreher, besitzt für seinen über 90-jährigen Cousin heute unschätzbaren Wert. In Australien lebend, konnte das Werk an ihn im Jahr 2022 übergeben werden.

Neben jüdischem Eigentum ließen sich auch Bücher aus Logenbibliotheken und aus sozialistischen bzw. gewerkschaftlichen Einrichtungen restituieren, darunter die fast vollständig erhaltene Bibliothek der Potsdamer Loge »Teutonia zur Weisheit« und zahlreiche Exemplare aus der Bibliothek des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main. Die enge Zusammenarbeit mit französischen Stellen machte es in den letzten Jahren möglich, zahlreiche Widmungsexemplare aus französischen Privatbibliotheken zuzuordnen und an die Berechtigten zurückzugeben, darunter 33 aus den Redaktionsräumen der Zeitung Le Figaro geraubte Bände. Vier Bücher aus Berliner Bestand übergab Premierministerin Élisabeth Borne im letzten Jahr in Paris an die Erben des 1944 ermordeten Politikers Georges Mandel.

Neben der systematischen Prüfung ihrer Bestände auf NS-Raubgut betreibt die Staatsbibliothek zu Berlin Grundlagenforschung, entwickelt Datenmodelle und engagiert sich in der Aus- und Fortbildung zur Provenienzforschung. Studierende werden regelmäßig bei Qualifikations- und Masterarbeiten aus diesem Themenspektrum betreut. Unter dem Hashtag »Spurensuche« organisiert die Staatsbibliothek gemeinsam mit anderen Berliner Gedenkstätten Institutionen geführte Provenienzsparzergänge zum internationalen Tag der Provenienzforschung. Sämtliche Daten zur Herkunft der Exemplare und zu den vorbesitzenden Personen stehen im Netz frei zur Verfügung und werden durch das vor knapp 20 Jahren eingerichtete »ProvenienzWiki« mit Bildmaterial und umfangreichen Dossiers zu Bibliotheken und Sammlungen sowie den mit ihnen verbundenen Personen und Institutionen ergänzt.

Gleichwohl bleibt noch viel zu tun: Sammlungen wie Karten, Handschriften,



FOTO: © BPK / SATURIA LINKE

Der Familie Arnhold wurden 1940 im Zuge ihrer Flucht zahlreiche Kunstwerke entzogen. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz erkannte bei drei Meißner Porzellangruppen, die ins Kunstgewerbemuseum gelangt waren, den verfolgebedingten Verlust an. 2008 restituierte sie die Objekte

Musikalien, Autografen und Nachlässe sind systematisch auf ihre Herkunft zu prüfen, der Zugang zu Erwerbungsakten und anderen Quellen kann durch Transkriptionsprogramme optimiert werden. Die Forschung zu den Wegen der Bücher vor und nach 1945 muss folglich weiter vorangetrieben werden, und neue Felder der Provenienzforschung wie der Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten erfordern Verständigungsprozesse

mit allen Stakeholdern. Die Staatsbibliothek wird sich daher auch weiterhin konsequent in der Provenienzforschung engagieren und die Vernetzung von Wissen mit neuen Technologien und Kooperationen unterstützen.

Achim Bonte ist Generaldirektor der Staatsbibliothek zu Berlin. Michaela Scheibe ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Handschriften und Historische Drucke

Unterschlagnene Urhebererschaft

Der Umgang mit geistigem Eigentum in der Buchbranche nach 1933

BJÖRN BIESTER

Karina Urbachs intensiv recherchierter Bericht »Das Buch Alice. Wie die Nazis das Kochbuch meiner Großmutter raubten«, 2020 erschienen und unter anderem ins Englische, Italienische, Litauische und Niederländische übersetzt, hat in der Öffentlichkeit zu Recht große und anhaltende Aufmerksamkeit erfahren. Alice Urbachs höchst erfolgreiches Wien-Kochbuch von 1935 wurde nach dem »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich und Urbachs Flucht nach England mit geringen inhaltlichen Anpassungen unter dem mutmaßlich fiktiven Verfassernamen »Rudolf Rösch« neu aufgelegt, die eigentliche Verfasserin sah sich 1938 genötigt, gegen eine bescheidene Geldzahlung auf ihre Rechte zu verzichten.

Alice Urbachs »So kocht man in Wien!« ist ein bestürzendes Beispiel für den rücksichtslosen Umgang mit dem geistigen Eigentum einer jüdischen Autorin, überdies nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang fortgesetzt. Um einen Einzelfall handelt es sich nicht. Ein weiteres Beispiel hat Peter Voswinkel in einer minutiösen Studie über Josef Löbel bekannt gemacht. Löbel verfasste für den Verlag Knauer ein populäres »Gesundheitslexikon«, das

eine stabile Umsatzsäule war; es wurde 1939 durch einen jungen Arzt unter Pseudonym »übernommen«. Achim Bonte hat anhand des Buchgestalters Georg Salter nachgewiesen, dass auch Schutzumschläge und Einbände – die in der Weimarer Republik eine besondere Rolle im Verlagsmarketing spielten und beachtliches gebrauchsgrafisches Niveau erreichten – nicht gegen die Verschleierung ihrer Urheber geübt waren. Man entfernte einfach Salters Signaturen und verwendete die von ihm geschaffenen Vorlagen weiter, ohne damit in Konflikt mit den sonst restriktiven staatlichen Kontrollinstanzen zu geraten. Bonte weist ferner darauf hin, dass beispielsweise der Verlag S. Fischer in Berlin bereits hergestellte Schutzumschläge mit einigem Aufwand von Werbung für nun »unerwünschte« Buchtitel etwa von Arthur Schnitzler, Jakob Wassermann und Leonhard Frank »säubern« ließ.

Die Auflistung ließe sich fortsetzen. Diese Fälle zeigen: Verlage verhielten sich oft opportunistisch. Vielfach waren nicht Texte oder sonstige schöpferische Anteile an der Buchproduktion das Problem, sondern ihre Urheberinnen und Urheber. Das klingt banal – und das ist es im Grunde auch; es ging um eine möglichst geräuschlose Anpassung an die neuen politischen

Machtverhältnisse bei gleichzeitiger Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Verlage.

Ist bislang, was den fragwürdigen Umgang mit geistigem Eigentum in der Buchbranche nach 1933 angeht, lediglich die Spitze des Eisbergs sichtbar? Das

Die Aufklärung, wie Verlage im »Dritten Reich« mit Urheberinnen und Urhebern umgingen, erfordert detektivisches Gespür und kleinteilige Arbeit

wäre vielleicht eine übertriebene Formulierung, die Grundlinien sind immerhin erkannt. Regelmäßig waren Firmenjubiläen ein Anlass für eine nähere Beleuchtung eines Verlagsprogramms in der Nazizeit. Das trifft auf Stefan Rebenichs konzise Darstellung zum 250-jährigen Bestehen des Verlags C. H. Beck in München zu. Angelika Königsseder hat sich im Rahmen eines Forschungsauftrags mit dem Berliner Wissenschaftsverlag Walter de Gruyter befasst und quellennah gezeigt, wie wegen ihrer Herkunft oder aus anderen Gründen unbequem gewordene Autoren und Herausgeber

bereits 1933 und 1934 sukzessive verdrängt wurden.

Die Aufklärung, wie Verlage im »Dritten Reich« mit Urheberinnen und Urhebern umgingen, erfordert detektivisches Gespür und kleinteilige Arbeit. Das heißt auch, Bücher in die Hand zu nehmen, Erst- und Neuauflagen zu vergleichen und zwischen den Zeilen zu lesen. Nicht selten bewegt man sich in bibliografisch unzureichend erschlossenen Gebieten. Ohne aussagekräftiges Archivmaterial – Korrespondenzen, Honorarabrechnungen und dergleichen –, sofern vorhanden und zugänglich, geht es meist nicht.

Die Historische Kommission des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels in Frankfurt am Main, der neben Wissenschaftlerinnen unter anderem Bibliothekare, Archivarinnen und Verleger angehören, befasst sich seit den 1970er Jahren mit der Buchhandelsgeschichte nach 1933. Das Engagement mündete in einer von Ernst Fischer und Reinhard Wittmann herausgegebenen, 2023 abgeschlossenen mehrbändigen Darstellung zum »Dritten Reich«, die neben den Unternehmen – hauptsächlich Verlagen und Buchhandlungen – auch die Perspektive der Autorinnen und Autoren sowie die unrühmliche Rolle des Börsenvereins selbst umfassend berücksichtigt. Besonders intensiv wurde durch Ernst Fischer die verlegerische und buchhändlerische Emigration aus Deutschland und Österreich nach 1933 beziehungsweise 1938 behandelt. Die Historische Kommission hat zudem die Onlineerschließung von mehreren Tausend Mitgliedsakten aus

den 1930er und 1940er Jahren sowie die vollständige Digitalisierung des »Börsenblatts für den Deutschen Buchhandel« bis 1945 befördert. Das »Börsenblatt«, mehrmals wöchentlich von der Buchstadt Leipzig aus ins ganze Deutsche Reich und in angrenzende Länder verschickt, ist nicht zuletzt durch seinen fast überbordenden Anzeigenteil eine wichtige Quelle.

Die vorhandenen Veröffentlichungen und von verschiedenen Institutionen zur Verfügung gestellten Ressourcen schließen die zeitgeschichtlichen Forschungen keinesfalls ab, bieten aber hoffentlich eine solide Grundlage für die höchst wünschenswerte kritische Spurensuche. Der Alltag der Historischen Kommission zeigt, dass sich nicht wenige Mitgliedsunternehmen des Börsenvereins dort, wo es einschlägig ist, mit ihrer Geschichte beschäftigen wollen. Man darf davon ausgehen, dass sich das Bild des Buchhandels in den komplizierten Zeitläuften des 20. Jahrhunderts in den nächsten Jahren weiter differenzieren wird. Für die Urheberinnen und Urheber, die in der NS-Zeit ausgegrenzt, verfolgt und auf perfide Weise um ihr materielles und immaterielles Eigentum gebracht wurden, kommt das in den allermeisten Fällen zu spät. Es bleibt dennoch eine bedeutsame historiografische Aufgabe, der sich der Börsenverein und seine Mitglieder stellen.

Björn Biester ist wissenschaftlicher Referent der Historischen Kommission des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels

Dauerhaft Weiterentwicklung notwendig

Zur Provenienz von Musikinstrumenten

REBECCA WOLF

Die Erforschung von Musik in möglichst all ihren Facetten ist Aufgabe des Staatlichen Instituts für Musikforschung (SIM). In sein Musikinstrumenten-Museum sowie in seine Bibliothek lädt es ein vielfältiges Publikum ebenso wie Fachleute ein. Die Forschungsgebiete fußen teils auf den Sammlungen der Musikinstrumente mit Bildarchiv, Musikmedien, Nachlässe, Korrespondenzen und Dokumente zur Aufführungsgeschichte. Das SIM ist seit 1962 eine Einrichtung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, und als solche sind drei Bereiche der Provenienzforschung von besonderem Interesse: die Erforschung der Geschichte der Sammlungsobjekte, die Erforschung neu in die Sammlung aufzunehmender Objekte hinsichtlich ihrer Provenienz mit Fokus auf einen möglichen NS-verfolgungsbedingten Entzug oder koloniale Kontexte,

der Stiftung Preußischer Kulturbesitz unterstützt wurde. Die Museumsdirektorin, Conny Restle, leitete das Projekt. Die beträchtlichen Verluste der Sammlung bis 1945 wurden aufgearbeitet und dokumentiert. Etwa Dreiviertel des Bestands, der bis dahin rund 4.000 Objekte umfasste, gelten als Kriegsverlust. Sie wurden entweder zerstört, oder ihr Aufenthalt ist unbekannt. Durch rege Sammeltätigkeit konnte bis heute diese Größenordnung und Bandbreite wieder erreicht werden. Die Aufarbeitung der Dokumente des Historischen Archivs des SIM (1888-1945) war für die Erstellung des Katalogs grundlegend. Sie waren als Kriegsbeute in die Sowjetunion verbracht worden, 1958 von Moskau an die Staatsbibliothek Ost zurückgegeben und 1992 wiederum ans SIM zurückgeführt worden. Unter diesen Dokumenten befindet sich das früheste Inventarbuch des Museums. Einer der ersten Museumsdirektoren und prägende Gestalt der Musikwissenschaft und der

chinesischen Instrumenten aus, die 1902 in den Bestand kamen. Hier sind einige wenige erhalten, deren konkrete Erforschung noch aussteht. Eine Übersicht informiert von 1923 bis 1945 darüber, welche Instrumente überhaupt noch erhalten sind. Für den Katalog wurden die Quellen der Ankäufe so detailliert wie möglich wiedergegeben. Bislang konnte zu etwa 30 Instrumenten kein Vorbesitzer ermittelt werden. Darunter sind klassische, europäische Instrumente ebenso wie solche aus Syrien, Persien und Ostafrika. Ersten Hinweisen auf Entzug von Kulturgut aus jüdischem Besitz wurde so weit möglich nachgegangen, sie führen bislang zu keinen Instrumenten der Sammlung. Notwendig ist es, die weitere Aufarbeitung als festen Bestandteil der täglichen Arbeit zu etablieren, die Sammeltätigkeit ist ja nicht abgeschlossen. Es liegt Expertise vor, die Strukturen der Bereitstellung sind bekannt, die Methoden und Werkzeuge der Provenienzforschung sind allerdings nachhaltig in die wissenschaftliche Arbeit

Wie Stecknadeln im Heuhaufen

Das Jüdische Museum Westfalen

KATHRIN PIEREN

Ein anderthalbjähriges Provenienz-Forschungsprojekt am Jüdischen Museum Westfalen schloss Wissenslücken und konnte mehrere Restitutionen verzeichnen. Manche Information ist aber auf immer verloren. Das Jüdische Museum Westfalen entstand als Resultat einer Bürgerinitiative in Dorsten, einer Stadt zwischen Ruhrgebiet und Münsterland. Eine Geschichtswerkstatt erforschte dort in den 1980er Jahren die

waren, hat anderes erschwert. Hilfreich waren die Kontakte zu Kolleginnen in anderen jüdischen Museen in Europa und auch die Gespräche im Team.

Das Projekt war in mehrfacher Hinsicht ein Erfolg: Sebastian Braun konnte das bestehende Wissen zur Beschaffenheit und zum Verwendungszweck einzelner Objekte vertiefen. Er fand auch Informationen zu einigen Vorbesitzern, eine lückenlose Historie konnte aber oftmals nicht rekonstruiert werden. So im Fall eines Synagogen-textils, das vermutlich zur Abdeckung der Thorarolle verwendet wurde. Die in Metallfäden gestickte hebräische Inschrift bezeugt, dass Leah Rachel Kestenbaum 1925 das Textil einer Synagoge gestiftet hatte, welcher, ist unbekannt. Weitere Recherchen ergaben, dass diese Familie bis 1933 in Leipzig wohnte und später über Paris und London nach New York emigrierte. Wir wissen, dass die Abdeckung von den Nationalsozialisten entwendet worden sein muss, denn sie tauchte nach 1945 im Offenbach Archival Depot auf, wo die Amerikaner NS-Raubgut zwischenlagerten. Denkbar ist, dass sie in der Pogromnacht aus der Synagoge entwendet worden war. Was danach bis zum Erwerb des Textils durch das Museum damit geschah, ist unbekannt. Die Familie Kestenbaum und die Jüdische Gemeinde Leipzig sind informiert über diese Recherchen, haben aber keinen Anspruch auf das Textil erhoben.

Befriedigend war, dass das Museum als Resultat des Projektes mehrere Restitutionen von Büchern vornehmen durfte. Besonders berührend war die Restitution eines Gebetbuches. Eine Inschrift identifizierte es als ehemaligen Besitz von Hermann Schlome (1857-1942), einem Holzhändler aus

Nach heutigem Wissensstand hätte man bei der Akquise genauer hinschauen müssen

Stadtgeschichte während der NS-Zeit sowie die Geschichte der jüdischen Bevölkerung der Stadt von ihren Anfängen bis zur Shoah. 1992 wurde das Jüdische Museum Westfalen eröffnet, in dem diese westfälisch-jüdische Geschichte ausgestellt werden sollte, wo Besucherinnen und Besucher aber auch etwas übers Judentum, über religiöse und kulturelle Traditionen, lernen konnten. Im Bemühen um Anschauungsmaterial kaufte der Trägerverein Judaica und Bücher auf dem Antiquitätenmarkt, anderes erhielt es als Schenkungen Privater.

Nach heutigem Wissensstand hätte man bei der Akquise genauer hinschauen müssen. Nicht nur wurden wohl einige Fälschungen erworben, es wurden auch Gegenstände erstanden, von denen heute befürchtet werden muss, dass sie ihren jüdischen Besitzerinnen und Besitzern zwischen 1933 und 1945 geraubt oder abgepresst worden waren. Weil diese Vermutung im Raum stand, bewarb sich das Jüdische Museum Westfalen 2019 beim Deutschen Zentrum Kulturgutverluste um Förderung für ein wissenschaftliches Forschungsprojekt.

Dieses wurde gewährt, und Sebastian Braun, heute wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bergischen Universität in Wuppertal, befasste sich von Juni 2020 bis November 2021 intensiv mit der Provenienz von rituellen Gegenständen wie Synagogenlampen, Synagogen-textilien z. B. Thoramantel und Thoraabdeckung, Alltagsgegenständen sowie Büchern und Zeitschriften. Eine große Herausforderung war, dass zahlreiche dieser Objekte Massenware sind. Sie enthalten weder Inschriften noch sonstige Hinweise zu ihren vormaligen Besitzerinnen oder Besitzern und oft noch nicht einmal zur Produktionsstätte. Die Auktionshäuser, bei denen einige dieser Dinge erstanden worden waren, waren bei der Spurensuche nach Vorbesitzern zudem wenig hilfreich.

Sebastian Braun entwickelte deshalb eine Methode bestehend aus Objektautopsie, Archivrecherche, Familienforschung und Bildanalyse. Dass inzwischen viel Information im Internet und in elektronischen Datenbanken zur Verfügung steht, hat seine Arbeit erleichtert, dass Forschungsreisen zu Archiven während der Pandemie zum Teil unmöglich

Befriedigend war, dass das Museum als Resultat des Projektes mehrere Restitutionen von Büchern vornehmen durfte

Janowitz, in der ehemaligen preußischen Provinz Posen. Ab 1933 wohnten er und seine Frau bei ihrer Tochter in Berlin. Hermann Schlome wurde 1942 mit seiner Frau und weiteren Verwandten nach Theresienstadt deportiert. Wie sein Gebetbuch viele Jahrzehnte später im antiquarischen Buchhandel endete, wissen wir nicht. Sebastian Braun konnte aber eine seiner Enkelinnen, Susanne Schlome, verheiratete Woodin, ausfindig machen. Neunjährig konnte sie gemeinsam mit ihrem Cousin mit einem Kindertransport nach Großbritannien fliehen, wo sie heute noch lebt. Im Oktober 2020 konnte der über 90-jährigen Frau das Gebetbuch ihres Großvaters überreicht werden.

Kathrin Pieren ist Leiterin des Jüdischen Museums Westfalen

MEHR DAZU

Die Broschüre »Auf der Suche nach der verschollenen Identität. Ein Projekt zur Provenienzforschung des Jüdischen Museums Westfalen« (2022) enthält Tipps für Studierende und Forschende. Bestellungen unter: info@jmw-dorsten.de



FOTO: © KUNSTGEWERBEMUSEUM, STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN / SATURIA LINKE

Putto mit Panther als allegorische Gruppe »Frühling« aus Folge der Vier Jahreszeiten, Frankenthaler Porzellanmanufaktur, um 1754, Entwurf von Johann Wilhelm Lanz; 2017 als verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut restituiert an Erben von Margarete Oppenheim

sowie die Erforschung der Verluste der eigenen Sammlung mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg. Die Washingtoner Prinzipien ebenso wie die erarbeiteten Standards des Deutschen Zentrum Kulturgutverluste sind dabei Richtschnur. Erste Arbeiten wurden geleistet, es steht aber noch vieles an. Die Tatsache, dass sich die Unterzeichnung der Washingtoner Erklärung am 3. Dezember zum 25. Mal jährt, ist Anlass einer kurzen Bestandsaufnahme.

Bislang liegen im SIM keine konkreten Verdachtsfälle von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut vor, und es gibt keine Forderungen nach Restitutionen. Hier ist allerdings aktiv anzusetzen. Aktuell im Druck befindet sich der dreibändige Verlustkatalog des Musikinstrumenten-Museums, der einen wichtigen Ausgangspunkt darstellt. Der Katalog entstand in einem mehrjährigen Forschungsprojekt, das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) finanziert und durch den Präsidenten

Instrumentenkunde, Curt Sachs, hatte den Aufbau der Sammlung maßgeblich mitgestaltet. Die Dokumente des Historischen Archivs sind über die Digitalen Sammlungen des SIM und über den Kaliope-Verbund weitgehend zugänglich, was über ein ebenfalls von BKM gefördertes Projekt zur Geschichte des Instituts bis 1945 ermöglicht wurde.

Der Verlustkatalog bietet nun die Grundlage für Provenienzforschung einmal zu weltweiten Instrumenten, um möglichen kolonialen Kontext zu klären (Bd. 1, 1888-1922, von Christopher Li), zum anderen zu erhaltenen Instrumenten, die während der NS-Zeit in die Sammlung kamen (Bd. 3, 1923-1945, von Heike Fricke). Beispielsweise kamen 1891 zehn Instrumente aus Neuguinea in die Sammlung, anhand derer und der erhaltenen Dokumente vieles über die damalige kulturchauvinistische Haltung zu erfahren ist. Diese Instrumente sind nicht erhalten, Abbildungen jedoch schon. Anders sieht es bei einer Zusammenstellung von

einzugliedern. Zumeist geht dies jedoch im Alltagshandeln unter, sodass Drittmittelprojekte eine Alternative darstellen und in vielen Einrichtungen wertvolle Arbeit ermöglichen. Oftmals bleiben aber die Ergebnisse aufgrund der kurzen Laufzeiten oder weil der Stundenanteil der Expertinnen und Experten zu klein ist, unabgeschlossen. Das Thema ist zu wichtig, und es muss sinnvoll und dauerhaft weiterentwickelt werden. Begreifen wir Provenienzforschung als bleibende Aufgabe, müssen wir die notwendigen Kapazitäten bereitstellen können. So wie wir verstanden haben, dass die Digitalisierung dauerhafter Bestandteil unserer Arbeit ist, so sollten wir auch mit der Provenienzforschung verfahren. Hierfür sind bleibende Strukturen notwendig.

Rebecca Wolf ist Direktorin des Staatlichen Instituts für Musikforschung, einer Einrichtung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Ein Umbau mit vielen Baustellen

Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks war 2023 das wichtigste medienpolitische Thema

HELMUT HARTUNG

Ein kleiner Weinort in Rheinland-Pfalz, Deidesheim, bekannt für erstklassigen Riesling und pikanten Saumagen, wurde im Jahr 2023 zum Synonym für die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Im idyllisch gelegenen Flecken an der deutschen Weinstraße traf sich die Rundfunkkommission der Länder zu einer Klausurtagung. Erstmals wieder seit 2017. Die Medienpolitik stand unter großem öffentlichem Druck, auf die Misswirtschaft und Beitragsverschwendung im Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) schnell zu reagieren und grundsätzliche Reformen zu beschließen. Der Aktionsplan, der in Deidesheim sanktioniert wurde, enthielt wichtige Zielmarken für einen schlankeren, effizienter arbeitenden, besser wirtschaftenden und schneller auf die digitale Transformation reagierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk. »Er wird nur dann seinem Auftrag auch in der Zukunft gerecht werden können, wenn die Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen in seine Struktur und Inhalte haben«, heißt es in dem Beschluss. »Die Rundfunkkommission ist der Auffassung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk verlässliche und faktenbasierte Inhalte unabhängig vom Verbreitungsweg den Bürgerinnen und Bürger bereitstellen muss. Nur attraktive, plurale und qualitativ hochwertige Inhalte sind geeignet, die Akzeptanz der Angebote und damit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt zu stärken.« Diese Strukturreform sollte zudem den Rundfunkbeitrag über 2024 hinaus stabil halten und ein Desaster wie 2020, als der Landtag von Sachsen-Anhalt eine Beitragserhöhung ablehnte, ausschließen. Der Umbau des öffentlich-rechtlichen Systems wurde damit zum wichtigsten medienpolitischen Thema des Jahres 2023.

Zu den spektakulären Entscheidungen der Klausurtagung zählte die Berufung eines Zukunftsrates, der am 9. März seine Arbeit aufnahm. Er sollte, so hieß es in der Pressemeldung der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz, »bis zum Herbst Empfehlungen für die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seine Nutzung und Akzeptanz erarbeiten«.

Eine Reduzierung von ARD-Anstalten oder ein Zusammenschluss von ARD und ZDF standen allerdings nicht auf der Agenda. Eine Plattform für die Inhalte von ARD und ZDF hatten die Länder im Januar als wichtigste Perspektive für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk definiert. Als zweites Ziel hatte die Rundfunkkommission eine Erweiterung der regionalen Berichterstattung, die die föderale Vielfalt Deutschlands widerspiegeln soll, definiert. Eine dritte Überlegung sieht vor, die bestehenden Anstalten zu verschlanken, indem Doppelstrukturen beseitigt und Kooperationen vorgeschrieben werden. Um das zu erreichen, brachte der Beschluss Kompetenzzentren und Shared-Service-Center ins Spiel, wurden eine Überprüfung der Leitungsstrukturen sowie angemessene Gehaltsstrukturen im außer- und übertariflichen Bereich angekündigt.

Für Nathanael Liminski, Chef der Staatskanzlei in NRW, war klar, dass die Sender kurzfristig einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Systems leisten müssten. Die Rundfunkkommission habe eindeutige Erwartungen an alle Anstalten formuliert, die angestoßenen Reformprozesse zu intensivieren. Die Länder hätten aber auch deutlich gemacht, dass sie die gesetzlichen Rahmenbedingungen mittelfristig noch in diesem Jahr fortentwickeln –

für mehr Zusammenarbeit und eine effizientere Organisation des Gesamtsystems.

Alles in allem wünschen sich die Länder innerhalb von zehn Jahren einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den bisherigen Senderstrukturen, der

Deidesheim wurde im Jahr 2023 zum Synonym für die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

seine Angebote, die regional ausgebaut werden, weitgehend online, über eine Plattform verbreitet. Durch Kompetenzbündelung und eine damit verbundene Reduktion von Arbeitsebenen und Abteilungen soll Personal abgebaut und zusammen mit einer »Anpassung« der Personalkosten der Rundfunkbeitrag langfristig zumindest gleich bleiben, nach Möglichkeit aber sinken. Der Auftrag soll aber nicht reduziert werden. Das alles will man sich durch einen »Zukunftsrat« sanktionieren und mit konkreten Schritten umsetzen lassen, dem man anscheinend auch Veränderungskonzepte überlassen möchte, die für die Anstalten schmerzhaft wären.

Angestoßen durch den Deidesheimer Aktionismus unterbreiteten die ARD-Intendanten im Verlauf des Jahres mehrere Reformüberlegungen beispielsweise für gemeinsame Redaktionen oder Programme und die Bündelung von Ressourcen. Vom ZDF kam dagegen nichts. Der Mainzer Sender war der Meinung, dass einzig und allein die ARD in einer Krise stecke, nicht aber das öffentlich-rechtliche System als Ganzes.

Zehn Monate nach dem Pfälzer »Ruck«-Beschluss fällt die Bilanz nüchtern aus: Es wird bis Ende des Jahres keinen Entwurf eines Reformpapiers der Länder mit greifbaren Schritten geben, und der Zukunftsrat wird seine Empfehlungen erst Mitte Januar vorlegen. Die Pläne der ARD für mehr Kooperation und Zusammenarbeit sind äußerst vage in Bezug auf den Zeitrahmen und den konkreten Nutzen. Die Rundfunkreferenten in den Staats- und Senatskanzleien haben zwar inzwischen substanzielle Vorschläge für wesentliche Änderungen erarbeitet, doch über diese müssen sich die für Medienpolitik in den Ländern Verantwortlichen noch einigen. Für Januar 2024 ist eine weitere Klausurtagung anberaumt. Dann sollen die Ratschläge der acht »Zukunftsastrologen« mit den Überlegungen der Länder im Entwurf eines Medienstaatsvertrages zusammengeführt werden. Diese Novelle könnte frühestens im März, wahrscheinlich jedoch erst im Juni nächsten Jahres vorliegen. Der medienpolitische ICE hat sich wieder in einen Regionalzug verwandelt, und der dringend notwendige Umbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird auch im nächsten Jahr zu den medienpolitischen Prioritäten gehören.

Weitere wichtige medienpolitische Themen 2023 sind:

Empfehlung der KEF für den Rundfunkbeitrag 2025-2028

Geht es nach der Beitragskommission KEF, wird der Rundfunkbeitrag ab 1. Januar 2025 um 58 Cent auf 18,94 steigen.

Die Kommission hat dabei die Bedarfsanmeldung von ARD, ZDF und Deutschlandradio berücksichtigt. Dazu kommen medienspezifische Teuerungen sowie der BIP-Index, der alle im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen berücksichtigt. Diese Zahl liegt bei zwei bis vier Prozent Steigerung. Davon zieht die KEF die möglichen Rationalisierungseffekte und Einsparungen bei Personalkosten ab und berechnet die Kostensteigerung über einen Zeitraum von vier Jahren. Auch die Beitragsrücklagen der Anstalten sowie eine Sonderauswertung der Immobilien, die die Kommission vornahm, wirkten sich aus. Alles in allem bleibt so eine Erhöhung von 58 Cent, um den Bedarf für die Auftrags Erfüllung abzusichern. Das ist laut Bundesverfassungsgericht die Aufgabe der KEF. Die Länder hoffen, durch eine Änderung des Medienstaatsvertrages, Reformvorschläge der Anstalten und Überlegungen des Zukunftsrates eine Erhöhung noch abwenden zu können.

Novellierung des rbb-Staatsvertrages

Die Regierungschefs von Brandenburg und Berlin, Dietmar Woidke und Kai Wegner, haben Ende November den novellierten rbb-Staatsvertrag unterzeichnet. Das Berliner Abgeordnetenhaus und der Brandenburger Landtag können das Gesetz nur als Ganzes annehmen oder ablehnen. Ziel beider Landesregierungen ist es, den Vertrag Anfang nächsten Jahres in Kraft treten zu lassen. Die Rechnungshöfe aus Berlin und Brandenburg, deren Empfehlungen sich zu großen Teilen in der Novelle wiederfinden, bezeichneten den Staatsvertragsentwurf als »bahnbrechende Entwicklung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk« und als »Muster für weitere Novellierungen von Mediengesetzen für ARD-Anstalten«. Die Reformagenda sieht beim rbb unter anderem eine größere Transparenz, bessere Kontrolle, stärkere Verantwortung der Intendantin, der Direktoren und Gremienmitglieder sowie eine relevantere regionale Berichterstattung vor. Nach Auffassung beider Landesregierungen verstößt der jetzige Gesetzesvorschlag nicht gegen das grundrechtlich verbrieft Recht der Programmhoheit der Anstalt sowie der Staatsferne, wie vom rbb behauptet worden sei.

Künftig wird die Tätigkeit beider Aufsichtsgremien professionalisiert, und die Anforderungen an die Kompetenz der Gremienmitglieder steigen. Die außertarifliche Vergütung wird gedeckelt. Die Intendantenbezüge sollen 200.000 Euro nicht wesentlich übersteigen. Das entspricht einem Senator- oder Ministergehalt.

Information der EU-Kommission durch den BDZV über Verstoß des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegen Beihilfekompromiss

In einem Schriftsatz an die EU-Kommission hat der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) seine Bedenken gegen die Einhaltung des sogenannten Beihilfekompromisses von 2007 durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorgetragen. Nach Auffassung des BDZV liegt ein Beihilfemissbrauch im Zusammenhang mit der Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vor. So würden die öffentlich-rechtlichen Anstalten in zwei wesentlichen Punkten gegen die Brüsseler Vorgaben verstoßen. Zum einen sei der öffentliche Auftrag der Rundfunkanstalten nicht klar genug definiert, insbesondere im Bereich der Telemedienkonzepte.

Das führe zu einer enormen Menge von beihilfefinanzierten Online-Inhalten der Rundfunkanstalten, die direkt mit den Presseaktivitäten der BDZV-Mitglieder im Wettbewerb stünden. Zum anderen bestünde ein Aufsichts- und Kontrolldefizit. All dies widerspreche dem Kompromiss aus dem Jahr 2007, in welchem die Europäische Kommission Zusagen in Bezug auf die Ausgestaltung der Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland akzeptiert habe.

Zustellförderung für Zeitungsverlage

Die Bundesregierung wird im kommenden Jahr keine Mittel für eine Zustellförderung bei Zeitungen bereitstellen. Entgegen der Versicherung aus der Ampelkoalition sind im Haushalt für 2024 keine Mittel für die Presseförderung vorgesehen. Der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger kritisierte das Ausbleiben der Förderung: »Wir fragen uns, wie glaubwürdig die Regierung eigentlich noch ist«, sagte der BDZV-Vorstandsvorsitzende Stefan Hilscher. Der Verband sei »die Schauldenfensterreden leid«. Hilscher erinnerte daran, dass bereits die vorherige Bundesregierung dem BDZV Unterstützung zugesichert habe. Im Koalitionsvertrag hatten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP versprochen, Fördermöglichkeiten zu prüfen, um eine »flächendeckende Versorgung mit periodischen Presseerzeugnissen« zu gewährleisten. In der vergangenen Legislaturperiode war eine vom Wirtschaftsministerium geplante Presseförderung in Höhe von 220 Millionen Euro gescheitert.

Werbeverbot von Süßigkeiten für Kinder

Nach einem Gesetzesentwurf des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft unter Bundesminister Cem Özdemir dürften künftig mehr als 70 Prozent aller Lebensmittel in vielen Fällen nicht mehr beworben werden. Dies bedeutete, nach Berechnungen von Medienverbänden, einen Bruttowerbeerlust von rund drei Milliarden Euro. Besonders private Medienunternehmen sind von dieser Regelung betroffen. Sie benötigen Werbeumsätze, um unabhängigen Journalismus zu finanzieren, erhebliche Teile ihres Gesamtbudgets stammen aus der Lebensmittelwerbung. Ebenso stehen Unternehmen in der Lebensmittelbranche vor massiven Einschränkungen bei der Bewerbung ihrer Produkte. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat zudem in einem Gutachten bestätigt, dass keinerlei wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, die einen direkten Zusammenhang zwischen Werbeverboten und dem Übergewicht von Kindern zeigen.

Entwurf der Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages

Die Rundfunkkommission der Länder hat am 8. November 2023 einen überarbeiteten Entwurf zur Reform des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (6. MÄStV) vorgelegt. Zweck des Staatsvertrages ist der einheitliche Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, die deren Entwicklung oder Erziehung beeinträchtigen oder gefährden, sowie der Schutz vor solchen Angeboten, die die Menschenwürde oder sonstige durch das Strafgesetzbuch geschützte Rechtsgüter verletzen. Die Regelungen des Entwurfs betreffen insbesondere den technischen Jugendmedienschutz.

Die vorhandenen Jugendschutzsysteme sollen leichter nutzbar gemacht und so miteinander verknüpft werden, dass sie ihre Wirksamkeit bestmöglich entfalten können. Weitere Punkte des Entwurfes sind die Verbesserung der Rechtsdurchsetzung sowie die Kennzeichnung von Angeboten. Am ersten Entwurf gab es im vergangenen Jahr bei der Anhörung starke Kritik vor allem von den Verbänden der Digitalindustrie und Tech-Wirtschaft.

Regulierung von Medien in der EU

Die Europäische Kommission entdeckt immer mehr die Medien als Regulierungsfeld. Zuletzt der Digital Services Act und der Digital Markets Act, davor die eCommerce- und vor allem die AVMD-Richtlinie. Seit September vergangenen Jahres liegt der Vorschlag für einen European Media Freedom Act (EMFA) auf dem Tisch. Der positive Ansatz ist bei diesem Vorschlag unbestritten, dennoch beklagen die deutschen Bundesländer, dass mit dem Gesetzesvorhaben zu weitgehend in das deutsche Medienrecht eingegriffen und die Kompetenz der Mitgliedstaaten ausgehöhlt wird. Die vorgeschlagene Verordnung umfasst unter anderem Schutzvorkehrungen gegen politische Einflussnahme auf redaktionelle Entscheidungen und gegen Überwachung. Der Schwerpunkt liegt auf der Unabhängigkeit und stabilen Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien sowie auf der Transparenz des Medieneigentums und der Zuweisung staatlicher Werbeausgaben. Ferner werden Maßnahmen zum Schutz der Unabhängigkeit von Redakteuren und zur Offenlegung von Interessenkonflikten festgelegt. Schließlich soll mit dem Gesetz eine Medienkonzentration verhindert und ein neues unabhängiges Europäisches Gremium für Mediendienste geschaffen werden. Die Trilogverhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission haben begonnen.

Novellierung des Filmfördergesetzes

Zur Berlinale im Februar 2023 stellte Kulturstaatsministerin Claudia Roth die Eckpunkte für eine »große« Reform der Filmförderung vor. Ziel der Änderungen sei es, diese effizienter aufzustellen, um das große kreative Potenzial deutscher Filmemacherinnen und Filmemacher noch besser zu heben, künstlerisch und wirtschaftlich erfolgreiche Filme zu ermöglichen und damit auch den Filmstandort Deutschland zu stärken. Kern der Überlegungen ist die Schaffung einer Agentur unter dem Dach der Filmförderanstalt (FFA), die künftig nicht nur die über die Filmabgabe realisierte Förderung organisiert, sondern auch die über neue Finanzierungsformen. So favorisiert Roth unter anderem eine stärkere Automatisierung der Zuschüsse für die Produktion, den Verleih und die Kinos. Bund- und Länderförderungen sollen harmonisiert und die FFA-Produktionsförderung auf eine Referenzfilmförderung umgestellt werden. Anstelle bisheriger steuerbasierter Zuwendungen durch den Deutschen Filmförderfonds und den German Motion Picture Fund sind eine Investitionsabgabe durch private und öffentlich-rechtliche Anbieter auf den Umsatz ihrer Streamingplattformen sowie ein Steueranreizmodell geplant. Sender und Länder will der Bund damit stärker als bisher zur Kasse bitten. Ob dieses Model bis Januar 2025 umgesetzt werden kann, ist fraglich.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

Kurz-Schluss

Wie ich einmal dank Neustrukturierung des Jahres den Weihnachtsstress abbaute

THEO GEISLER

Nachdem die Jahreszeitenzählung und Festtagsanerkennung aus sozialer und damit kommerzieller Sicht etwas undurchschaubar geworden ist, lohnt vielleicht der Versuch einer dem natürlichen Klimawandel nur bedingt unterworfenen Neuordnung: Beginnen wir mit der Wandlung des eigentlich besinnlichen, protestantisch keusch definierten Buß- und Bettages über den Schmus- und Betttag hin zum mittlerweile ganzjährig geltenden Halloween. Bekanntlich machten sich ursprünglich der Mythologie nach am seinerzeit noch Samhain genannten Wochenende die Toten auf die Suche nach den Lebenden, die im nächsten Jahr sterben sollten. Zur Abwehr der bösen Geister verkleideten sich die Menschen mit furchterregenden Kostümen und spukten selbst bei Nacht durch die Straßen. Recht bald erkannten die amerikanischen Mafia, Disney, die Republikaner und Warner Brothers das pädagogische und wirtschaftliche Potenzial dieser Neo-Ideologie. Der Hallenser Einwanderer und stille Partner Henry Fords namens JähJähJäh Nüllemaur bewarb

diesen Raunacht-ähnlichen Ritus als erwerbsstreben-ertüchtigendes pädagogisches Grundkonzept zunächst unter dem Namen »Halloween«. Im Rahmen der 19. amerikanischen Sprachverfuschung 1936 wurde daraus Halloween. Dank Transportmedien wie Batman-Comics, dann Hollywood-Schnulzen gefolgt von den olympischen Spielen in Berlin, Leni Riefenstahl, Edgar Wallace, neuitalienisch-chinesisch finanzierten Blockbustern (»Titanic«, »Im Westen nichts Neues«) und preiswerten TV-Sitcoms, fantasieaufgeladen durch Computerspiele sowie KI, festigte sich dieser Bettel- und Horror-Trainingstrend zunächst unter Kindern und Jugendlichen, mittlerweile in der europäischen Gesamtbevölkerung als ganzjährig akzeptierte Kommunikationsform und anerkannter Ausbildungsberuf, der das muffige, langweilige Bankenwesen weitgehend verdrängte. Nach oder neben Karneval eben die fünfte Ganzjahreszeit. Dank üppigen glyphosatgewürzten Kürbisanbaus und dank Halloween florierenden weltweiten Exportes ungeachtet aller Boykotte konnte sich jetzt auch Nordkorea eine kleine, gut bewaffnete Raumstation leisten.

Da wollten sich die europäischen Christen und sonstigen Kulturschaffenden mit ihrer Kreativität nicht lumpen lassen. Zum einen erfanden modebewusste und farbatraditionalistisch gefestigte Katholiken den »Schwarzen Freitag« – auf der barmherzigen Basis der Sankt Martin’schen Mantelteilung. Den Restehandel antreiben, die Resterampe von Rückständen leeren: 50 Prozent beim »Black Friday« – auf alles, was einst nach Neujahr für 20 Prozent vom Ladenpreis bei leicht entflammabaren thailändischen Stoffabfall-Neuverklebern zu holen war. Oder – schon mit Blick auf das bevorstehende Weihnachtsgeschäft ökologisch noch nachhaltiger – von fünf- bis neunjährigen Kindern für einen Quecksilbermilchriegel-Lohn an seltenen Metallen für E-Autobatterien aus afrikanischer oder chinesischer Erde gekratzt werden konnte: Ja. Das Christfest. Eine Art sechste Jahreszeit für Groß- und Einzelhandel. Der abgasfreie E-Zweit-SUV für allfällige Lebensabschnittspartnerinnen und -partner der nach Infrage-Dimops-Umfrage von X- und Y-Menschen am zweitmeisten genannte Weihnachtswunsch knapp hinter »konsequentem Gendern«. Im Rahmen der auf allen Fernsehsendern und den Social-Media-Plattformen X, TikTok sowie DreamPorn übertragenen zweistündigen Ansprache zur Primetime des Heiligabends sorgte Kölns Bischof Rainer Maria Woelki nicht nur für den Ausgleich aller

katholischer Finanzdefizite. Er stopfte auch das 60-Milliarden-Etat-Loch der sogenannten Ampelregierung unter der Bedingung, dass er demnächst als Bundeskardinal automatisch auch noch zum Bundespräsidenten ernannt würde. Dank in zeitgenössischem Look produzierten Werbeeinblendungen (Woelki wechselte je nach Kunden hinter einem Weihrauchvorhang 20 bekannten Geschlechtern angemessene Talare, Bikinis, Boxershorts, Burkas, Gamsbarthüte oder Lederhosen jeden Stils) kamen fast 200 Milliarden Euro für Spots unterschiedlichster Kunden zusammen. Woelki segnete beispielsweise Rauhaardackel (raserein und geimpft), Mercedes-i-Klasse, Friedrich Merz, Heckler&Koch-Produkte, Rheintöchter, Rheinmetall, in Vertretung aller Luftfahrzeuge die »Hindenburg«, Cher, den Braunkohletagebau allgemein, Ferrari, den Hamburger Hafen (versehentlich?) und McDonald’s-Hamburger. Die verdoppelte Kirchensteuer wird künftig als Gaspreisbremse eingesetzt. Zurück zu meiner eigentlich sehr persönlichen und bewährten Form unserer mit Abstand meistgelesenen und kulturpolitisch wirksamsten Stoffsammlung: Leiden wir nicht alle unter dem von Rainer Maria Woelki bedauerlicherweise nicht aufgelösten Bann des Weihnachtsgeschenk-kaufen-Müssens? Haben wir weiterhin die Ablassbriefe für die Sünden unseres unvollkommenen Konsumverhaltens zu finanzieren?

Unter steter Qual des Zeitdrucks und der Wahl? Brauchen wir einen neuen Luther, einen neuen Marx? Kein Allerletztstes ohne Rat und Trost. Laden Sie sich gegen geringes Geld die Profi-Version von ChatGPT runter. Stellen Sie der KI einfache Fragen, z. B.: Was soll ich meinem Enkel zu Weihnachten schenken? (»Nachhilfestunden in Deutsch, Latein, Altgriechisch, Mathematik, Musik, Verfassungstreue«) – Was meiner geliebten Frau? (»Zwei Sabbatjahre in einer für sie herrlichen, für dich unerreichbaren Küstenzone«) – Was meinem Mitherausgeber? (Eine Augenbinde und eine Kobrazucht ohne Käfig) Na! – Und was unserem Bundeskanzler? (Ein Jahr Nordpol-Camping in einem Räucheriglu gemeinsam mit seiner Kulturstaatsministerin). Tja. Ist doch praktisch, so ’ne KI.



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



Diese Karikatur ist dem Cartoon-Band »#Antisemitismus für Anfänger« entnommen, eine Anthologie satirischer Texte und Cartoons, herausgegeben von Myriam Halberstam, Ariella Verlag. Im Rahmen unseres Engagements gegen Antisemitismus zeigen wir 2023 in jeder Ausgabe von Politik & Kultur eine Karikatur zu diesem Thema.

KARIKATUR: TIL METTE

LAWROWS TRÄUME

Berlin: Bundeskanzler Olaf Scholz äußerte sich per Video zum 60-Milliarden-Loch im Bundeshaushalt: »Unser oberstes Gericht hat vergangene Woche ein Grundsatzurteil zur Schuldenbremse verkündet. Sie fragen sich: Was bedeutet diese Entscheidung für mich konkret? Oder: Wie ist es um unsere Staatsfinanzen bestellt? Manche sorgen sich, ob die Finanzhilfen der Bundesregierung, die die hohen Energiepreise deckeln, weiter fließen dürfen oder zurückgezahlt werden müssen? All das sind sehr berechnete Fragen, auf die ich auf Grundlage meiner Intelligenz und meiner Empathie mit weiteren Fragen antworten möchte: Wann lassen Sie sich endlich scheiden? Wie ist es um das Taschengeld Ihres Mannes bestellt? Warum tragen Sie dauernd so hässliche Plastikdeckel auf Ihrem Lockenwickler-Schädel? Ihre Antworten will ich so wenig hören wie Sie die meinen. Blödvolk.«

Köln: Super RTL und RTL+ starten nächstes Jahr einen Ableger der Soap »Gute Zeiten, schlechte Zeiten« (GZSZ) für Junggebliebene. 26 Folgen werden demnächst in Berlin gedreht. Im Zentrum steht eine Gruppe Möchtegern-Jugendlicher in der Hauptstadt. Es geht ums Skatspielen, das Anmischen von Crash und die erste, meist auch

letzte Liebe. Super-RTL-Geschäftsführer Thorsten Braun teilte mit, dass man von der »enormen Strahlkraft der Marke GZSZ« profitieren werde. Mit Themen wie GZ, Rlatzen-Zone, SZ, Sarg-Zimmern, Rheuma, Nagelpilz und Mundgeruch, so der Medienmanager, richte sich die Serie gezielt an die »etwas älteren Kids zwischen 40 und 50. Praktisch: Es können die bekannten Schauspieler weiterverwendet werden.«

San Francisco: Neurologische Krankheiten heilen und menschliche Gedanken über eine Cloud mit Musk verbinden: Das sind die Hauptziele des Biotechnologieunternehmens Neuralink von Elon Musk. Ermöglichen sollen das Computerchips, die in das Hirn der Betroffenen eingepflanzt werden. Allerdings soll Neuralink umstrittene Tests vorgenommen haben: Bei Versuchen an Aliens seien zwölf der humanoiden Sternengeschwister qualvoll umgekommen. Neuralink-Gründer Musk stritt alles ab, doch es bestehen Zweifel. Der Vorwurf: Täuschung der Investoren durch Falschaussagen und damit Beschädigung des Gewinnes. Das Transport-Ufo der Aliens sei mittlerweile schon wieder in Richtung Pluto gestartet mit Musk an Bord. Investoren wittern Kapital- und Unfallflucht und wollen klagen. tg

IMPRESSUM

Politik & Kultur –
Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10
10115 Berlin
Telefon: 030. 226 05 280
Fax: 030. 226 05 2811
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und
Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Lisa Weber,
Barbara Haack,
Andreas Kolb

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft, Martina Wagner
Telefon: 0941. 945 93-35,
Fax: 0941. 945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint
zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat über abo@politikkultur.de und www.politikkultur.de/abo.

VERKAUFSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der

Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V.

wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS

Dieser Ausgabe liegen das Dossier »Stiftung Preußischer Kulturbesitz« und eine Beilage des Sandstein Verlages bei.